

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Interaktions-Gebühr
Belegt für die sechsseitige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Liebedienerei.

Lehrer und Beamte haben längst einen neuen Verband gegründet, den „Bund der Festbesoldeten“. Diese Gründung hat bei den bürgerlichen Parteien manche Anfeindung erfahren. Man hat sie als die Wache eines Zeitungsverlegers hingestellt, selbst Beamtenfachblätter haben sie als unlaute Konkurrenzunternehmen gegen die bestehenden Fachorganisationen bekämpft. In einer Versammlung, die der Bund am Sonntag in Berlin abgehalten hat, wurden von den verschiedenen Rednern, Lehrern und Beamten, diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Der neue Bund solle keineswegs bestehende Organisationen überflüssig machen und ersetzen, vielmehr eine zusammenfassende Vereinigung der gesamten Beamtenschaft darstellen. Zweck des Bundes sei, den Beamten im Staat und bei den Parteien die Vertretung zu sichern, die man ihr bisher leider nicht entgegengebracht habe. Wohl hätten die Parteien sich bisher von der Beamtenschaft die Wahlhilfe, die Schlepperdienste und die Kulturarbeit bei Kommissionsberatungen gern gefallen lassen, allein nachher hätten die Abgeordneten nichts für die Beamten getan, sogar gegen ihre Forderungen gestimmt. Das müsse aufhören. Die Parteien müssten gezwungen werden, die Wünsche der Beamten zu respektieren. Wenn es gar nicht anders gehen wolle, freilich nur im äußersten Falle müsse man zur Aufstellung eigener Beamtensandidaturen schreiten.

So weit, so gut. Man kann es den Beamten nicht verargen, wenn sie nach dem Vorbild sowohl der verschiedensten Unternehmergruppen wie auch des Proletariats zu dem Mittel der Organisation greifen, um ihren Interessen energischer Geltung zu verschaffen. Auch in den Streit, ob der „Bund der Festbesoldeten“ wirklich eine geeignete Vertretung der Beamten darstellt oder nicht, haben wir uns nicht eingelassen; sich klar darüber zu werden, ist Sache der Beamten selbst.

An und für sich würde eine zusammenfassende Beamtensorganisation einen entschiedenen Fortschritt darstellen. Trat doch bisher bei manchen Beamtensorganisationen das ausschließliche Berufsinteresse in allzu kleinlicher und engherziger Weise hervor. Wie das Berufsinteresse mit dem Klasseninteresse durchaus in Einklang zu bringen ist, das könnten die Beamten von den proletarischen Organisationen sehr wohl lernen!

Unter solchen Umständen weiß sich die Sozialdemokratie völlig frei von jener Animosität, die die bürgerlichen Parteien bisher für den „Bund der Festbesoldeten“ empfunden haben. Was die Beamten fordern: eine angemessene Besoldung und Arbeitszeit, das freie Koalitionsrecht und das unbeschränkte Recht der politischen Betätigung — das sind ja alles Forderungen, die gerade die Sozialdemokratie stets mit allem Nachdruck erhoben und verteidigt hat.

Was uns an der Verammlung der Festbesoldeten missfiel, das war der von einigen Rednern allzu ostentativ herangekehrte Nurrationalismus, das allzu naive Bestreben, sich Regierung und bürgerliche Parteien durch die immer von neuem wiederholte Beteuerung der Loyalität günstig zu stimmen. Ja man ging sogar so weit, die neue Organisation der Beamten gewissermaßen als ein Bollwerk gegen den Umsturz anzupreisen! Am meisten tat sich in dieser Beziehung der Lehrer Rosin hervor, ein „Freisinniger“ und kaltgestellter Sonderkandidat der Beamten gegenüber dem Kommunalparlament bei der letzten Berliner Landtagswahl. Herr Rosin sagte unter anderem:

Er wolle nur feststellen, daß jeder Bundesangehörige einer beliebigen Partei angehören könne, ausgenommen jene Parteien, die nicht für Kaiser und Reich seien, sie möchten sonst noch so tüchtige Parteien sein. Das wären die Sozialdemokratie, die Welfen, Polen, Dänen und — Franzosen, die in Deutschland lebten. Wir verstehen nicht, erklärte der Redner, daß auch die Sozialdemokratie alles für die Beamten tun werde, aber sie stehe außerhalb der monarchischen Gesinnung, ihre Abgeordneten verließen den Saal beim Kaiserhoch, auch lehne sie das Staatsbudget ab, worin auch die Gehälter der Beamten enthalten seien. Sie läme also für den Bund nicht in Betracht.

Wir halten es, rund heraus gesagt, für einen groben Unfug, wenn Herr Rosin, der doch selbst für die Beamten Freiheit der Organisation und der Gesinnung fordert, in eigener Person die abgeschmackteste Gesinnungsriechelei und den skandalösesten Terror dadurch fördert, daß er die famose These aufstellt: ein Beamter darf nur einer patriotischen und monarchischen Partei angehören!

Die Beamten sind Diener des Staates. Dieser Staat aber ist keineswegs die Domäne der Krone oder der „Königstreuen“ und „staatsbehaltenden“ Parteien. Ganz davon abgesehen, was hinter der monarchischen Gesinnung etwa der Junker steckt, die es mit dem Prinzip halten „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut“, oder der Rationalisten, die sich ja selbst als „Ver-nunftmonarchisten“ bezeichnen haben, also als Anhänger des Monarchismus aus nächster materieller Beziehung. Zum Staat gehören als vollberechtigte Mitglieder alle Parteien, auch die Polen und die Sozialdemokraten! Es ist geradezu eine Zämmersicht ohne Gleichen, in einem Augenblick, wo erst wieder fünf Lehrer wegen

polnischer Wahlen gemahregelt worden sind, die „monarchische“ und „patriotische“ Gesinnung zur Vorbedingung der Koalitions- und staatsbürgerlichen „Freiheit“ zu erklären! Und es ist bezeichnend für unseren Freisinn, daß es ein freisinniger Lehrer war, der in so armseliger Weise um die Gunst der Regierung und der reaktionären Parteien bettelte!

Sollte der Bund der Festbesoldeten je auf dem Standpunkt des Herrn Rosin anlangen, so würde das die Sozialdemokratie weniger zu beklagen haben als die Beamtenschaft selbst. Denn das hieße nicht nur die gesinnungslose Streberei proklamieren, das Liebedienern aus niedrigem politischen Kalkül, sondern auch die Beamtenschaft alles politischen Einflusses berauben. Liegt doch der stärkste Antrieb zu einer Politik des Entgegenkommens gegen die Beamten für Regierung und bürgerliche Parteien in der Furcht vor einem Abweichen der Beamten zur Sozialdemokratie! Wenn nun aber die offizielle Organisation der Beamten selbst die einzige wahrhaft fortschrittliche Partei, die Sozialdemokratie, verfehle, dann brauchen sich ja die bürgerlichen Parteien vor den Drohungen der Beamten gar nicht zu fürchten! Denn von den für den äußersten Notfall geplanten Beamtensandidaturen scheinen sich ja die Beamten selbst — und mit Recht! — sehr wenig Erfolg zu versprechen!

Die Beamten sollten sich also vor Ratgebern vom Schlage des famosen Freisinnsmannes Rosin hüten, wollen sie den Karren nicht von vornherein in den Sumpf fahren. Doch auch das mögen sie mit sich selbst ausmachen. Die Sozialdemokratie ist in der glücklichen Lage, auf die politische Unterstützung der Beamten viel weniger angewiesen zu sein als diese auf die Hilfe der Sozialdemokratie!

Cirpitz, Harms und die Werftarbeiter.

Aus dem Reichstag, 7. Dezember. Das päpige Wochen auf seine eigene Selbstherrlichkeit und die Unaussehbarkeit der Marineverwaltung ist dem Herrn v. Tirpitz nicht gut bekommen. Heute wurde ihm in scharferer Tonart aufgespielt. Er selbst zog es dann vor, einen Pflock zurückzustechen. Um die Beantwortung der heftigsten Fragen drückte er sich sehr vorsichtig herum. Dafür benutzte aber sein „Rephores“, wie man in Kiel sich werftechnisch ausdrückt, der Geheimadmiralitätsrat Harms, die Gelegenheit, um den Arbeiterbeschwern gegenüber den päpigiten Tirpitzton noch zu übertirpizen.

Zunächst brachte der freisinnige Dr. Strube neues kompromittierendes Material über die unheilvollen Wirkungen des bürokratischen „System Tirpitz“ in der Marineverwaltung vor. Er stellte dabei fest, daß ein unlösbarer Widerspruch besteht zwischen der Behauptung des Marineministers, daß die Verwaltung dem rechthierenden Kriminalkommissar keine Prognose versprochen habe, und der eidlichen Aussage des Kriminalkommissars Wannowst: ihm sei 1 Proz. aus dem Erlös der Zivillage gegen die „Chabruse“ zugesagt worden. Auch Herr Erzberger und Herr Leonhart zogen noch einmal vom Leder.

Genosse Severing verlas aus der nichtbeachteten Eingabe des Metallarbeiterverbandes Stellen, in denen die Verwaltung auf viele von den jetzt entfallenden Mißständen bereits damals hingewiesen wurde. Dann brachte er aber besonders Tatfachen zur Sprache, die zeigen, daß die terroristische arbeitserfeindliche Verwaltungsmethode des Systems Tirpitz-Harms überall die Wirkung hat, tüchtige Arbeiter, sobald sie sich politisch und gewerkschaftlich betätigen oder gar beschwerden an die Verwaltung schicken, außer Brot zu bringen, während notorische Spionhunden in Amt und Stellungen kommen. Verschlimmert wird dieser Zustand noch dadurch, daß ein gelber nationaler Arbeiterverein in Kiel gegründet ist, dessen Kandidaten in jeder Weise bevorzugt und begünstigt werden. Eine Gefundung des Betriebes, so schloß Severing, könne nur durch völlige Beilegung der Mißwirtschaftsfrage erzielt werden.

Der Geheimadmiralitätsrat Harms, der im Marinemamt die nämliche Rolle spielt wie der bekante Herr Schwarzkopf im preussischen Kultusministerium, erklärte im barischen Unteroffizierston: ein Werftarbeiter in Danzig, der zehn Jahre in Dienst gewesen war und dann eine Beschwerde über die dortige Mißwirtschaft eingereicht hatte, worauf er schleunigst gemahregelt wurde, hätte entlassen werden müssen, weil er „sozialdemokratischer Arbeiter“ gewesen sei. In lauten Protestrufen machten die Sozialdemokraten ihrem Unwillen über diese brutale Scharfmacherpolitik Luft. Genosse Legien ergriff später noch einmal das Wort, um dieses terroristische System in das richtige Licht zu setzen. Er stellte fest, daß der Staatssekretär sich offenbar in völliger Unkenntnis über das Wesen der Gewerkschaftsbewegung befinde, wenn er sich erlaube, von „Organisationen des Herrn Legien“ zu sprechen. So etwas gebe es überhaupt nicht. Daß man die Arbeiter auf den Werften als Gewerkschaftler und Sozialdemokraten verfehle, sei um so skandalöser, als es sich da um die Mehrheit der Werftarbeiter handle; die Arbeiter seien aber ohnehin die Leute, aus deren Geldern durch die Zölle und indirekten Steuern der Hauptteil der Mittel aufgebracht würde, die zur Verrichtung der Marineausgaben dienen. Er forderte dann noch einmal den Staats-

sekretär heraus, zu erklären, weshalb er seine Eingaben als Reichstagsabgeordneter nicht beantwortet habe. Herr v. Tirpitz, der vorher bombastisch versichert hatte, er werde über alle Fragen Auskunft geben, zog es indes vor, zu schweigen. Der große Sechdel brach das Gefecht ab, um hinter der schützenden Front der Regierungsparteien Deckung zu suchen. Er konnte das ja auch ungehindert tun, da man ihm bei dieser Gelegenheit nicht mit dem schweren Geschütz von Anträgen zu Leibe konnte. So ging die Interpellation wie üblich aus, ohne ein anderes Ergebnis als die moralische Bückigung des Systems Tirpitz-Harms.

Schließlich wurde von einer Anzahl von Vorlagen erledigt, wobei eine längere Debatte bis spät in den Abend hinein sich über den portugiesischen Handelsvertrag entspann.

Morgen hat der Reichstag wegen des katholischen Feiertags (Mariä Empfängnis) keine Sitzung. Am Donnerstag soll die Etaldebate beginnen; da hat der neue Reichstangler, Herr Behmann-Hollweg, das Wort!

Die Föderation der Beamten.

Paris, 4. Dezember. (Fig. Ver.)

Die französische Beamtensbewegung ist durch die Gründung einer alle Kategorien umfassenden Zentralorganisation in ein neues Stadium getreten. Wohlgerne, es handelt sich hier nicht um revolutionär-syndikalistische Elemente, wie das Fetergeheiß der großkapitalistischen Presse glauben machen könnte, sondern gerade um die auf einem bloßen Interessensidyl innerlich der heutigen Staatsordnung bestehenden Schichten, die jahrelang geduldet auf das so oft versprochene Beamtensstatut mit seinen Garantien für ein gerechtes Abwancement und gegen disziplinäre Willkür gehofft und nun diese Geduld verloren haben. In seinem Aufsatze wie in seinen Statuten läßt der neue Verband keinen Zweifel über seine gemäßigten Tendenzen. Der Streik wird ausdrücklich als Aktionsmittel nicht anerkannt, der Anschluß an fremde Organisationen — und darunter ist die Arbeitskonföderation gemeint — abgelehnt. Vorgelesen ist nur eine Verbindung mit Beamtensverbänden des Auslandes. Wenn man Spuren syndikalistischer Anschauungen durchaus entdecken will, so könnte dies höchstens in der Programmbestimmung sein, die als Aufgabe des Verbandes außer dem Schutz rein beruflicher Interessen der Beamten die Förderung der Interessen des Publikums durch ein Studium der Verwaltungsreform nennt, und dies auch nur in dem Sinne, daß der Syndikalismus wie die Beamtensbewegung Traditionen des Proudhonschen Föderalismus aufgenommen hat. Die offenkundigen Mängel der Verwaltung selbst und die politische Korruption, die sie durchbringt, haben die Opposition gegen den jacobinischen Zentralismus sehr gestärkt und nach den reaktionären Verteidigern des Korporationsprinzips sind nicht wenig neuere republikanische Verwaltungstheoretiker zu Anwälten einer Dezentralisation geworden, die bis zur Auflösung des staatlichen Apparats in Genossenschaften mit ausgebreiteter Autonomie geht.

Der Föderation sind bis jetzt 19 Verbände der verschiedenen Ressorts beigetreten. Sie zählen zusammen etwa 166 000 Mitglieder. Die stärkste Gruppe ist die der Volksschullehrer mit 96 000 Mitgliedern bei einer Gesamtzahl von 115 000 Lehrern. Weiter hat sich der allgemeine Verband der Postunterbeamten mit 30 000 Mitgliedern (von 60 000 Beamten dieser Kategorie), meist Briefträgern, angeschlossen. Die Organisationen der Föderation waren bisher bloß in einem „Studienkomitee“ vereinigt, das jetzt wegen des die Föderation begründenden Beschlusses gesprengt ist. Daneben aber besteht noch das „Zentralkomitee zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte“, das außer Staatsarbeitergewerkschaften auch Unterbeamte und eine beträchtliche Zahl von Beamten höherer Kategorien umfaßt. Ihm gehört nämlich auch die „Association Générale“ der Postbeamten an, die während der zwei Poststreiks dieses Jahres eine führende Rolle gespielt hat. Da in ihr die verschiedensten gewerkschaftlichen Tendenzen vorherrschen, ist ihr Eintritt in die so ausgesprochen gemäßigten Föderation noch fraglich.

Die Konstituierung der Föderation ist auf Grund der Bestimmungen des Vereinsgesetzes erfolgt und juristisch unanfechtbar. Die Regierung wird sich auch wohl hüten, dem Wunsch der Scharfmacherblätter wie „Temps“, „Journal des Débats“, „Figaro“ usw. Folge zu leisten und mit Gewaltmaßnahmen und Ausnahmestimmungen einzuschreiten. So unangenehm ihr der Zusammenschluß der Beamten sein mag, so entscheidet doch ein Umstand über alle Projekte dieser Art: die Nähe der Wahlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember 1909.

Der Zechenverband und sein Zwangsarbeitsnachweis.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise in Berlin hat an den Verein für bergbauartige Interessen in Essen einen Brief gerichtet, in welchem er sich gegen die geplante Errichtung eines Zentral-Zwangsarbeitsnachweises ausspricht und auf Grund seiner Erfahrungen mit partiatischen Arbeitsnachweisen die Einführung eines gleichmäßigen von Unternehmern und Arbeitern besetzten Zentralnachweises unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden empfiehlt. Der wichtigste Teil des Schreibens lautet:

„Der Verband deutscher Arbeitsnachweise, welcher mit Zustimmung und mit materielle Unterstützung der Reichsregierung

sich die Aufgabe gestellt hat, die Einrichtung allgemeiner öffentlicher und paritätischer Jahresarbeitsnachweise zu fördern, möchte es nicht unterlassen, an den Verein die dringendste Bitte zu richten, von diesem Vorhaben abzusehen und die Einrichtung eines gleichmäßig von Vertretern der Besen und Vertretern der Arbeiter geleiteten Arbeitsnachweises in Erwägung zu ziehen. Die große Erregung, welche die Nachricht von der beabsichtigten Einrichtung des Arbeitsnachweises in Kreisen der Vergarbeiter hervorgerufen hat, macht es unzweifelhaft, daß diese Einrichtung nur geeignet ist, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im dortigen Bergbaubetriebe zu verschärfen. Andererseits hat der Verband die Erfahrung gemacht, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitsnachweisorganisation in hohem Grade geeignet ist, etwa vorhandene Gegensätze abzumildern und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Wir sind der Überzeugung auf Grund reicher, praktischer Erfahrung, daß die Vertreter der Arbeiter selbst am ehesten geneigt sein werden, die Hand dazu zu bieten, um Maßnahmen zur Verringerung von Mißständen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages zu treffen und die ordnungsmäßige Durchführung des Arbeitsvertrages von beiden Seiten zu gewährleisten. Akzeptiert man den Grundsat, daß an der Spitze der Verwaltung des Arbeitsnachweises ein unparteiischer Vorsitzender steht, welcher kein Stimmrecht hat und dem nur die Aufgabe zugewiesen ist, bei Meinungsverschiedenheiten vermittelnd zu wirken, so besteht keine Gefahr, daß irgendwelche Maßnahmen gegen den Willen einer der beiden Parteien beschlossen und durchgeführt werden könnten. . . .

Es ist zweifellos anzuerkennen, daß die Arbeitgeber an der Organisation des Arbeitsnachweises das größte Interesse haben müssen und daß der Arbeitsnachweis unter keinen Umständen ihrer Einflusssphäre entzogen werden darf. Das gleiche Interesse haben aber in mindestens gleichem Maße die Arbeitnehmer. Keine der beiden Parteien wird es mit ihren Interessen für vereinbar halten können, daß die andere Partei allein die Verwaltung des Arbeitsnachweises führt, und so werden sich aus der einseitigen Verwaltung auf diesem Gebiete stets die schärfsten Gegensätze entwickeln, die nur durch eine gemeinschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete zum Ausgleich kommen können. Wir bitten daher dringend den Verein, die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Ruhrkohlenrevier in Erwägung ziehen zu wollen.

Das Vorgehen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise verdient Anerkennung; aber seinen Zweck wird er nicht erreichen. Die Herren vom Besenverband lassen sich von privaten Korporationen nichts in ihre Interessen- und Profitpolitik hineinreden. Ihre Selbstherrlichkeit kann nur durch ein den Arbeitsnachweis regelndes Reichsgesetz gebeugt werden.

Eine Wahlreform-Enquete.

Um der Behauptung entgegenzutreten, daß in den „nach Bildung und Besitz nachgebenden Schichten“ des deutschen Volkes der Wunsch nach Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts nicht bestehe, hat das „Berl. Tagebl.“ an eine größere Anzahl bekannter Persönlichkeiten auf dem Gebiet des Wissens, der Kunst und des Erwerbslebens eine die Wahlreform fordernde Zuschrift versandt und die Empfänger um ihre Zustimmungserklärung gebeten. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der entscheidende Augenblick ist gekommen, wo es sich zeigen muß, ob der Wille des Volkes stark genug ist, Preußen, den führenden Bundesstaat, auf die Bahn des politischen Fortschritts zu drängen. Die Bewegung, die an die überstürzte und egoistische Erledigung der Reichsfinanzreform durch den schwarz-blauen Block anknüpfte, würde ihr Ziel gründlich verfehlen, wenn es ihr nicht gelänge, endlich Wünsche zu legen in die agrar-konservative Vorherrschaft über Preußen und damit über Deutschland.

Ein Volk von 60 Millionen, das in Handel und Industrie, in Gewerbe und Technik, in Wissenschaft und Kunst rastlos der Vollkommenheit zustrebt, darf die Richtlinie seiner Politik nicht ausschließlich bestimmen lassen nach den Bedürfnissen jener kleinen Oberschicht, die sich in den östlichen Provinzen Preußens dem Eindringen modernen Geistes erfolgreich entgegenstemmt.

Darum ist es eine Lebensfrage für Preußen nicht nur, sondern auch für das gesamte Deutsche Reich, daß den aufstrebenden Erwerbsständen der Weg frei gemacht werde zur preussischen Volksvertretung. Mit vollem Rechte bezeichnete daher auch die Thronrede vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Es gilt, diesem Gedanken Nachdruck zu verschaffen. Es gilt zu zeigen, daß die preussische Krone sich bei dieser Forderung in Übereinstimmung befindet mit den berufenen Vertretern deutscher Geistesbildung und deutschen Wirtschaftslebens.“

Bis gestern hatten, wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, diese Kundgebung 260 deutsche Hochschullehrer sowie eine lange Reihe hervorragender Schriftsteller, Künstler, Anwälte, Ärzte, Industrielle, Kaufleute usw. unterschrieben.

Die Konservativen und die Vertreter des Zentrumsfeudalismus werden zwar schwerlich durch diese Enquete zu einer Aenderung ihrer Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsfrage bestimmt werden, und ebensowenig wird ihr Regierungsausschuß, genannt preussisches Staatsministerium, sich zu einer Wahlreform entschließen, die diesen Namen verdient, immerhin ist es recht nützlich, daß durch das Vorgehen des „Berl. Tagebl.“ konstatiert wird, wie tief auch in den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz die Notwendigkeit einer gründlichen Wahlrechtsänderung erkannt wird.

Erni ulst.

Der Erbpriester zu Hohenlohe-Rangenburg, ehemaliger Regent von Gotha und Kolonialdirektor, gegenwärtig — ganz überflüssigerweise — Reichstagsabgeordneter (übrigens nicht mehr lange) und Hospitant der Reichspartei, die unter den Parteien wiederum so überflüssig ist wie der Erbpriester unter den Abgeordneten, also dieser ehemalige stellvertretende Exzellenzimus hat zwei Dinge gemacht. Einmal ließ er sich bekanntlich vom schwarzen Schnapsblock zum Verlegenheits-Vizepräsidenten wählen und bewies so seine satirische Begabung. Denn daß gerade er sich zum Präsidenten wählen ließ, konnte nur in der Absicht geschehen, jene Leute der Bäderlichkeit preiszugeben, die einen Prinzen und zumal einen Erbprinzen, zu allem fähig halten. Die Organe des Schnapsblocks aber hatten die Wahl ganz ernst behandelt. Da verdirbt ihnen ein zweites Ding das Konzept. Der Prinz veröffentlicht nämlich in der „Gothaischen Zeit“ eine Erklärung, weil er sich angeblich bei seinen Reichstagswählern entschuldigen müsse, daß er aus der Hand solcher Leute, wie es Schnapsblockabgeordnete sind, die Vizepräsidentenstelle annahm. Da steht u. a. zu lesen: Die Uebernahme der Vizepräsidentenstelle unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet für mich ein schwarzes Opfer,

nicht nur mit Rücksicht auf meine persönlichen Verhältnisse, sondern insbesondere auf meine politischen Anschauungen, die in dieser Hinsicht denjenigen widersprechen, welche ein großer Teil der an meiner Wahl beteiligten Reichstagsmitglieder vertritt.

Ja verhehle mir nicht, daß eine erhebliche Zahl, vielleicht die Mehrzahl meiner Wähler meine Handlungsweise nicht billigen wird. Ich glaube indessen richtig gehandelt zu haben, indem ich nicht parteipolitischen, sondern allein patriotischen Erwägungen folgte, welche mir geboten, mich dem Rufe der Pflicht in einem Augenblick nicht zu verlagen, wo meine Annahme der Wahl als einziges Mittel erschien, um eine die tief bedauerlichen Gegensätze zwischen Rechts und Links noch verschärfende Zusammenlegung des Präsidiums zu verhindern.

Der satirische Charakter dieses Schreibens ist ganz offensichtlich. So wird der Entschluß über den völlig gleichgültigen Umstand, welcher beiläufig Reichstagsabgeordneter von Gnaden des schwarzen Schnapsblocks den Stuhl des Präsidenten als zweiter Vize hienweisen drücken und einen sozialdemokratischen Redner in seiner Kritik fördern dürfe, in guter Verfassung des verlogenen-patriotischen parlamentarischen Jargons als Folge „patriotischer Erwägungen“ hingestellt. Noch besser ist die Verpöschung des Schnapsblocks gelungen. Daß Zentrumskleute und Konservativen ihn gewählt, ist nach Hohenlohe eine solche Schande, daß schleunigste Rechtfertigung not tut. Uebler ist in der Tat noch nie eine Parlamentsmajorität gesoppt worden, wie der Schnapsblock von dem so mühsam gefundenen Vizepräsidenten.

Doch damit gibt sich der schmerzhafteste Prinz noch nicht zufrieden. Die Konservativen haben die Polen nicht nur bei der Wahl des Präsidiums, sondern auch bei der der Schriftführer übergeben. Das Parteiorgan der Reichspartei hatte mitgeteilt, daß die Konservativen dazu durch den lustigen Prinzen gezwungen worden waren (das Zentrum durfte für die Polen stimmen, da dies doch nichts nützen konnte). Denn Erni hätte erklärt, sonst die Wahl nicht anzunehmen. Die „Kreuzzeitg.“ aber hatte diese Behauptungen als Klatsch und Unfug bezeichnet. Und jetzt bestätigt der Prinz selbst diese Behauptungen! Wohlkühler hätte die Wamage des Schnapsblocks nicht mehr werden können, der von einem Hospitanten der Reichspartei sich Bedingungen diktieren lassen muß, wenn er zum Schriftführer wählen darf und wen nicht.

Daß aber der Prinz, der seinen Wählern solchen Schabernack spielt und seine Wahl als Schande öffentlich denunziert, trotzdem Vizepräsident des Deutschen Reichstags bleibt, ist wohl der größte III bei der ganzen Geschichte. Der Reichstag der Gottentottentwahlen hat wirklich das feiner würdige Präsidium.

Eine den Oesen gefährliche Farbe.

Im gemütlichen Wiesbaden finden Stadtverordnetenstichwahlen statt, bei denen zwei sozialdemokratische Kandidaten zwei bürgerlichen gegenüberstehen, die von einem aus Pöckelmann, National-liberalen, Merkmalen, Konservativen, Christlich-Sozialen und Antifemiten bestehenden Parteigemengsel unterstützt werden. Dieser turiose politische Parteilischmasch hat folgenden unfreiwillig-humoristischen Wahlaufruf erlassen:

„Die sozialdemokratische Partei fraternisiert mit den Revolutionären der ganzen Welt! Not ist das Blut der durch die Revolutionäre gemordeten Opfer. Not ist die Flamme, in der Kirchen, Klöster, öffentliche Gebäude und Kunstschätze aufgehend blutigrot ist die Morgenröte des Zukunftsauges, der nur durch Vernichtung unserer ganzen Kultur, durch Ströme von Blut eingeführt werden kann!“

Die Verfasser der Auftrufs hätten noch hinzusetzen sollen: „Und rot ist die Farbe, die bekanntlich Oesen wütend und topfscheum macht!“

Die Agrarier und der Arbeiterinnenschutz.

Die Konservativen haben im Reichstag einen Antrag zur Gewerbeordnung eingebracht, der den Arbeiterinnenschutz in den Betrieben, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, wieder aufhebt. Sie beantragen

- zu § 137:
1. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien usw. ist während des ganzen Jahres nur für die Zeit von 10 Uhr abends bis 1/4 Uhr morgens ausgeschlossen;
 2. bei Beschäftigung von Arbeiterinnen in diesen Betrieben in zwei Arbeitsschichten braucht von der einständigen Arbeitspause nur eine halbe Stunde in Zusammenhang gewöhnt zu werden.

zu § 139:

In Molkereien usw. darf die ununterbrochene Ruhezeit während des ganzen Jahres auf 7 Stunden herabgesetzt werden. Um die ganze Unversämtheit dieses Antrages zu verstehen, muß man wissen, daß hier die Aenderung eines Gesetzes verlangt wird, das erst am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll — daß also noch keinerlei Erfahrungen bei der Durchführung gemacht werden konnten. Es kann auch nicht ein einziger neuer Grund für die Aenderung ins Feld geführt werden, der nicht auch schon bei der Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle im Frühjahr dieses Jahres geltend gemacht worden wäre. Weil die Großagrarien sich durch die Beschränkung in der Ausbeutung ihrer Lohnsklaven benachteiligt fühlen, deshalb soll der Gesetzgeber zu ihren Gunsten eine Ausnahme stipulieren. Daß die Beschränkung der Frauenarbeit, wie sie die neue Gewerbeordnungsnovelle vorschreibt, auf internationalen Abmachungen beruht, kümmert die um Reichshofen-Dammsdorf und v. Oldenburg-Ja-nuschau nicht das geringste. Ueber solche Kleinigkeiten setzen sie sich hinweg, sobald ihr Profit bedroht ist.

Resignierende Großherzöge.

Die Regierungen beider mecklenburgischer Großherzogtümer geben vorläufig die Absicht an, ihre Verfassungspläne zu verwirklichen. Auf dem Landtage in Sternberg wurde gestern als ganz bestimmt erzählt, die Regierungen würden das Gewehr in den Graben werfen. Es werde in den nächsten Tagen eine Proklamation der Großherzöge erfolgen, nach der die Verfassungsfrage auf sich beruhen bleiben solle!

Eine preussische Wahlrechtsvorlage

für die kommende Landtagsession glaubt das „Leipziger Tageblatt“ bestimmt in Aussicht stellen zu können. Es behauptet, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß die Vorberhandlungen für die preussische Wahlrechtsvorlage tatsächlich vor ihrem Abschluß stehen. Der Reichstagsminister werde als preussischer Ministerpräsident sogleich nach Eröffnung des Landtags die Vorlegung eines Wahlrechtsentwurfes für Anfang April im Abgeordnetenhause zusage.

Die Mahregelung der Rattowitzer Lehrer.

die deshalb erfolgte, weil die Betreffenden bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, soll, wie uns aus Rattowitz gemeldet wird, zurückgenommen werden. Die in Frage kommenden Lehrer sind vom Regierungspräsidenten in Oppeln in Audienz empfangen worden. Die polnische Fraktion des preussischen Landtags soll beabsichtigt haben, eine Interpellation einzubringen, von einigen Zentrumsführern aber davon abgebracht worden sein, weil es zweckmäßiger erscheine, diese Angelegenheit bei der Beratung des Staats zu erörtern.

Kommunalwahlen.

In Ebingen (Württemberg) hatten Volkspartei, National-liberale und Sozialdemokratie ein Wahlabkommen getroffen das nach heftigem Wahlkampf bei einer Wahlbeteiligung von 88 Proz. siegreich war. Gewählt wurden auf Grund dieses Abkommens ein Volksparteiler, ein Nationalliberaler, ein Unparteiischer und ein Sozialdemokrat, der als erster Vertreter der Partei in den Gemeinderat einzieht.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Ohlau (Schles.) wurden am Montag ein Sozialdemokrat und zwei Bürgerliche gewählt.

Eine recht sonderbare Maßregel wandte der Herr Bürgermeister Dr. Fay in Hohenstein-Ernstthal bei den Stadtverordnetenwahlen an. Nachdem die Wahlstimmen mit dem 21. November geschlossen wurden, nahm der Herr Bürgermeister am 23. November die Verpfändung von 76 Bürgern vor und ließ diese am 24. November mit wählen. Selbstverständlich waren die neuverpflichteten Bürger Leute aus den besseren Kreisen, so daß die Sozialdemokratie infolgedessen nur zwei Sitze im Stadtparlament erhielt. Hätten die neuverpflichteten Bürger nicht mitwählen dürfen, wie es gesetzlich geboten war, so hätte die Sozialdemokratie mindestens fünf Mandate bekommen. Jetzt ist von ihrer Seite Protest gegen die Wahl eingelegt worden und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie nochmals stattfinden muß.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister bestätigt! Die pfälzische Kreisregierung bestätigte die Wahl des Genossen Max Neu zum Bürgermeister der Stadt Lambert, danach ist zu erwarten, daß auch die übrigen Genossen, die als Bürgermeister und Adjunkten in verschiedenen Orten der Pfalz gewählt sind, bestätigt werden.

Wahlrechtsraub in Schleswig-Holstein. Die neuerliche Wahl von zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten in Iphoe — die Zahl der Sozialdemokraten im Stadtparlament steigt damit auf vier — hat den Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten so in Angst versetzt, daß sie eine Erhöhung des Wahlsensus um nicht weniger als 600 W. beschloffen haben. Bisher war Wahlberechtigt, wer mindestens zu einem Einkommen von über 900 W. eingeklagt war, jetzt soll ein Einkommen von über 1350—1500 W. erforderlich sein. Die Erhöhung wurde vom Magistrat einstimmig, von den Stadtverordneten gegen 2 freisinnige und die beiden sozialdemokratischen Stimmen beschlossen. Die Folge des Beschlusses wird sein, daß die beiden schon amtierenden und der eine der beiden neugewählten Sozialdemokraten das Mandat verlieren. Die Aufsichtsbehörde wird dem Beschlusse zweifellos zustimmen.

Auch in Ueteren wurde der Zensus vor einigen Wochen um 600 W. erhöht, trotzdem dort noch kein Sozialdemokrat gewählt ist. Die allmähliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmzahl in den letzten Jahren genügt schon, in Ueteren in heilloser Angst zu versetzen.

Agrarischer Steuerbetrug.

In den konservativen „Preussischen Jahrbüchern“ ist in der letzten Zeit den Agrariern ziemlich scharf zugelegt worden wegen der Art, wie sie den Staat systematisch um Steuern betrügen. Es haben sich besondere Bureau gebildet — auch dem Bund der Landwirte ist ein solches Bureau angegliedert — die die Aufgabe haben, die Geschäftsbücher der Agrarier zum Zwecke der Steuerberanlagung zu bearbeiten. Diese organisierte Steuerhinterziehung hat solche Dimensionen angenommen, daß das preussische Finanzministerium sich genötigt sah, in einem Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden auf dieses Treiben aufmerksam zu machen.

Im neuesten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ wird folgender Fall festgehalten:

Ein Besitzer landete der Veranlagungskommission sein Jahresabrechnungsbuch ein, das von der Buchreihe der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft früher sauber nach Art der doppelten Buchhaltung angefertigt war und in dem bei den Wirtschaftsumkosten unter anderem folgende nicht abzugsfähige Ausgaben berechnet waren:

Gehalt an den Besitzer als Betriebsleiter	4000,— M.
Sonstiges	6008,83
Berner für Neuanschaffungen von Maschinen und Geräten	6076,40
Reisen	4170,40
Reisen (Wartung, Drainage)	2880,73
Sonstiges (Gehälter und Löhne für Hauslehrer, Gouvernante, Diener und Köchin)	4167,06
Haushalt	9962,67
Darunter Wirtschaftsgeld	6000 M.

Das sind also 30 434,71 M. unentrichtete Abzüge!

Damit, daß selbst die einzelnen Pflanzlinge angegeben werden, soll der Eindruck der denkbar größten Genauigkeit erweckt werden. Daß sich der Besitzer für seine Tätigkeit selbst Gehalt zahlt und dieses bei der Steuerberanlagung noch dazu in Abzug bringt, ist entschieden eine agrarische Eigenartlichkeit. Die obige Aufstellung ist eine Veranschaulichung der oft behaupteten Tatsache, daß die Agrarier nur das versteuern, was ihnen übrig bleibt. Daraus erklärt es sich, daß seinereit auch der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, seine Einkommensteuer bezahlte. Es blieb eben nichts übrig. Wenn Arbeiter, Handwerker und Beamte auch so rechnen würden, dann könnte der Staat seine Steuerkassen getrost zusperrern, denn zum Zwecke der Besteuerung würde in den meisten Fällen nichts übrig bleiben. Je weniger die Agrarier aber zahlen, desto annähernder und unbestimmter spielen sie sich im Staate auf.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakbranche.

Von der Regierung wird Aufschluß darüber gegeben, wie die Tabakarbeiter durch das Tabaksteuergesetz geschädigt wurden. Danach haben zwischen Juli und Oktober 1909 7700 Unterfuchungsgesuche arbeitslos gewordener Tabakarbeiter vorgelegen. Von diesen wurden 4971 als berechtigt anerkannt, 630 abgelehnt und 210 waren zur Zeit der Erhebung noch nicht erledigt. Bis Ende Oktober sind 129 203 M. Unterstützungen ausbezahlt worden.

Der brandbare „fliegende Gerichtsstand“.

Samst. d. 7. Dezember. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur des „Simplicissimus“, Gulbranßen, wegen Verleumdung der Verwaltung der Reichs-Radbad zu sechs Monaten Gefängnis. Die Ursache gab die Veröffentlichung einer Zeichnung mit folgendem Dialog zweier in den Trümmern eingeklemmter Bergleute: „Nun hat die Behörde auch noch eine Frau mit acht Kindern auf die Strafe gesetzt.“ — „Nunre nicht, dafür gibt sie uns hier noch immer freies Logis.“

Die Zulässigkeit des fliegenden Gerichtsstandes im Privat-Nagereverfahren hat die Verwaltung der Reichs-Radbad in die Lage versetzt, das verdrängte Wahlrecht vor ein Schöffengericht des Ruhrreviers zu bringen. Hätte sich der Staatsanwalt der angeblich beleidigten Besenverwaltung angenommen, wie er das in den Prozeß gegen die „Vergarbeiter-Zeitung“ und die Dortmunder

„Arbeiter-Zeitung“ ist, so wäre der „Simplicissimus“ vor die Stuttgarter Geschworenen gekommen und dann dürfte das Urteil etwas anders ausgefallen sein.

Zienbiel dankt ab.

Der bekannte preussische Generalkonsul Dr. Zienbiel hat aus Gesundheitsrücksichten sein Abchiedsgesuch eingereicht. Wahrscheinlich wird es ihm anschlusslos genehmigt, denn seit Monaten ist er schon völlig dienstunfähig. Zienbiel machte sich zuletzt auffällig bemerkbar durch die spärliche Ehrenersklärung, die er dem später des Weimars anwesenden Fürsten Philipp Carlensburg ausstellte. Vielleicht wollte er damit beweisen, daß Fürsten gegenüber die Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde“ der Welt zu sein vermag. In den von ihm geführten Prozessen gegen sozialdemokratische Putschführer war hingegen von dieser Objektivität nichts zu spüren.

Kein britisch-deutscher Kongovertrag.

Das Gerücht, daß ein geheimes britisch-deutsches Kongovertrag besteht, wird nun auch von englischer Seite offiziell in Abrede gestellt. Das Reutersche Bureau erzählt, wie aus London gemeldet wird, von gut unterrichteter Seite, daß die Nachrichten von einem geheimen britisch-deutschen Kongovertrag hier lebhaftes Erschauern hervorgerufen haben. Ein neues Abkommen, das den erwähnten Gerüchten als Grundlage dienen könnte, besteht nicht, wie schon einmal festgestellt wurde. Ein englisch-deutsches Abkommen, das im letzten Mai geschlossen wurde, betrifft eine lokale Grenzfrage zwischen Deutschland und England in einer Gegend, wo die britische und die deutsche Grenze mit der des Kongostaates zusammenstößt. Das Abkommen schließt nach keiner Seite hin eine beträchtliche Gebietsabtretung in sich. Es enthält weiter nichts als eine Grenzberichtigung, die sich auf die Arbeiten von Grenzkommissionen stützt und rein geographisches Interesse hat. Soweit dieses Abkommen die Grenze des Kongostaates berührt, wird es Gegenstand gemeinschaftlicher Verhandlungen der drei beteiligten Mächte sein, die in Brüssel stattfinden werden. Darüber hinaus sieht das britisch-deutsche Abkommen nicht im entferntesten von der Frage der Reform des Kongostaates in Beziehung und hat auch zu ihr niemals in Beziehung gestanden.

Ein Adventist.

Wegen Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam stand jetzt der Rekrut Rattiel vom 102. Infanterieregiment in Jittau vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der Angeklagte gehört der Sekte der Adventisten an, welche grundsätzlich jeglichen Dienst, der sich nicht als ein gutes Werk darstellt, an Sonnabenden verweigern. Am 23. und 30. Oktober hat er der mehrfachen Aufforderung, zum Dienst anzutreten, nicht Folge geleistet und geäußert, daß er nicht Dienst mitmachen, sein Glaube verbiete es ihm. Die Bescheide seines Vorgesetzten hielten höher als die der Menschen, meinte er. Er wurde unter Anklage gestellt und vom Kriegsgericht zu 14 Tagen strenger Arrest verurteilt. Das Gericht hat die Mindeststrafe ausgemessen, weil der Angeklagte nicht aus Widersehlichkeit, sondern aus Glaubensüberzeugung den Dienst verweigert hat. Der Angeklagte erklärte auf Vorhalt, daß er auch für die Zukunft keine Versprechung abgeben könne, daß er an Sonnabenden Dienst tun werde.

Das Urteil im Kieler Wertprozess rechtskräftig.

Kiel, 7. Dezember. Wie die „Kieler Neuesten Nachrichten“ melden, hat die Staatsanwaltschaft die Revision im Kieler Wertprozess zurückgezogen. Das Urteil ist somit rechtskräftig.

Die Maßregel der Staatsanwaltschaft ist sehr vernünftig.

Herr J. Jeppson sendet uns folgende Zuschrift, die er als Berichtigung aus Grund des § 11 aufgenommen wissen will. Obgleich wir die Richtigkeit, daß er aus Preußen ausgewiesen sei, bereits in unserer Nr. 231 als falsch zurückgenommen haben, kommen wir dem Verlangen des Herrn nach Veröffentlichung seiner Zuschrift nach. Sie lautet:

„Ich bin nicht ausgewiesen, sondern vom Polizeipräsidenten von Berlin aufgefordert worden, innerhalb vier Wochen aus Schweden Papiere beizubringen, die für Deutschland Gültigkeit haben. Derartige Papiere zu beschaffen war mir nicht möglich, da ich vor 42 Jahren Schweden verlassen habe. Ich bin infolgedessen seit 22 Jahren aus dem schwedischen Staatsverband ausgeschieden, weil ich veräußert habe, mein Heimatrecht zu erneuern, was alle 10 Jahre geschehen muß. Die schwedische Gesandtschaft, an die ich mich gewandt habe, hat mir ein Schreiben für die Polizeidirektion in Lichtenberg gerichtet, worauf der Herr Beamte in Lichtenberg mit versicherte, daß das genüge. Ich habe mich auch um die Wiederaufnahme in den schwedischen Staatsverband bemüht. Ob sie mir gewährt wird, ist zweifelhaft, und für die Aufnahme in den preussischen Staatsverband bin ich schon zu alt. Ich hoffe nach alledem in Preußen bleiben zu können. — Joh. Jeppson, Lichtenberg, Scheffelstraße 8.“

Frankreich.

Ohne Polizei — keine Freiheit!

Paris, 5. Dez. (Fig. Ver.) Der heutigen Generalversammlung des Hilfsvereins der Pariser Schutzleute hatte man mit Spannung entgegengesehen. Die Polizeibeamten haben ja jetzt eine, wenn auch mit lokalen Erklärungen überreicht garnierte Bewegung zur Förderung ihrer professionellen Interessen begonnen und die traditionelle Anwesenheit des Ministers des Innern ließ wichtige Erklärungen erwarten. Briand hat denn auch in der Tat Worte väterlicher Fürsorge mit Warnungen vor „bösen Einflüsterungen“ verbunden. Gleichzeitig trug er seine „angepaßten“ sozialphilosophischen Ministergebanten über die gesellschaftliche Rolle der Polizei vor. Clemenceau hat sich bekanntlich seinerzeit bei der gleichen Gelegenheit weislich als „promovierender“ (der „obereste Polyp“) von Frankreich vorgestellt. Briand präzisierte folgendes über das persönliche Verfehlens in das Gebiet sozialer Wissenschaft hinübergreifenden Aphorismus: **Ohne Polizei gibt es keine Freiheit!**

Italien.

Das Kabinett Sonnino.

Rom, 7. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Kabinett Sonnino, in das auch der einflussreiche und angesehenste Abgeordnete Admiral Pettolo, sei es als Marineminister oder als Minister des Auswärtigen eintreten wird, ist gesichert. Es wird sich wahrscheinlich Sonnabend, am 11. Dezember, der Kammer vorstellen. Der „Avanti“ sagt heute, die Haltung der Partei gegenüber dem neuen Kabinett werde von dessen Programm abhängen. Außer der dringenden Lösung der Volksversicherung und der Einführung der Arbeiterversicherung sei eine fortschrittliche und gerechte Wahlreform unumgänglich. Gelänge es Sonnino, die Wahlreform durchzuführen, so könnte sein Kabinett der Vorläufer eines demokratischen Ministeriums werden.

England.

Zum Wahlkampf.

London, 7. Dezember. Der gestrige Tag brachte eine ganze Reihe von Kundgebungen zum Verfassungskonflikt. In Manchester sprach der Handelsminister Churchill in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung unter stürmischem Beifall sehr scharf gegen die Lords. Er wies darauf hin, daß auch nach Einbringung des Budgets, das

angeblich das Kapital vernichte, die britische Ausfuhr fortwährend gestiegen sei. Der Kampf gegen die Lords müsse bis zum Ende geführt werden um jeden Preis. Wenn Parlamente zerbrochen und Konstitutionen verletzt werden, so muß jeder Mann Hand anlegen. Wenn das Budget angenommen ist, wie es angenommen werden wird, werden die Grundsteuern ungeschwächt und unverändert wieder da sein.

In Liverpool kündigte der liberale Abgeordnete, Oberst Seely, an, daß in der nächsten Tagung die Verfassung schriftlich festgelegt werden solle. Der Unterstaatssekretär Herbert Samuel erklärte, das Kabinett sei seit entfallen, die Föhmung des Oberhauses durchzuführen.

Der parlamentarische Ausschuss der Gewerksvereine erließ ebenfalls eine heftige Kundgebung gegen das Oberhaus, dessen Missetaten aufgezählt werden und dessen Abschaffung verlangt wird.

Dänemark.

Die Ministerauflage beschlossen.

Kopenhagen, 7. Dezember. Das Folkething hat dem Antrag der Untersuchungskommission entsprechend, beschlossen, die früheren Minister Christensen und Berg vor das Reichsgericht zu stellen.

Amerika.

Ueber 400 Millionen Mark gespart.

Washington, 8. Dezember. Schatzsekretär Mac Veagh unterbreitete dem Repräsentantenhaus den Budgetvoranschlag für das neue Fiskaljahr. Das Gesamtbudget ist auf 732 223 075 Dollar veranschlagt, das sind 123 003 403 Dollar weniger als das Budget des Vorjahres und 108 370 803 Dollar weniger als das Budget des laufenden Fiskaljahres. Infolge der vom Präsidenten fast empfohlenen Sparsamkeit sind überall Abstriche gemacht worden und Neuanschaffungen nur da vorgezogen, wo sie als unbedingt notwendig anerkannt werden mußten.

Aus Industrie und Handel.

Schlachtvieh- und Fleischbespan.

Nach einer Zusammenstellung im kaiserlichen statistischen Amt ergeben sich folgende vergleichende Zahlen über beschaute Schlachtvieh: in drei Viertel Jahr

	1904	1906	1908	1909
Pferde und andere				
Einhufer	23 827	28 426	26 630	30 306
Ochsen	145 682	153 816	156 888	161 756
Bullen	128 553	120 254	136 802	137 088
Rühe	879 179	805 208	412 002	440 965
Jungvinder über drei Monate alt	246 478	258 035	312 405	334 371
Rinder bis drei Monate alt	1 072 835	1 008 079	1 186 386	1 313 202
Schweine	3 508 461	3 109 802	3 815 399	3 574 008
Schafe	708 461	742 408	742 500	799 786
Ziegen	44 223	41 485	38 405	48 693
Hunde	762	1 032	1 021	1 041

Nachgang des Schweinefleischkonsums, Steigerung des Pferdefleischkonsums, auch ein Maßstab für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse!

Die Geschäftslage in der Textilindustrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist in den letzten Monaten ein besserer geworden. Immerhin ist das Angebot von Arbeitskräften in den verschiedenen Bezirken momentan sehr groß. Der November brachte die Vautätigkeit teilweise zum Stillstand und Klagen nun große Scharen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aller Art arbeitssuchend an die Fabriktore. Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmer die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne auf den Lohn zu drücken. Sehr beeinträchtigt wird die beginnende Belegung in der Baumwollbranche durch eine tolle Hausse an der New Yorker Baumwollbank. Raum stellen sich die ersten stüchtigen Anzeichen einer Belegung ein, finden sich auch schon Spekulationen und treiben, geführt auf unangünstige Erntenaussichten, durch Aufkauf des Angebots, den Preis der Rohbaumwolle um 40—50 Proz. in die Höhe. Dabei sollen 4 Leute in den letzten Monaten 120 Millionen Dollar „verdient“ haben. Die Baumwollspinner der Welt versuchen mit Vertriebsbeschränkungen dem Treiben zu begegnen. In England, Italien, Oesterreich ist die Produktion erheblich eingeschränkt. In Deutschland ist es zu einer einheitlichen Einschränkung noch nicht gekommen. Die Leiter der deutschen Baumwollspinnerverbände sind jedoch an der Arbeit, auch für Deutschland ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Die Arbeiter werden die Leidtragenden sein. Ein Teil der Baumwollspinnereien arbeitet bereits mit beschränkter Arbeitszeit. So in Jittau, Münsterthal, Rittweide, N.-Glabbach. Voll beschäftigt sind die Spinnereien in Chemnitz, Leipzig, Oberhausen, Wittenberg. Die Baumwollweberei in ihren verschiedenen Zweigen hat sehr verschiedene Geschäftslage. Die Webereien Süddeutschlands haben sehr flott zu tun; die Webereien jedoch gehen wieder zu Betriebsbeschränkungen über. Das Münsterthal, Oberhausen und Schlesien sehen besseren Geschäftsgang; die sächsische Lausitz und der Elbisch dagegen leiden noch immer unter der Krise. So schlamm wie im Vorjahr lauten allerdings heute die Nachrichten im allgemeinen nicht mehr. Die Feinweberei und Flachspinnerei ist in allen in Frage kommenden Bezirken gut beschäftigt. Die Preisrückbildung der Baumwollgewebe dürfte den Feinwebereien zugute kommen. In der Wollebranche hält der gute Geschäftsgang gleichfalls an. Ganz besonders gilt dies von den Kammgarnspinnereien. Für die Spinner ist das Jahr 1909 ein Jahr reicher Ernte. In den Kammgarnwebereien hat momentan die Beschäftigung etwas nachgelassen, doch wird noch überall voll gearbeitet. Färbereien, Appreturen arbeiten sogar mit Ueberstunden. Etwas weniger günstig liegen die Verhältnisse in der Tuchbranche (Herrenstoffbranche). Aus Ludenwalde, Forst, Lambrecht und Grünberg in Schlesien wird über Geschäftsklage berichtet. Im letzteren Ort wollen sich die beiden vorhandenen großen Fabriken verschmelzen. Die „Schlesische Tuchfabrik R. Wolf & Co.“ soll aufgehen in der „Englischen Wollmanufaktur A.-G.“. Der Gesamtumsatz der beiden Unternehmungen beträgt zirka 9 Millionen Mark. Die Samtwwebereien sind gleichfalls, wie alljährlich um diese Zeit, wenig beschäftigt. Seidenstoffabriken, Wandfabriken, Teppich- und Wollwebereien dagegen haben flott zu tun. Recht flott hat der Geschäftsgang seit etwa 5 Wochen im sächsischen Vogtland eingesetzt. Die Seidenereien arbeiten zum Teil mit Ueberstunden. Die Krise hat dort jahrelang gewütet. Jetzt klagen die Unternehmer über Mangel an weiblichen Arbeitskräften.

Zuckerproduktion Deutschlands.

Nach der Statistik der Zuckergewinnung und Zuckerversteuerung sind im Vertriebsjahre 1908/09 (1. September 1908 bis 31. August 1909) 368 Zuckerrüben mit Rübenverarbeitungs im Betriebe gewesen, im Vorjahre 365. Ferner haben 39 (1907/08: 41) Raffinerien und 6 (1907/08: 6) Melasse-Entzuckerungsanstalten gearbeitet. In diesen 403 Betriebsanstalten sind im ganzen 2 079 221 Tonnen Zucker gewonnen worden (alle Erzeugnisse auf Rohzucker umgerechnet), im Vorjahre 2 138 731 Tonnen. Auf die 355 rübenverarbeitenden Fabriken entfallen davon 1 980 387 Tonnen (1907/08: 2 017 071 Tonnen). In 42 024 gewöhnlichen Arbeitsschichten

wurden 11 809 182 Tonnen Rüben verarbeitet, mithin in einer Arbeitsschicht 281 Tonnen, während im Vertriebsjahre 1907/08 in 43 023 Arbeitsschichten 13 482 750 Tonnen Rüben, mithin in einer Arbeitsschicht 316 Tonnen, verarbeitet wurden.

Die verarbeiteten Rüben wurden gerettet auf 436 185 Hektar (1907/08: 450 030 Hektar).

Zur Herstellung von 1 Kilogramm Zucker waren durchschnittlich 5,96 Kilogramm Rüben gegenüber 6,09 Kilogramm im Vorjahre erforderlich.

Auf den Kopf der Bevölkerung betrug der Verbrauch in Verbrauchsgeräten 17,38 Kilogramm (1907/08: 17,07 Kilogramm).

Die Ausfuhr hat sich in Rohzuckerwert um 121 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahre vermindert und erreichte eine Höhe von 835 416 Tonnen.

Krupps Dividende. Die Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Friedr. Krupp zu Essen a. d. Ruhr genehmigte gestern den Abschluß für das Geschäftsjahr 1908/09. Die Dividende wurde auf 8 Proz., wie im Vorjahre, festgesetzt, und ein Betrag von 1 780 000 M. an die Rücklagenkonten überwiesen.

Dividenden. Die Posener Spiritus-Alliengeseilschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 25 Proz. — Die Hermannmühle, Aktiengesellschaft, in Posen konstatiert ein äußerst günstig abgelaufenes Geschäftsjahr und verteilt eine Dividende von 12 Proz., gegen 8 im Vorjahre.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz: „Aus den Ergebnissen der Veranschlagung“ in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ hat der Druckfehlerbezug in der Zusammenstellung aus der Gruppe E 731 799 Selbständige aufgezählt, es muß heißen „331 799“.

Aus der Frauenbewegung.

Die weiblichen Angestellten im Gastwirts- und Hotelbetriebe.

Ein ganzes Heer von Angestellten und Arbeitern beiderlei Geschlechts ist im Hotel- und Gastwirtsbetriebe beschäftigt. Ergab doch die Veranschlagung im Jahre 1907 nicht weniger denn 587 910 Personen als im Gastwirtsbetriebe tätig. Hier von dürften mindestens $\frac{3}{4}$ weibliche Personen sein und diese gehören zu den schlechtestgestellten Arbeiterinnen. Von ihrem Elend dringt nur sehr wenig an die Öffentlichkeit, weil sie selbst sich noch in keiner Weise gerührt haben. Der Organisationsgedanke kann hier nur sehr langsam Eingang finden. Von den Gesehen, die für die gewerblich tätigen Frauen gemacht wurden, sind die im Gastwirtsbetriebe tätigen Arbeiterinnen ausgeschlossen. So finden die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die am 1. Januar 1910 in Kraft treten, auf sie keine Anwendung. Die Inhaber der kleinen und mittleren Gastwirtsbetriebe, die soden durch die famose Steuerreform arg mitgenommen wurden, mußten auf der anderen Seite wenigstens teilweise schuldig gehalten werden, indem man ihnen die Ausbeutungsfreiheit gegenüber ihrem weiblichen Personal uneingeschränkt beläßt.

So verhält es sich auch mit der Bundesratsverordnung vom Jahre 1902, welche die Ruhezeiten im Gastwirtsbetriebe regelt. Diese findet bekanntlich nur Anwendung auf das gelehrte Personal, die Kellner und Köche und die am Buffet beschäftigten Personen. Die große Masse der Hilfspersonen, darunter auch die weiblichen, scheiden selbst bei diesen geringfügigen Schutzbestimmungen aus. Für die Mädchen in der Küche bei der Wäsche und auf den Etagen kommen Arbeitszeiten von 14, 16 und 17 Stunden in Frage. Die Mädchen, namentlich aber die Aufwackerinnen, sind meist die schlechtesten, die es im Hause gibt: kleine, dunkle und feuchte Köcher, in denen häufig den ganzen Tag bei künstlichem Lichte gearbeitet werden muß. Nicht weniger schlimm sind die Zimmermädchen daran, die den ganzen Tag treppauf, treppab zu rennen und die in den Fremdenzimmern oft recht widerliche Arbeiten zu verrichten haben.

Die Kost ist für alle diese Mädchen in den allermeisten Fällen eine gänzlich mangelhafte und ungenügende. Das „Deutsches“ wird in der Regel aus allerhand Resten oft sehr zweifelhafter Herkunft zusammengestellt. Genau so elend sind die Wohnungen. Direkt unter dem Dach oder im Keller, vier, sechs, acht in einem Räume, die Betten übereinander gestellt, so hausen die Vermissten. Alle zusammen müssen sich oft mit nur einem oder zwei Wäschebuden begnügen. Zur Aufbewahrung der Kleider ist im günstigsten Falle ein wackliger Schrank vorhanden. Reiß werden die Kleider direkt an der Kalkwand aufgehängt.

Wohl nirgends sonst als wie hier stoßen die sozialen Gegenstände so hart und unermittelt aufeinander. Von der eleganten Salons mit kostbaren Möbeln, die behaglich durchdrühten Speise-, Les- und Gesellschaftszimmer, in denen die Teppiche jedes Verdrusses abdämpfen, überall Lichtfülle, Behaglichkeit, Komfort — ein Heer von dienstbaren Geistes beiderlei Geschlechts, jederzeit bereit, den Wünschen der Gäste zu dienen. Das Personal aber selbst entbehrt alles, was das Leben schön und angenehm macht; keine Ruhepause, elende Kost und schlechte Aufenthaltsräume, die nicht die geringste Behaglichkeit bieten.

Da die weiblichen Angestellten in ihrer großen Mehrheit von dem geringfügigen Gehalt der Verordnung vom Jahre 1902 ausgeschlossen sind, so vergehen oft Wochen, ehe sie einmal ihr glanzvolles Gehältnis verlassen dürfen. Sie haben kein Recht auf Ruhepausen oder Ausgehetage und sie haben beständig stets den Direktor oder die „gnädige Frau“ um Erlaubnis zu fragen. Die meisten Hausordnungen enthalten den Postus, daß „bei unbefugtem Verlassen des Hauses sofortige Entlassung“ eintritt. Der Ausgang währt dann in der Regel von 8 oder 4 Uhr an bis um 11 oder 12 Uhr nachts, auf eine spätere Stunde wird der Erlaubnischein nur selten ausgestellt, weil die Herren Chefs um die Moral der Mädchen sehr besorgt sind.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn diese Proletarierinnen von dem Organisationsgedanken bisher fast noch gänzlich unberührt geblieben und ihm auch schwer zugänglich sind. Trotzdem hat es der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen unternommen, in Berlin damit den Anfang zu machen und eine weibliche Abteilung zu gründen. Deren sind auch bereits 40 Personen beigetreten. Hoffentlich gelingt es, auch in jenen Kreisen die nötige Aufklärung zu verbreiten, die Angestellten für die Organisation zu gewinnen, damit auch hier bessere Verhältnisse durchgeföhrt werden.

Der Bund für Mutterschutz hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe anzubieten zu lassen, sondern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Nachweis von Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Filialen, Anfertigung von Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Unterricht in Sprachen, Italien, Russisch, als Hausdame, Reisebegleiterin usw., bei der Gründung einer neuen Existenz zur Seite zu stehen. Er bemüht sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungsfrage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringen Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegerin, ihre Absichten und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7—9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz, Trautenaustroße 20, zu richten. Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterschutz die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg, Donnerstag, den 9. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5, öffentliche Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Frau Zick: „Die Wirkungen der neuen Steuern auf die Hausfrauen!“

Gewerkschaftliches.

Deutsche Arbeitergroßen für das Ausland.

Unter dieser Überschrift bringt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 49 vom 5. Dezember 1909 einen Artikel, in dem die Opfer aufzählt, welche die deutschen Arbeiter bei Streiks ihrer ausländischen Kollegen zur Unterstützung der Streikenden gebracht haben. Dagegen sollen nach der in dieser Notiz gegebenen Darstellung die ausländischen Arbeiter bei Streiks in Deutschland sehr wenig Solidarität bekundet haben. Zum Beweise dafür wird eine Menge Zahlenmaterial angeführt. Was von diesen Zahlen zu halten ist, ergibt sich aus folgendem. In dem fraglichen Artikel heißt es u. a.:

„Dann aber kam 1905 der große deutsche Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, und der internationalen Solidarität war Gelegenheit geboten, der deutschen Opferlosigkeit, die sich so oft und glänzend bewährt hatte, in gleicher Weise zu danken. Nur 17 652 M., zu denen Dänemark allein 10 405 M. beisteuerte, hatte die internationale Solidarität von 9 Staaten für die deutschen Bergarbeiter übrig. Das reiche England schickte 204 M., und Schweden, das jetzt ungefähr 1 160 000 M. für das leidenschaftliche Experiment eines Massenstreiks aus Deutschland gezogen hat, gab 1124 M. 28 Pf.“

Der Artikelschreiber will sein Material aus Protokollen der Parteitage und der Kongresse der freien Gewerkschaften genommen haben. Das ist, mindestens soweit das oben Bittere in Frage kommt, gelogen. Hätte der Artikelschreiber das Protokoll des Bergarbeiterverbandes über dessen Generalversammlung vom Jahre 1907 zur Hand genommen — denn darin befindet sich die Abrechnung über den Streik vom Jahre 1905 — dann hätte er solchen Unsinn nicht schreiben können. Hat er es aber eingesehen, dann hat er wider besseres Wissen gehandelt.

So schickte das „reiche England“ nicht 204 M., sondern 153 224,10 M., und zwar je eine Rate von 40 839,50 M. und 40 839,60 M.; quittiert in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1905, eine dritte Rate von 40 839,50 M., quittiert in Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“. Diese Beträge sandte die Miners Federation. Außerdem sandte die Miners Mutual Confidence Association Northumberland 10 214,90 M. und die Miners Association Durham 20 429,80 Mark. Diese sind in Nr. 9 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1905 quittiert. Daneben sind noch kleinere Beträge von Einzelpersonen gesandt worden. In dem oben bezeichneten Protokolle des Bergarbeiterverbandes ist auf Seite 188 die aus dem Auslande gekommene Streikunterstützung auf 158 030,78 M. angegeben. Das ist nur die Summe, die vom Auslande direkt an den Verband gesandt worden ist. Dagegen sind die Summen, die vom Auslande an die Generalkommission, die Partei usw. gesandt worden sind, und die in den von diesen eingekommenen Summen mitenthalten sind, darin nicht eingerechnet.

Das zeigt wohl zur Genüge, was von dem Geschreibsel des Kapitalhändlers zu halten ist. Der Zweck der ganzen Schreibung ist aber sehr durchsichtig. Die deutschen Arbeiter sollen bei Streiks im Auslande nicht mehr, wie bisher, Solidarität bezeugen und dann natürlich vom Auslande auch nicht unterstützt werden, wenn sie selbst streiken.

Der Liebe Mühe wird aber vergebens sein!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

In der am Montag abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes erstattete Glode Bericht über den seitherigen Verlauf der Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitgeber. In der letzten Besprechung ist vereinbart worden, daß der Verband eine Tarifvorlage aufstellt und dieselbe der Unternehmerorganisation einreicht. Die Ortsverwaltung hat in Verbindung mit der Kontrollkommission die Forderungen der Berliner Holzarbeiter beraten und in einer Vorlage zusammengefaßt, welche der Vertrauensmännerversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet wurde. Die Vorlage enthält Verbesserungen des seitherigen Vertrages in verschiedenen Punkten. Der gegenwärtigen Situation wird soweit Rechnung getragen, als nur solche Forderungen aufgestellt worden sind, die sich nach Ansicht der Arbeiter durchzuführen lassen und bei gutem Willen der Unternehmer auch durchgeführt werden können. Die Arbeiter gehen davon aus, daß ein Vertrag von längerer Dauer nicht ohne ein gewisses Maß von Verbesserungen abgeschlossen werden kann und erwarten, daß diese Verbesserungen ohne Kampf durchgeführt werden. Die Vorlage wurde eingehend diskutiert und von der Versammlung gutgeheißen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Vertrauensmännerversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Ortsverwaltung mit den Arbeitgebern zwecks Aufstellung eines neuen Tarifvertrages in Unterhandlung tritt. Sie erwartet von den Unternehmern, daß sie nennenswerte Verbesserungen für die von ihnen geforderte Vertragsperiode zustehen. Sollten die Unternehmer jedoch kein Entgegenkommen zeigen und eine Aussperrung beabsichtigen, so erklären die versammelten Vertrauensmänner namens ihrer Kollegen, den Kampf entschlossen aufzunehmen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen. Die Vertrauensmänner verpflichten sich ferner, die Verwaltung dadurch zu unterstützen, daß sie für Stärkung der Organisation eintreten durch Heranziehung der nichtorganisierten Kollegen zum Verband und Stärkung der Finanzen des Verbandes.“

Die Konfektionäre Berlins und die Aussperrung in Stettin.

Eine zahlreich besuchte öffentliche Konfektionärsversammlung, die am Montag den großen Saal der Brauerei Friedrichshain füllte, beschäftigte sich mit der Frage: „Welche Pflichten erwachsen uns aus dem Gewaltstreik der Stettiner Konfektionäre?“ Der Referent Kunze schilderte zunächst, wie die Aussperrung zustande gekommen ist. Die Konfektionäre in Stettin wollten statt Lohnhöhungen, wie sie bei der Verteuerung der Lebenshaltung notwendig gewesen wären, Lohnherabsetzungen durchführen. Die stark organisierten Konfektionäre Stettins wollten darauf selbstverständlich nicht eingehen, erklärten sich aber, als der Tarifvertrag am 1. Oktober abließ, bereit, ohne Tarif weiterzuarbeiten. Sie hätten wohl den Kampf um einen neuen Tarifvertrag vorgezogen, aber die derzeit schlechte Konjunktur ließ das nicht ratsam erscheinen. Der abgelassene Tarif war im Sommer 1908 ohne große Kämpfe zustande gekommen. Aber im Jahre 1907 weigerten die Arbeitgeber sich, den Tarifvertrag zu erfüllen, und so mußten die Arbeiter einen 6 Wochen währenden Kampf führen, um ihn zum zweitenmal und etwas nachhaltiger zur Anerkennung zu bringen. Sie blieben Sieger in dem Kampf, aber die Konfektionäre erklärten damals, daß sie den Tarif bei erster besser Gelegenheit wieder vernichten und dann überhaupt keinen Tarif mehr haben wollten. Nun aber, da die Konfektionäre Stettins bereit sind, ohne Tarif zu arbeiten, scheinen die Konfektionäre anderer Meinung zu sein und veranlassen gerade deswegen drei Wochen vor Weihnachten eine große Aussperrung. Der Redner erklärte, daß diese Aussperrung nicht, wie in der

Presse auf Grund irrthümlicher Annahmen berichtet wurde, 6000 Personen umfaßt, sondern nur etliche über 1000. Wohl sind im Verlaufe an 6000 Personen beschäftigt in Stettin, aber die Macht der Konfektionäre reicht nicht so weit, um sie alle oder auch nur den größten Teil davon auf die Straße zu werfen. Eine andere Frage ist allerdings, ob die Konfektionäre nicht durch Arbeitsniederlegung der Aussperrung etwas nachhelfen werden und der Kampf dadurch größere Ausdehnung gewinnen wird. Darüber haben sie jedoch selbst zu entscheiden. Nach außen hin hat die Aussperrung den Anschein, als ob sie eine rein lokale Maßnahme der Stettiner Konfektionäre wäre, in Wirklichkeit stehen jedoch, wie der Redner betonte, dieselben Leute dahinter, die 1907 in der Maßschneiderei den großen Kampf hervorriefen. Es haben also danach auch die Maßschneider Deutschlands ein sehr starkes Interesse daran, daß den Arbeitgebern in Stettin eine Niederlage bereitet wird. Die Stettiner Konfektionäre müssen danach trachten, daß sie ihre Arbeit trotz der Aussperrung fertiggestellt erhalten, und es ist ganz selbstverständlich, daß sie sich damit anderswohin, namentlich auch nach Berlin wenden. In der Berliner „Volkzeitung“ werden in Annoncen denn auch schon auffallend viele Konfektionäre von Firmen gesucht, die bisher keinen großen Bedarf an Arbeitskräften hatten. Dazu kommt, daß einzelne Firmen an Zwischenmeister die Frage gerichtet haben, ob sie eine größere Werkstätte hätten, so daß sie mehr Gesellen einstellen könnten; es sei jetzt außerordentlich viel Arbeit da. Alles das deutet darauf hin, daß man bereits versucht, Stettiner Arbeit in Berlin unterzubringen. Daraus erwächst den hiesigen Konfektionären die Pflicht, überall auf der Hut zu sein, damit sie nicht in die Lage kommen, Streitarbeit zu machen. Hauptächlich sollen sie auch die großen Zwischenmeister scharf im Auge haben. Als 1906 der Lohnkampf in Elberfeld stattfand, da kamen Zwischenmeister in Berlin, die Elberfelder Arbeit übernommen hatten, nach dem Bureau des Schneiderverbandes und verlangten, daß der Verband ihnen die Arbeit ablaufen sollte. Aus den Beiträgen der Mitglieder wollten also diese Herren eine reichlich bemessene Entschädigung dafür einheimen, daß sie die Streitarbeit zurückhielten. Damit solche Unverschämtheiten nun nicht wieder vorkommen, müssen die Berliner Konfektionäre von vornherein dafür sorgen, daß solchen Zwischenmeistern von Anfang an die Lust vergeht, Arbeit aus Stettin zu übernehmen. Wo irgendwie verdächtige Arbeit angeboten wird, ist das sofort im Bureau des Schneiderverbandes zu melden, damit die Sache untersucht werden kann. In Stettin selbst hat die Arbeiterschaft des Berufs und ihre Organisationsleitung alles getan, um die Verhältnisse auf friedlicher Grundlage zu regeln, aber die Arbeitgeber wollten den Kampf. Die dortigen Konfektionäre halten tapfer im Kampfe aus und sind durchaus darauf vorbereitet, daß er längere Zeit dauern wird. Die Arbeiterschaft des Schneiderverbandes ganz Deutschlands hat um so mehr Interesse an den Vorgängen in Stettin, als dieselben Leute, die 1907 die Macht des Schneiderverbandes zu brechen suchten, auch hier wieder ihre Hände im Spiele haben.

Aber für die Berliner Konfektionäre muß der Kampf in Stettin auch ein Anreiz sein, nun selbst einmal alle Kraft einzusetzen, um ihre eigenen Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Im Jahre 1907 war es gelungen, mit einer Reihe hiesiger Konfektionärfirmen der Herrenbranche Tarife abzuschließen, aber die Laufzeit der Arbeiterschaft, die sich während der bald darauf eingetretenen Krise bemerkbar machte, hatte zur Folge, daß die damals errungenen Vorteile zum Teil wieder verloren gingen und im allgemeinen die Preise immer mehr herabgedrückt wurden. Andererseits ist es aber bei Firmen, wo die Schneider gut organisiert waren, selbst in der Krisenzeit nicht nur gelungen, Lohnherabsetzungen abzuwehren, sondern auch noch Erhöhungen zu erzielen, wobei es sich allerdings fast ausschließlich um Werkstattarbeiter handelt. Mit dem Herbst dieses Jahres hat sich der Geschäftsgang in der Herrenkonfektion nun bedeutend verbessert, und einige Firmen, die bislang Abzüge über Abzüge machten, sind dazu übergegangen, hier und da freiwillig die Arbeitslöhne wieder zu erhöhen. Das sind natürlich nur kleine Broden, die man den Arbeitern hinwegwirft, weil man sie nun einmal wieder notwendig braucht. Die notwendig man sie braucht, zeigt sich auch darin, daß einzelne Firmen Prämien für die Beförderung tüchtiger Konfektionäre anbieten. Es ist damit zu rechnen, daß diese gute Konjunktur im nächsten Jahre anhält. Der Redner forderte die Anwesenden dringend auf, dafür zu sorgen, daß die günstige Zeit nicht ungenutzt verstreicht, daß die Konfektionärsarbeiterschaft Berlins alle Kraft einsetzt, um einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung zu schaffen und für die Zukunft eine feste Grundlage zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewinnt.

Dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, folgte eine rege Diskussion. Alle waren sich darüber einig, daß auf keinen Fall in Berlin irgendwelche Streitarbeit für Stettin hergestellt werden soll, und ebenso darüber, daß die hiesige Herrenkonfektionärsarbeiterschaft nun endlich mit allen Nachmitteln der Organisation für eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen hat. Es wurde ein Antrag eingebracht, die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes aufzufordern, so schnell wie möglich eine Lohnbewegung in der Berliner Herrenkonfektion einzuleiten. Da dieser Antrag jedoch nicht in öffentlicher Versammlung erledigt werden konnte, wurde er zurückgezogen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in der Brauerei Friedrichshain versammelten Konfektionäre und Schneiderinnen haben von den Vorgängen in der Stettiner Konfektion Kenntnis genommen. Den Versuch der Unternehmer, in Berlin Streitarbeit anzusetzen zu lassen, werden sie mit allen Mitteln verhindern.“

Aus den Ausführungen des Referenten haben die Versammelten ferner entnommen, daß die Unternehmer die Arbeiterschaft der einzelnen Bezirke gegeneinander auszuspielen, indem sie auf die Lohnverhältnisse dieser Orte hinweisen. In Rücksicht hierauf, sowie angesichts der stetig steigenden Kosten, welche der breiten Masse des Volkes auferlegt werden, erachtet die Versammlung die Regelung der Löhne der Berliner Konfektionäre als ein Gebot der Nothwendigkeit.“

An die organisierten Arbeiter Berlins und Umgegend!

In Anbetracht der äußerst schwierigen Organisationsverhältnisse im Gastwirtsgewerbe sind die Angestellten dieses Berufes ganz besonders auf die wirksame Mithilfe der übrigen Gewerkschafts- und Parteigenossen angewiesen. Besonders die Bierabzieher sind noch so indifferent, daß obgleich sich der frühere Verein der Bierabzieher seit über zwei Jahren dem Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen angeschlossen hat, die meisten Bierabzieher noch gar nicht oder in einem Kolonverein organisiert sind, welcher besonders kriegervereinsfreundlich ist. Unterzeichnete Organisation richtet hiermit die dringende Bitte an alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, in den Lokalen, wo sie verkehren und sie einen Bierabzieher antreffen, sich die abgestempelte Verbandskarte zeigen zu lassen und darauf hinzuwirken, daß die Unorganisierten dem Gastwirtsgehilfenverband beitreten.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverv. III, Bierabzieher. J. A.: Urban, Gartenstr. 90.

Keller- und Mineralwasserarbeiter! Werte Kollegen! Acht Monate sind es jetzt her, seit die Branche der Kellerarbeiter und Auischer in einer Mitgliederversammlung die Einführung der Legitimationskarte für die Kollegen Destillations- und Weinkulischer beschloßen hatte.

Vor einigen Tagen konnten wir dem 50. Kollegen Kutscher seine Karte ausstellen.

Wenn hierdurch der Beweis erbracht ist, daß die unablässige Propagierung einer auf die Interessengemeinschaft der Solidarität gestützten Vernetzung in kurzer Zeit einen derartigen Erfolg gezeitigt hat, muß es unsere Aufgabe sein, in dem Sinne und mit vereinten Kräften weiterzuarbeiten.

Ein hervorragendes Agitationsmaterial, dessen sich ein jeder unserer Verbandskollegen in der leichtesten Weise bedienen kann, besteht darin, in den Jahrbüchern der Partei auf den Zweck unserer Legitimationskarte hinzuweisen.

Zur ein jeder unserer Verbandskollegen auf diesem Gebiete und in dieser Weise seine Pflicht, dann wird der Moment nicht mehr fern sein, wo der Leber hier in Frage kommenden Berufscollegen im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert ist und durch eine starke, zentralisierte Organisation innerhalb des gesamten Transportgewerbes der größte Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen wird.

Vorwärts heißt die Lösung.

Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Der Reichstaxi für das Malergewerbe.

In Kassel entschied eine Versammlung gegen wenige Stimmen sich für Annahme des Reichstaxi-Vertragsmusters und für weitere zentrale Verhandlungen über Lohnverhältnisse und Arbeitszeit.

Christliche Kampfweise.

Bis zu welcher Erbarmlichkeit der Kampf der Zentrums-Christlichen Gewerkschaftler gegen die freien Gewerkschaften gedehnt, zeigte eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Oberhausen (Rheinland). Am 25. Juli er. hatte in Oberhausen eine stark besuchte Gelegenheitsversammlung der Zeche „Konkordia“ stattgefunden, in welcher der Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“, Genosse Pokorny, über: „Die Krise, ihre Ursachen und Wirkung“ referierte. Da den anwesenden „Christlichen“ Gewerkschaftsführern Ziele und Sieger die Ausführungen des Redners nicht pakteten, so versuchten sie es zunächst mit einer Demagogik, indem der Thiele die Anwesenden darauf aufmerksam machte, daß sie sich in einer „sozialdemokratischen“ Versammlung befänden, die nicht als solche angemeldet sei. Nachdem der Mann zur Ordnung gebracht war, provozierte sein Kollege Steger durch künstliche Aufregung der „Christlichen“ Kollegen einen solchen Spektakel, daß die Versammlung keine Vorbeeren geerntet hatten, so suchten sie auf andere Weise ihr Machegefühl zu befriedigen, indem sie Anzeige erstatteten, daß die Versammlung eine politische gewesen und von dem Veranfaller nicht als solche angemeldet worden sei. Die Behörde hatte Verständnis für diese Schmerzen und schickte dem Veranfaller und Leiter der Versammlung ein Strafmandat in Höhe von je 25 M. zu, wogegen zwecks Aufklärung des Sachverhalts natürlich Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt wurde. Am Donnerstag fand Termin vor dem Schöffengericht in Oberhausen statt, wobei die Günder Freisprechung erzielten unter Beladung der Staatskasse mit den Kosten. Gleichzeitig stellte sich aber auch heraus, daß die Polizeibehörde keinen Strafantrag gestellt hatte, sondern daß die Erhebung der Anklage auf Grund der Anzeige der „Christlichen“ erfolgt war! — Ein nettes Heldenstück! Die von den Christen angegebene Zeugen (der ZentrumsparteiSekretär Krommeier und ein Kaufmann Wollendorf) waren trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen, so daß sie jeder in eine Strafe von 30 M. genommen wurden. Ob sie sich wohl nachträglich geschämt haben, Zeugnis abzulegen. Pfui Teufel! über solche Kampfweise.

Ausland.

Brutale Methoden des Klassenkampfes der Unternehmer werden jetzt wieder einmal in besonders krasser Form im nördlichen Schweden angewandt. Man vertreibt die ausgesperrten Arbeiter der Zellulosefabrik von Umanjö aus den Werkswohnungen. Diese Ermittlungen hatten bereits am 1. und 2. November begonnen. Dann erklärte der Direktor, er wolle bei den übrigen Arbeitern Gnade vor Recht ergehen lassen und erst milderes Wetter abwarten. Nun sind aber am 3. Dezember sechs Familien, und am nächsten Tage wiederum sechs Familien ermittelt worden, und zwar im Schneesturm des 10 Grad Kälte. Der human denkende Länsmann des Bezirks hat angeordnet, daß für die vielen kleinen Kinder der Vertriebenen ein Baum zur Verfügung gestellt wird, damit sie nicht erfrieren, und er hat auch einen Arzt nach dem Ort geschickt. Die meist armen Landleute der Umgegend nehmen sich der Vertriebenen an und gewähren ihnen soweit wie möglich Obdach.

Am Freitag voriger Woche hatte sich der Vergleichsbeamte des Bezirks, der Reichstagsabgeordnete Spornzelius, sowohl an die Arbeiter wie an die Zellulosegesellschaft gewandt, um Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Die Arbeiter stellten die Bedingung, daß die Ermittlungen erst einmal eingestellt werden, die Aktien-gesellschaft damit kundgeben sollte, daß sie zum Friedensschluß geneigt wäre. Die Gesellschaft lehnte dies jedoch rundweg ab. Damit waren die Bemühungen des Vergleichsmannes gescheitert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Großfeuer auf den Hamburger Gaswerken.

Hamburg. (W. Z. N.) Die Ursache der furchterlichen Explosion, über die bereits unter „Vermischtes“ berichtet, soll dadurch entstanden sein, daß in dem neuen Gasometer plötzlich ein Riß entstanden ist. Das ausströmende Gas drang in das Retortenhaus ein, und in diesem Augenblick erfolgte die Katastrophe. Die Flamme setzte über etwa 25 in der Nähe des Gasometers beschäftigte Paulleute hinweg und verletzete sie zum Teil tödlich. Eine unterhalb des Gasometers belegene Kantine ist völlig zerstört, drei darin beschäftigte Frauen sind getötet worden. Gleich nach der ersten Explosion begann man, die Verletzten ins Krankenhaus zu schaffen. Inzwischen erfolgte durch Ueberpringen der Flamme die zweite Explosion. Die Flammen schnitten den flüchtenden Arbeitern den Landweg ab und ließen ihnen nur den Weg ins Wasser offen. Infolge der Vorkarbeiten ist die Umgehung der Gaswerke überflutet, der Verkehr ist behindert. Bei der zweiten Explosion wurden brennende Holz-scheite weithin in die umliegenden Straßen geschleudert. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt, da man noch Tote unter den Trümmern glaubt. Die Zahl der Getöteten wird auf wenigstens 20 geschätzt. Das Feuer ist so weit gelöscht, daß man zurzeit an die Lösung im Innern der Gebäude gehen kann. Für den noch nicht vollendeten Umbau dieser Gaswerke hat die Bürgerschaft im vorigen Jahre 14 Millionen Mark bewilligt.

Drei Bergarbeiter getötet.

Silbdehlem, 7. Dezember 1909. Im Schacht der Kohlengewerkschaft „Hildeja“ wurde eine Fördermaschine nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht; dadurch ging ein Förderkorb über die Hängebahn hinaus und 3 Bergleute wurden getötet, einer schwer verwundet. Der Betrieb ist für einige Tage gestört.

Zum Bergarbeiterstreik in Australien.

Sydney, 7. Dezember. (W. Z. N.) Minister Lee erklärte, er werde die Grubeneisener auffordern, die Gruben wieder zu öffnen und die Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Reichstag.

6. Sitzung, Dienstag, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibredt, v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen der freisinnigen Parteien und der sozialdemokratischen Partei über den

Werftbetrieb in Kiel.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vg.): Man ruft nach mehr kaufmännischem Geist in der Verwaltung; wir wollen uns aber in der Verwaltung vor dem Reichsbesitz hüten. (Sehr richtig! h. d. Antif.) Der Kieler Prozeß soll uns die Freude an unserer Flotte nicht trüben. Wir verlangen rückstandslos Eingreifen gegen alle Schäden und gegen den Reichsbesitz. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Werner (Antif.): Die Freisprechung der Angeklagten in Kiel wird vielfach als Verurteilung der Werkverwaltung angesehen, und nicht ganz mit Unrecht; eine Reihe von Schäden und Mißbräuden hat ja der Staatssekretär gestern selbst zugegeben. Das Submissionswesen ist, worauf gestern schon Herr v. Gamp hingewiesen hat, so gestaltet, daß ehrliche Firmen sich gar nicht an den Submissionen beteiligen können. Der Staatssekretär hat ganz Recht, wenn er gestern sagte: Hier muß mit eiserner Faust eingegriffen werden. Möge es ihm recht bald gelingen, Ordnung zu schaffen. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Dr. Struve (fr. Vg.):

Meinem Kollegen Leonhart, der gestern die Interpellation durchaus sachlich, sich freihaltend von jedem persönlichen Angriff, begründete, ist der Staatssekretär sehr stark entgegengetreten; in sehr merkwürdigem Gegensatz dazu stand die Rede, mit der er Herrn Erzberger erwiderte. (Sehr richtig! links.) Herr Kreth hielt es für passend, weil unter neun Angeklagten zwei mit jüdischen Namen sich befanden, einige antisemitische Bissigkeiten zum besten zu geben. Ich will mit Herrn Kreth über guten Geschmack nicht streiten. (Sehr richtig! links.) Herrn Leonharts Kritik klingt aus in den Satz: „Die bürgerlichen Parteien sind ausnahmslos der Ansicht, daß für uns eine wachsende, den Großmachtsverhältnissen angepaßte Flotte notwendig ist.“ Da war die Erregung des Herrn v. Tirpitz doch ganz unangebracht! Herr Tirpitz wies auf die Tausende von Bestimmungen hin. Das Entschuldigende ist doch, ob danach verfahren wird. (Sehr richtig! links.) Wenn die Herren Legien und Erzberger anführen, daß Häßer mit Delfarbe ins Meer versenkt wurden, bloß um Schreibarbeit zu sparen, hätte Herr Tirpitz alle Verantwortung, sich zu sagen: Zum Donnerwetter noch mal! werden denn meine Bestimmungen so wenig beachtet? und der Sache näher zu treten. Statt dessen hat Herr Tirpitz ein Loblied auf die Sparjamkeit gesungen und zum Beweis der Sparjamkeit gesagt, der Kuyeffekt bei der Marine habe sich außerordentlich gehoben! Aber seine Prozent- und Milliardezahlen sind ebenso schamlos zusammengeschmolzen wie das Zahlengebäude des Staatsanwalts im Kieler Prozeß. Dieser Zusammenbruch der Anklagebehörde hätte die Zentralbehörde in Berlin doch etwas vorzichtiger machen müssen bei der Ausführung von Zahlen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) — Trotz der eisernen Faust ist es dem Staatssekretär nicht immer gelungen, auf Sparjamkeit zu halten. Ich erinnere an den Verkauf der Schiffschiffe „Stoich“ und „Gneisenau“, kurz nachdem sie auf hoher See frisch angegriffen waren. Und diese Schiffe wurden dann zehn Tage später für 200 000 M. mehr von dem Käufer nach Belgien verkauft! (Hört! hört! links.) Ein mir als tadelloser geachtetes Schiff „Eber“ ist noch niemals in Dienst gestellt, weil es nicht brauchbar war! (Hört! hört! links.) Und wie steht es mit dem Umbau der alten „Marie“? (Weiterheit.) Sie hat 800 000 M. gekostet, ist aber im nächsten Jahre nicht in Dienst gestellt worden und

auf allerhöchsten Befehl aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen!

(Lebhaftes Hört! hört! links.) Ganz ähnlich liegt es mit vielen anderen Umbauten. Und wie steht es mit dem Kreuzerboot in Kiel. 35—40 000 Mark sollten die Reparaturen kosten und in drei Monaten fertig sein. Jetzt sind 30 Monate darüber hingegangen und die Kosten betragen 1 1/2 Millionen Mark. (Hört! hört! links.)

Die „Bestimmungen“, auf die sich Herr Tirpitz bezieht, werden vielfach nicht einmal innegehalten. So soll bei der Heimfahrt von Uebungen mit der Geschwindigkeit gefahren werden, die für die Maschinen die rationellste ist. In der Tat aber wird mit höchster Dampfspannung gefahren und höchstens kommt dann nachträglich ein Montium: das entspricht nicht den Bestimmungen! Als Weiteres gilt ganz abgesehen von allen Bestimmungen und Normalien die Regel: Alles was fehlt, kann aber stattdessen in Form von Vorarbeiten genommen werden. So entwickelt sich das Versorgungssystem.

Nach ein Wort zu dem Prozeß: Unterklasse kommen überall vor, sowohl in Staatsbetrieben als in Privatbetrieben. Unterklasse werden auch in Zukunft in Staatsbetrieben vorkommen. Schlimmer ist es aber schon, daß die Unterklasse eine solche Höhe erreicht haben wie in Kiel. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Am schlimmsten aber ist es, daß man sich zwar 1 1/2 Jahre die ersten Schritte Mühe gegeben hat, alles zusammenzustellen, daß es aber trotzdem nicht gelungen ist, festzustellen, wie hoch die Unterklasse gewesen sind! (Sehr wahr! links.) Ist es in Berlin nicht bekannt, daß der Erste Staatsanwalt erst einen Tag vor Eröffnung des Prozesses den Auftrag bekommen hat, den Prozeß zu führen? (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wie sollte er da das Material beherrschen, zumal da die Anklageschrift 222 Seiten lang war? Wer hat an der späteren Verurteilung ein Interesse? Oder sind daran auch wieder die unglücklichen „Bestimmungen“ schuld? Wie denkt man in Berlin über die Zustände im Kieler Gefängnis?

Was die Prozesse an die Kriminalbeamten betrifft, so stelle ich fest, daß der durchaus glaubwürdige Kriminalkommissar, Reserveoffizier, Kronenorden 4. Klasse (Weiterheit) unter seinem Eide ausgefragt hat, das ihm 1 Proz. von der Summe versprochen ist, die nachher im Zivilprozeß der Werft zugesprochen werde — von dem Reichsmarineminister oder einer anderen Behörde, die nach den Bestimmungen in Frage kommt! (Hört! hört! links.) Aber

Herr Tirpitz

hat das gestern bestritten!

Präs. Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie sagen fortwährend „Herr Tirpitz“. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden. (Weiterheit.) Doch möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es an sich Sitte ist, von dem Herrn Staatssekretär zu sprechen. (Zuruf rechts: Außerdem heißt er von Tirpitz!) Aber ich möchte Sie bitten, zwischenmal auch den Ausdruck „Staatssekretär“ zu brauchen. (Große Weiterheit.)

Abg. Dr. Struve (fr. Vg.) (fortfahrend): Vor einem Jahre hat der Staatssekretär gesagt, es sind Diebstähle vorgekommen und Millionen sind unterschlagen. Jetzt sagt er einfach: Die Unterschleife sind in Kiel aus! Weiter sagt der Herr Staatssekretär: Die Werft war nur Zeuge und konnte nur sprechen, wenn sie gefragt wurde. Warum hat man denn dann nicht von vornherein den Sachverständigen der Werft erlaubt auszusagen? (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Vergesse man doch nicht, daß wir unsere Kritik eben im Interesse der Schlagfertigkeit der Marine! (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich habe nicht gesagt, es sind keine Unterschleife vorgekommen, sondern: sie scheiden aus, sie sind nicht nachgewiesen! Der Herr Abgeordnete bemängelte den Verkauf des Schiffes „Stoich“. Es ist im Submissionswege verkauft und hat den

höchsten Preis gebracht, den wir jemals bei einem alten Schiff erzielt haben. Jetzt stehe ich auch vor der Frage, ein altes Schiff zu verkaufen, den „Kaiseradler“. Die Offerten sind sämtlich unter dem Marktwert geblieben. Aber lautmächtig ist es doch wohl, wenn der Staatssekretär sagt: „Weg damit!“, denn es kostet uns 12—20 000 M. jährlich, das Schiff überhaupt verlaufsfähig zu halten.

Der Abgeordnete Struve sagte: Was nützt der ganze Etat, wenn alles überetatmäßig an Bord genommen werden kann! Aber jede überetatmäßige Anbahnung muß durch den Staatssekretär genehmigt werden. Weiter warf er mir vor, ich hätte dem Reichstage unrichtige Zahlen vorgeführt, die Zahlen des Herrn Struve aber sind ganz ungenau. (Hört! hört! rechts.) Er erzählte, das Schiff „Marie“ sei mit 800 000 M. repariert worden und dann nicht wieder in Dienst gestellt. Dabei ist die Absicht der Regierung ausgegeben und die 800 000 M. sind 1908 wieder abgelegt worden. (Große Weiterheit rechts.) Das ist die Genauigkeit der Zahlen des Herrn Abgeordneten Struve! (Weiterheit rechts.)

Abg. Severing (Soz.):

Die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs von Tirpitz (Weiterheit bei den Sozialdemokraten), daß die Unterschleife ganz ausbleiben, weil das Gericht die Angeklagten in Kiel freigesprochen habe, war nicht nur eine hilflose Ausflucht, sondern war auch formell unbegründet, denn meine Freunde gingen bei ihrer Anfrage von der Annahme aus, daß hier bei den Verhandlungen alle Prozesse, die in letzter Zeit über Unterschlagungen auf den Werften stattgefunden haben, besprochen werden sollen. Dem Herrn Staatssekretär wird es doch wohl bekannt sein, daß vor nicht langer Zeit ein anderer Prozeß stattgefunden hat, der mit verschiedenen Verurteilungen endete und wobei festgestellt worden ist, daß in der Tat Unterschlagungen auf Reichswerften vorgekommen sind. (Hört! hört! links.)

Ferner wehrte sich der Herr Staatssekretär dagegen, daß Mißstände auf allen Werften anzutreffen seien. Der Unterschied besteht aber nur darin, daß die Unterschlagungen und Mißstände in Danzig und Wilhelmshaven noch nicht entdeckt sind. Würde der Herr Staatssekretär den Herren Bannowski oder Brumme beauftragt haben, einmal in Danzig nach dem Rechten zu sehen und ihnen dann auch Prohibition in Aussicht stellen, ich bin überzeugt, die Herren würden auch da ein vollgerüttelt Maß von Schuld feststellen. — Der Herr Staatssekretär hat jedoch bemerkt, der Schaden bei dem Materialverlust betrage sich nur auf 10 bis 15 Prozent, das macht aber bei 300 000 M. in einem Jahre schon 30 000 M. und in 20 Jahren — so lange dauern ja die Unterschlagungen zurück — schon 600 000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner meinte der Herr Staatssekretär gestern, es sei immer besser geworden auf den Werften. Da darf man wohl mit Fug die Frage aufwerfen, wenn man diese Bemerkung als richtig unterstellt, wie es dann erst früher ausgefallen haben mag! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat dann die sogenannte „Stofflieferung“ des Herrn Assessors Freylich durch meinen Parteigenossen Legien mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß er amtlich den Wortlaut habe feststellen lassen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die „amtlichen“ Stellen, die den Prozeß ausgenommen haben, einfache Lohnschreiber auf der Werft waren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß später erst die für notwendig befundenen Korrekturen zu dem sogenannten amtlichen Stenogramm aufgenommen worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Der Staatssekretär hat weiter mitgeteilt, daß er, als ihm die ersten Verfehlungen bekannt geworden seien, mit eiserner Faust eingegriffen habe. Ich weiß nicht, was er für Voraussetzungen an die Mitteilung solcher Erhebungen knüpft. Wahrscheinlich nimmt er erst dann davon Kenntnis, wenn sie amtlich an ihn gelangt, also nach Schema P. Mit dieser Bemerkung hat er nur bewiesen, daß er

der aller schlimmste Bureaucrat

in seinem Ressort ist. Vor mehreren Jahren haben Arbeiterorganisationen außerhalb des Betriebes der Reichswerft den Herrn Staatssekretär schon auf die Unterschleife aufmerksam gemacht, und er hat darauf erklärt, er nähme solche Beschwerden nicht zur Kenntnis! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und trotzdem sowohl früher wie gestern mein Parteifreund Legien diese Beschwerden der Arbeiterorganisationen zu den seinigen gemacht hat, ist der Herr Staatssekretär auf sie nicht eingegangen! Ja stelle noch einmal ausdrücklich fest, daß Legien bei diesen Beschwerden gestern nicht als Vertreter irgend einer Arbeiterorganisation, sondern als Vertreter der Staats-Kiel, als Reichstag Abgeordneter sich an den Herrn Staatssekretär gewandt hat. Mit welcher Nonchalance der Herr Staatssekretär derartige Beschwerden behandelt, darüber gibt das Schicksal all dieser Lokalfälle, die ihm die Arbeiterorganisationen übergeben haben, Beweis. Am 30. März 1905 äußerte sich der Herr Staatssekretär gegenüber einer solchen Beschwerde: „Die Denkschrift geht uns gar nichts an, oder höchstens insoweit, als Einzelheiten davon von Herren des Hauses aufgenommen und vertreten werden. Ich für meine Person sehe keine Veranlassung, auf die Denkschrift im mindesten einzugehen.“ Der Herr Staatssekretär sprach dann davon, daß immer nur von „man munkelt“, „man sagt“, „einem Gerücht zufolge“ in der Denkschrift die Rede sei. Diese hochfahrende und brüllende Art des Herrn Staatssekretärs hat nun durch die Auslagen im Kieler Prozeß eine mehr als eigentümliche Beleuchtung erfahren. Die Unregelmäßigkeiten datieren schon aus den vier Jahren, und der Herr Staatssekretär hätte, wenn er wirklich mit eiserner Faust hätte eingreifen wollen, schon diese Mitteilungen demgen müssen, um einmal auf allen Werften nach dem Rechten zu sehen. Es war aber auch

eine Irreführung der öffentlichen Meinung.

wenn der Herr Staatssekretär behauptete, die Denkschrift hätte keine positiven Angaben, sondern nur allgemeine Bemerkungen enthalten. In der Denkschrift sind in der Tat klipp und klar Behauptungen aufgestellt so deutlich, daß die Marineverwaltung sehr wohl in der Lage gewesen wäre, die Einzelheiten nachzuprüfen. Der Kieler Prozeß ist die glänzendste Rechtfertigung dieser Angaben gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär meinte damals, daß man jenen Mitteilungen der Arbeiterorganisationen deshalb nicht nachgeben könne, weil „man“ ein förmliches Spionagesystem eingerichtet habe zu dem Zweck, um Aufschlüsse über die Geheimnisse der Werft einzuschleichen, und er charakterisierte solche Leute als Vögel, die ihr eigenes Nest beschnitzten. Auch diese Bemerkung war sehr deplaziert. Der Herr Staatssekretär brauchte ja auch einen fremden Vogel, der das Nest der Kieler Werft beschnitzte: er brauchte ja auch Bannowski und Brumme! Was ist nun damals in der Denkschrift mitgeteilt worden? Wenn ich einige ihrer Angaben wiederhole, so einmal, um mitzutheilen, daß meine politischen Freunde und die Arbeiterorganisationen schon 1905 gewichtige Anklagen gegen die Marineverwaltung vorzubringen hatten, die sich zum Teil deden mit den Ausführungen des Kollegen Struve, dann aber auch, um zu beweisen, daß der Herr Staatssekretär damals eine Irreführung der öffentlichen Meinung beabsichtigte, als er von „zusammengetrogenem Klatsch“ sprach. Es hieß in der Denkschrift:

„Wenn auch überall, wo Menschen arbeiten, Fehler gemacht werden, dürfen sie doch eine gewisse Grenze nicht überschreiten, namentlich bei einem derartig zahlreichen Aufsichtspersonal, wie es in den kaiserlichen Betrieben vorhanden ist. Jedenfalls geht es in Danzig, Roslauß oder anderem wertvollen Material hergestellt, zum größten Teil schon fertig gearbeiteter Gegenstände als Abfall an die Althändler wandern. Gegenstände, deren Gesamtwert sich auf viele Tausende von Mark beziffert.“ Weiter wird angeführt:

„Auf dem großen Kreuzer „Moon“ wurden 12 Heizraum-Speisepumpen vollständig eingebaut, obgleich man vorher auf „König Adalbert“ die Erfahrung gemacht hatte, daß diese Sorte Pumpen keine genügende Leistungsfähigkeit hatten. Die Folge war, daß man sie auf dem Kreuzer „Moon“ wieder herausschleifen mußte. Der Kreuzer „Augusta“ erhielt einen neuen Doppelboden. Nachdem im mittleren Heizraum die Platten gelegt und vollständig genietet waren, kam der Befehl, daß unter dem Boden Rastul-Tank angebracht werden sollten. Um dieses auszuführen, mußten etwa 40 Platten wieder herausschleifen und sodann neue Plattenwände eingebaut werden. Ferner mußten die zwischen den Böden bereits fertig angebrachten Hauptrohrleitungen eine umfangreiche Aenderung erfahren. Daß diese Arbeiten keine geringen Kosten erforderlich machten, dürfte ersichtlich sein.“

Daß der Staatssekretär nicht gewillt ist, mit eiserner Faust einzugreifen, zeigt folgender Vorgang: In einer Kieler Zeitung stand vor einem Jahre, daß der Kommandant des „Korvetten“ mehrere Wochen lang einen Schiffszimmermann hinter verschlossenen Türen beschäftigt hat, um ein Privatboot herzustellen oder zu reparieren, und zwar sei das Material aus den Werftbeständen genommen. Es wurde eine Untersuchung gefordert. In der Presse ist keine Verurteilung erfolgt, und der Redakteur der Zeitung ist ebenso wenig angeklagt wie derjenige, der das Material in der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes zusammengestellt hat! Es ist im Reichsmarineministerium wohl erwogen worden, ob man Anklage erheben soll, aber aus begreiflichen Gründen hat man davon Abstand genommen. Sonst wären die Mißstände der Werft schon im Jahre 1905 aufgedeckt worden. Eine Verwaltung, die auf Reinlichkeit hält, sollte jeden Fingerzeig benutzen, wenn auf Schmutz hingewiesen wird. Die Marineverwaltung tut das aber nicht. In anderen Fällen freilich gibt der Staatssekretär sehr viel auf Zeitungen, und er war gestern bemüht, Vorfälle anzuführen, die der Reichsmarineministerialverwaltung hohes Lob spenden. Er kann uns aber nicht zuzumuten, solche ausländischen Vorfälle ernst zu nehmen. Wir wissen ja nicht, ob sie nicht vielleicht von einem Geheimrat des Reichsmarineministeriums herrühren. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich werde bei der zweiten Lesung des Marineetat's weitere Fälle anführen, die beweisen, daß Herr Struve durchaus recht hatte, wenn er behauptete, daß Mißstände auf den Werften vorhanden sind, und auch Herr Erzberger hatte recht, wenn er anführte, daß Munition und Proviant einfach aus den Schiffen verschwindet, weil für den Schiffsführer sonst die Gefahr besteht, daß er verantwortlich gemacht wird, wenn er noch Material hat!

Herr Semler hat die Frage aufgeworfen, ob die Angelegenheit, mit der wir uns beschäftigen, eine Personalfrage oder eine Organisationsfrage ist. Ich meine, sie ist beides. Sie ist eine Personalfrage insofern, als die Qualifikation der Beamten nicht so zweifellos ist wie einzelne Redner meinen. Ich stimme mit den Herren überein, daß wir

viel zu viel Beamtenpersonal auf den Werften

haben. Schon bei der zweiten Lesung des Etat's habe ich darauf hingewiesen. Wir haben in Kiel bei 7700 Arbeitern 94 Offiziere und 963 Beamte. In Wilhelmshaven bei 7100 Arbeitern 82 Offiziere und 994 Beamte; in Danzig bei 3000 Arbeitern 17 Offiziere und 400 Beamte. Im Durchschnitt kommt

auf 7,4 Arbeiter schon ein Beamter!

Auf den englischen Werften dagegen erst auf 11 Arbeiter, auf den Howaldtwerften erst auf 12, auf der Germania-Werft auf 13, auf der Werft in Flensburg auf 17 Arbeiter. Herr Erzberger hat gestern versucht, meine Freunde mitverantwortlich zu machen für das hohe Personal, weil wir die Forderung auf Einführung von Gewerbeträgern auf der Werft und auf die Einführung von Lohnlisten stellen. Allerdings haben wir ein großes Interesse daran, daß die sozialpolitischen Aufgaben der Werft nicht zurückbleiben, und weil die Werft der Gewerbeordnung nicht untersteht, ist die Anstellung von Gewerbeträgern notwendig. Aber zur Forderung der Lohnliste sind besonders Beamte nicht nötig. Im Gegenteil würde sogar, wenn die Lohnmethode so wie wir sie verlangen, eingeführt würde, eine Verminderung der Beamten möglich sein.

Zur Verteidigung des Oberwerftdirektors hat der Staatssekretär gestern einige Angaben gemacht, die mir noch mehr als eine Diskreditierung erscheinen. Vom Verkauf des ominösen Mastes z. B. meinte er, daß er nicht auseinander genommen werden konnte! Damit stellte er dem Oberwerftdirektor das Zeugnis der vollständigen Unfähigkeit aus. Jeder simple Schlossergeselle hätte die Aufgabe besser lösen können. Warum sind denn nicht das autogene Schweißverfahren und andere technische Verbesserungen schon früher auf der Werft eingeführt worden? Zweifellos, weil der oberste Leiter nicht ein Techniker ist, sondern ein Offizier, der

von den technischen Fortschritten keine Ahnung

hat. — Es ist in dem Prozeße auch festgestellt worden, daß beschmutzte weiße Leinwand für 30 Pf. verkauft und, nachdem sie gereinigt war, für 2,85 M. zurückgekauft ist! Was es denn keine Seife auf der Werft? (Weiterheit.) Wenn man die Leinwand selbst gereinigt hätte, würden die Aufkosten sich vielleicht auf 10 Pf. belaufen haben!

Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß ein moderner Großbetrieb wie der Schiffbau Ingenieure zu seiner Leitung braucht. Das militärische System, das alle verantwortlichen Posten mit Offizieren besetzt, ist durch den Prozeß gerichtet. (Lebhaftes Zustimmung links.) Neben der Unfähigkeit ist auch die Unzuverlässigkeit sehr vieler Werkbeamten die Ursache der Unterschlagungen. Frachtbriefe und Stempel befanden sich in der Verwahrung eines einfachen Lohnschreibers, von dem der Verteidiger feststellte, daß dieser auf den Werften allmächtige Mann mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestraft war! (Hört! hört!) In der „Vossischen Zeitung“ hat ein Fachkennner nachgewiesen, daß die Werkverwaltung sehr wohl über einen Stamm intelligenter Arbeiter verfügt. Man sollte nun meinen, daß solche intelligenten Arbeiter auch in höhere Stellen aufrücken können. Die Bestimmungen stehen dem nicht im Wege, aber nicht die Intelligenz ist entscheidend für die Beförderung, sondern der Umstand, ob der Mann sich den Vorgesetzten willfährig erweist. Leute, die schon längere Freiheitsstrafen erlitten, werden ruhig als Beamte eingestellt, Arbeiter aber werden nach der Einstellung wieder entlassen, wenn eine frühere Bestrafung bekannt wird. So ist ein Arbeiter entlassen worden, weil er einmal in der Jugend Tausendtaten geschossen hatte und deshalb mit einem Tag Gefängnis bestraft war! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Wänslingswirtschaft bei den Werften

hat gestern schon Legien hingewiesen. Der nationale Arbeiterverein steht damit im engen Zusammenhang und ebenso mit den Unterschlagungen. Der Vorsitzende dieses sogenannten „Arbeitervereins“ tut alles, um für seine Leute Lohnzulagen zu bekommen, auch wenn es sich um Leute handelt, die das Eigentum der Werft für ihr eigenes halten, um Leute, die wegen Vergehens gegen das Werfteigentum schon vorbestraft sind! In vielen Fällen gelingt es ihnen trotzdem Lohnzulagen zu verschaffen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die

systematische Züchtung dieser Defraudanten

wird besonders von dem Gewerbetrat Ring betrieben, der mit dem Nationalverein in innigstem Konnex steht. Der Schriftführer des nationalen Arbeitervereins geht bei den Herren ein und aus und ist derartig allmächtig, daß Obermeister und Meister von ihm die Erlaubnis holen müssen, wenn sie einmal einen tüchtigen Arbeiter einstellen wollen, der dem Verein nicht angehört. Das ist Terrorismus! (Lebhaftes

Zustimmung bei den Sozialdemokraten), den Sie uns immer zum Vorbild machen. Der Schriftleiter einer gewissen Zeitung, ein Mann, von dem feststand, daß er sich eine Rente erkundigen wollte, wurde zum Bureaugehilfen bei der Werft ernannt. Wenn diesen notorischen Spitzhaken, diesen notorischen Defraudanten so das Rückgrat gestärkt wird, dann wollen Sie sich darüber wundern, daß die anderen Spitzhaken Mut bekommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Spitzhaken der Werften können nicht einmal sagen, daß ihnen diese Qualifikationen der betreffenden Beamten unbekannt geblieben sind. Mein Kollege Jubel hat schon im Jahre 1904/05 die Zustände auf der Danziger Werft geschildert. Auch ich bin genötigt, den Korvettenkapitän Simon von der Danziger Werft näher zu kennzeichnen. In Danzig ist mit dem Verkauf von Kohlen an die Arbeiter ein gewisser Veder beauftragt, von dem die Arbeiter wußten, daß er vor seiner Einstellung wegen Unterschlagung mit sechs Monaten Gefängnis bestraft war. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Arbeiterauschuss wendete sich an den Korvettenkapitän Simon mit dem Ersuchen, doch einmal die Bücher des Veder untersuchen zu lassen. Herr Simon lehnte das ab. Der Arbeiterauschuss beschwerte sich darüber bei der Oberwerftdirektion, und diese gab der Beschwerde statt. Als die Bücher untersucht werden sollten, waren sie verschwunden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Veder wurde nun vor Gericht gestellt und sollte sich wegen Unterschlagung von Kohlegeldern und Verleumdung von Vätern verantworten. Da die Bücher fort waren, ließ sich die Unterschlagung nicht nachweisen, und er konnte deshalb nicht verurteilt werden! Wegen der Verleumdung der Väcker wurde er mit sechs Monaten bestraft. Herr Simon hätte nun eigentlich dem Arbeiterauschuss für die Anzeige dankbar sein sollen. Statt dessen hat er sich nun sehr eifrig noch dem Arbeitgeber erkundigt, der die Anzeige veranlaßt hat, und hätte er dessen Namen erfahren, so wäre der Mann zweifellos gemahregelt worden! (Rebhafte Soz. wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herrn Simon aber ist nichts geschähen. In diesem Jahre ist von dem Korvettenkapitän Simon etwas bekannt geworden, was, wenn es allgemein auf den Werften Brauch wäre, geradezu an

russische Zustände

erinnert. Ein Offizier im 125. Regiment mit Namen Wisoky hat ein Verhältnis mit einer Arbeiterin, aus dem ein uneheliches Kind stammt. Der Vater des Mädchens, der auf der Werft beschäftigt war, wandte sich an den Korvettenkapitän Simon um Rat: wie er den Offizier, der sich seiner Verpflichtung zur Alimentenzahlung entzog, verklagen könne. Herr Simon aber antwortete, daß er selbst Offizier sei und gegen einen Kameraden nicht vorgehen könne! (Rebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Später sagte er, er wolle dafür sorgen, daß das Kind in das Säuglingsheim der Betriebskrankenkasse der Werft komme! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies geschah auch, und die Betriebskrankenkasse hatte davon Kosten im Betrage von 135 R. Die Revisionskommission der Kasse beanstandete diese Summe und noch weitere 15 R., die von Simon statutenwidrig verwendet waren, und die Generalversammlung wollte die Entlassung der Jahresrechnung nur unter dem Vorbehalt bewilligen, daß der Korvettenkapitän Simon sich verpflichtete, den Nachweis für die Rückzahlung der 135 R. sowie der 15 R. zu führen. Herr Simon wehrte sich gegen die Protokollierung und meinte, seine Offiziersbede bürge dafür, daß die Summe zurückgezahlt werde. (Höhnisches Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das bestanden die Arbeiter auf der Protokollierung. Die Generalversammlung fand am 30. März statt und am 6. April erhielt derjenige, der diese russische Geschichte aufgedeckt und den Antrag gestellt hatte, die Rechnung nur unter Vorbehalt zu genehmigen, die

beschlagnahmte Kündigung!

(Rebhafte Hört! hört! und große Unruhe links.) Das ist der berühmte eiserne Befehl des Staatssekretärs! Es handelte sich um einen Mann, der schon zehn Jahre auf der Werft beschäftigt und noch niemals vorbestraft war. Seine direkten Vorgesetzten wußten nicht, weshalb er gekündigt war. Als er sich an den Oberwerftdirektor Schimmelmann wandte, wurden ihm aus der Auslage des Korvettenkapitän Simon die zwei Sätze vorgelesen: „Ich kann Sie nicht mehr gebrauchen“ und „Ihre Entlassung hat mit Ihrem Auftreten in der Krankenkasse nichts zu tun“. Und bei der Kündigung blieb es! Der Arbeiter wandte sich an den Staatssekretär. Aber noch heute wartet er auf eine Antwort.

(Große Unruhe links.) Der Herr Korvettenkapitän Simon sitzt noch in Amt und Würden, und wahrscheinlich wird Herr Geheimrat Harms Beurlaubung nehmen, den Herrn als einen sehr tüchtigen und zuverlässigen Beamten zu preisen. Und auch ich gestehe, daß es einer der tüchtigsten Beamten ist, der in das System Tirpitz hineinragt! (Rebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Tirpitz sagte, wir hätten ein „Spionagesystem“ auf den Werften eingerichtet und allen möglichen Klatsch zusammengetragen.

das Spionagesystem auf unseren Werften

stammt von ganz anderen Leuten. Im Winter 1907 wurde eine Metallarbeiter-Versammlung in Danzig abgehalten, die Herrn Simon besonders schwer im Magen lag. Er wandte sich an den Polizeikommissar, der ihm sagen sollte — wer dort geredet habe. Und zugleich forderte er einen Arbeiter auf, er solle sich in den Metallarbeiter-Verein anschließen lassen, die Versammlungen besuchen und über die Vorgänge ihm Bericht erstatten. (Rufe links: Unerhör! Hört!) Das ist das Spionagesystem, das ist das System Tirpitz!

Wenn der Staatssekretär es ernst meint mit seiner Absicht, einen eiserne Befehl zu führen, so müßte er derartige Kreaturen aus der Werftverwaltung entfernen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als Mittel gegen die Unterschleife will er verstärkte Kontrollmaßnahmen einführen. Wegen die Arbeiter bestehen sie schon seit langem, da wird sorgsam kontrolliert, daß kein Werkzeug abhandelt. Aber ganze Wagenladungen können aus der Werft entfernt werden, ohne daß ein Zahn danach trägt. Ein Obermaat, der vor einigen Jahren einen mehrere Zentner schweren Propeller mitgehen ließ und als es herauskam, bestraft wurde, ist jetzt auf der Torpedowerft in Friedrichshafen angestellt, und zwar in einer Kontrollfunktion! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Salzwig-Hofsteinsche „Vollzeitung“ erzählte, daß die Polizei in Kiel öfter Wagen anhielt, weil sie Verdacht hatte, daß sie mit Werftmaterial beladen seien. Die Werft wurde benachrichtigt und ein Beamter hingeschickt, der aber jedesmal erklärte: diese Stücke gehören nicht der Werft! Das erklärte er selbst dann, wenn die Güter sogar den Stempel der Werft trugen. (Heiterkeit links.) Es besteht ja die Institution: Es darf nicht gestohlen werden, und insoweit wird natürlich auch nicht gestohlen! (Große Heiterkeit links.) Daß Diebstähle nicht entdeckt werden, liegt eben auch im System Tirpitz, in welchem „gegen die Institution nicht verstoßen“ werden darf. Vieles würde anders sein, wenn mit dieser

Günstlingwirtschaft

einem gründlich gebrochen würde. Dann würden die Arbeiter gern bereit sein, der Werftverwaltung von Unregelmäßigkeiten Kenntnis zu geben, und sie würden die besten Hüter des Werfteigentums sein. (Rebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) Heute können sie an der Kontrolle nicht mitwirken, ihre Eingaben werden ignoriert und meiste Freunde werden vom Staatssekretär zurückgewiesen. Die Arbeiter selbst werden, wenn sie Unregelmäßigkeiten melden, gemahregelt. Interessant war auch eine Aussage im Kieler Prozeß: Ein Junge Luvenstein sagte, es seien einmal statt 30 Häcker nur 31 geliefert, und als er es mitteilte, sei ihm die Entlassung angedroht worden, wenn er seine Nase in Dinge stecke, die ihn nichts angehen! (Hört! hört! bei den Soz.) Wenn die Arbeiter auf Unregelmäßigkeiten aufmerksam machen, werden sie entlassen. Den Arbeitern war es schon seit Jahren bekannt, daß Unterschleife vorkommen und Mischungen vorgenommen werden. Aber wenn wir etwas vordrängen, wurde es als Liebertreibung bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Als Mittel zur Beseitigung der Mißstände ist ferner eine Kommission gebildet worden, und diese hat eine bessere Vorbildung der Beamten vorgeschlagen, ferner die Einführung einer kaufmännischen Buchführung und eine wirksame Kontrolle. Die Werkschaft hat jedoch, allein mit feht der Glaube. Es sind alles unzulängliche Versuche mit unzulänglichen Mitteln am unzulänglichen Objekt. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Solange die Werftverwaltung nicht von Grund aus reformiert wird, kann es nicht anders werden. Was soll denn die bessere Vorbildung nützen, wenn bei der Einstellung und Beförderung nicht die Tüchtigkeit maßgebend ist, sondern Korruption? Was soll die kaufmännische Buchführung, wenn der Leiter der Werft nichts davon versteht, sondern Offizier ist? Was soll die Kontrolle, wenn es bei dem militärischen System der Instruktionen bleibt? Meine politischen Freunde sind auch der Ansicht, daß der Oberwerftdirektor kein Offizier sein darf, sondern kaufmännisches Verständnis haben muß. Meine politischen Freunde verlangen unter allen Umständen die Beseitigung der Günstlingwirtschaft. Wenn Sie die Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle zulassen, so werden Sie das nicht zu befehlen haben. In zahlreichen Privatbetrieben ist sie zum Nutzen des Betriebes durchgeführt. Vor allem muß mit dem militärischen und bürokratischen System gebrochen werden, wenn Zustände geschaffen werden sollen, die die Einbürgerung russischer Verhältnisse verhindern. (Rebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geb. Admiralitätsrat Harms:

Ich will den angegriffenen Offizier Simon verteidigen, obwohl diese Angelegenheit meiner Auffassung nach mit dem, was wir hier verhandeln, nichts zu tun hat. Die Kündigung des Arbeiters in Danzig ist erfolgt, weil von zuständiger Stelle festgestellt worden war, daß dieser Mann sozialdemokratischer Agitator war. (Große Unruhe und lebhaftes Jurale bei den Sozialdemokraten.) Als solcher wurde er aus von zuständiger Stelle beurlaubt, und deshalb wurde er gekündigt, nicht ohne weiteres entlassen. In einer Gerichtsverhandlung, die etwas später erfolgte, hat er selbst zugegeben, daß er als Sozialdemokrat tätig gewesen ist. Dadurch wurde also auch an Gerichtsstelle erwiesen, daß seine Entfernung aus der Arbeitsstelle gerechtfertigt war. (Rebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

In dem anderen Falle kam ein Arbeiter zu Kapitän Simon und bat ihn, dafür zu sorgen, daß sein uneheliches Kind in ein Säuglingsheim aufgenommen würde, weil es sonst voraussichtlich sein Augenlicht verlieren würde. Auf Grund dieser Lausche hat Kapitän Simon allerdings irrtümlicherweise mit dem Manne vereinbart, daß er ein Darlehen aus der Betriebskrankenkasse bekomme. Er hätte den Wohlhabendsten nehmen müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Später wurde dann festgestellt, daß das Darlehen aus der Betriebskrankenkasse irrtümlich geleistet worden ist, und es wurde angeordnet, daß Ertrag der Ausgabe statthände. Zufällig fand die Generalversammlung der Kasse einen Tag früher statt, als dieser Fondsvergleich erfolgt war. Weiter ist an dieser Sache nichts dran. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Gerade genug!) Wenn man dem Kapitän Simon einen Vorwurf machen könnte, so nur den, daß er sich aus seiner Herzergüte heraus (Lachen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Ausgezogen!) verleiten ließ, zu weit zu gehen.

Hg. Leonhart (fr. Sp.): Der Herr Staatssekretär hat mich gestern in einer Weise abgefanzelt, als wenn ich auch altes Eisen von der Werft gestohlen hätte. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Auf die Frage mehrerer Redner, warum den Sachverständigen der Kaiserl. Werft vom Reichsmarineamt das Auslagerrecht verweigert worden ist, hat der Herr Staatssekretär überhaupt nicht geantwortet. (Hört! hört! links.) Uebrigens wäre es sehr wünschenswert, wenn hier nicht nur immer Offiziere, sondern auch einmal ein Techniker des Reichsmarineamts Auskunft erteilen würde. Ein solcher könnte speziell auf all das, was Herr Severing vorgebracht hat, viel besser und gründlicher eingehen, als man das lediglich aus den Äußen konnte. Gewundert habe ich mich, daß der Herr Staatssekretär den Kapitän Verlus, der übrigens durchaus kein Freisinniger ist, sondern immer in den Blättern der Rechten schreibt, als „einen Herrn Verlus“ abzutun suchte. Ich glaube, das wird ihm nicht viel nützen; Herr Kapitän Verlus wird jedenfalls auch weiter seine sachverständigen Artikel aus Anlaß dieser Debatten veröffentlichen.

Der Herr Staatssekretär hat sich dann beklagt über den geringen Erlös beim Verkauf alter Schiffe. Er möge sich erkundigen, wie es die Hamburg-Amerika-Linie oder der Norddeutsche Lloyd machen, die sicher ganz andere Preise erzielen. Wenn die Schuld an der Bestimmung liegt, daß solche Verkäufe nur im Inland erfolgen dürfen, so habe man eine solche Bestimmung auf, da die Zwischenhändler ja doch gleich nach dem Ausland verkaufen. Die Entlassung eines Arbeiters nur aus dem Grunde, weil er Sozialdemokrat ist, wird von meinen politischen Freunden aufs schärfste gemißbilligt. Ohne Sozialdemokraten können die Herren vom Reichsmarineamt heutzutage überhaupt keine Kriegsschiffe mehr bauen. Es wäre besser, man beschränkte die Arbeiter nicht in ihrer politischen Freiheit, sondern man sorge dafür, daß all diese Unregelmäßigkeiten aufhören, die die Arbeiter zur Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Verwaltungssystem erzelen. (Bravo! links.)

Staatssekretär von Tirpitz:

Was für eine politische Stimmung die Arbeiter haben, das hat uns nie berührt und wir haben nie etwas dagegen getan. Was wir nicht dulden ist: daß Arbeiter als Agitatoren wirken, weil das Unzufriedenheit in unseren Betrieben erzeugt.

Dann ist gefragt, weshalb wir zwei Beamte in Kiel nicht als Sachverständige zugelassen haben. Das ist geschähen, weil diese beiden Herren nicht diejenigen waren, in deren Betrieb Unterschleife gemeldet sein sollten und weil wir von vornherein annehmen, daß der Staatsanwalt diese beiden Personen als Sachverständige nicht akzeptieren würde, was nachher auch von der Staatsanwaltschaft ausdrücklich ausgesprochen ist. Im übrigen ist diesen beiden Beamten nicht der leiseste Zwang auferlegt worden auszulagen, was sie wollten, nur als Sachverständigen haben wir ihnen die Zustimmung verweigert. — Wenn ich von einem „Herrn Verlus“ gesprochen haben sollte, so forgiere ich das und sage: Kapitän zur See — außer Diensten — Verlus. Der Herr Präsident hat vorhin den Ausdruck „Herr Tirpitz“ moniert. Ich hatte ihn gebeten, das nicht zu tun, mir war das ganz gleichgültig.

In der Frage, ob wir alte Schiffe nicht an das Ausland verkaufen könnten und dabei vielleicht etwas mehr Geld machen, hat das Reichsmarineamt nicht allein zu entscheiden, das ist stets auch als eine politische Frage angesprochen worden. Es könnten doch aus solchen Verkäufen von Kriegsschiffen an das Ausland Folgerungen gezogen werden, die uns unangenehm wären.

Hg. Erberger (R.): Der Vorwurf, die bürgerlichen Parteien hätten gegenüber den von den Sozialdemokraten vorgebrachten Mißständen geschwiegen, war nicht berechtigt. Material über Unterschlagungen auf den Werften ist uns von sozialdemokratischer Seite bisher noch nicht vorgelegt worden. (Jurale bei den Sozialdemokraten: Materialverschwendung!) Das ist nicht daselbe.

Nach Admiralitätsrat Harms ist der Mann entlassen, weil er „von zuständiger Stelle als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet“ worden ist. Wer ist diese „zuständige“ Stelle? Der Betreffende hat sich also nicht bemerkbar gemacht als Agitator, sondern ist als solcher bezeichnet worden! Darüber werden wir wohl alle einig sein, daß parteipolitische Bestrebungen innerhalb der Arbeitszeit in Reichsbetrieben nicht geduldet werden können. Auf eine Reihe von Beschwerden ist der Herr Staatssekretär nicht eingegangen, z. B. auf meine Behauptung, daß sehr häufig Material über Bord geworfen wird!

Staatssekretär v. Tirpitz: Daß ich nicht ausführlich geantwortet habe, kann Herr Erberger nicht behaupten. Auf alle Fragen konnte ich freilich nicht eingehen. Daß Material mal über Bord geworfen wird, mag vorkommen; als einen Usus kann ich es mir aber nicht vorstellen.

Biederholen will ich noch einmal, daß wir uns grundsätzlich um die politische Bestimmung unserer Arbeiter nicht kümmern. Aber in der Arbeitsordnung aller Staatswerften steht der Postus, daß die Arbeiter nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen

sein dürfen, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen Behörden und Arbeitern, oder Arbeitern untereinander stören würden. Danach werden wir auch in Zukunft verfahren. (Bravo! rechts.)

In der Frage der Konzentration der Beschaffung des Materials bin ich nach wie vor anderer Meinung als Herr Erberger; hier siehe ich mehr auf dem Standpunkte des Herrn Erberger,

weil oder obgleich

er der Zentrumsparthei angehört. (Große Heiterkeit. Jurale links.) Obgleich oder weil, das zu entscheiden überlasse ich Ihnen!

Hg. Legien (Soz.):

Die Frage, obgleich oder weil, ist leicht zu beantworten. Im vorigen Jahre hätte der Herr Staatssekretär sagen müssen „obwohl“, in diesem Jahre, wie er richtig gesagt hat: „weil“. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.)

Herr Erberger beschwerte sich darüber, daß von uns parteipolitische Fragen in die Debatte gezogen werden. In der Tat aber hat er zuerst uns gegenüber solche Vorwürfe erhoben, indem er meinte, wir seien schuld daran, daß sozial Beamte auf den Werften beschäftigt sind. Solange ich aber die Zustände auf den Werften hier zur Sprache gebracht habe, seit 1894, habe ich immer auf den Krebsknoten des großen Beamtenbezugs hingewiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner sagt Herr Erberger, es sei noch nie von uns behauptet worden, daß auf einer Werft Unterschlagungen stattgefunden haben. Davon hat aber Severing nicht gesprochen, sondern er hat gesagt: die bürgerlichen Parteien haben meine Parteifreunde, die hier über Mißstände auf den Werften gesprochen haben, nicht unterstützt und haben dadurch mitgewirkt, daß es zu diesen Mißständen kommen konnte.

Was ich gestern gesagt habe, ist ja nun wirklich eingetroffen. Hoffen wir die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zusammen, so sagte er: Es ist alles im Lot.

nur „Schönheitsfehler“

haben sich gezeigt, Anterkontrollen, das ist alles. Nach ihm waren eigentlich nicht die Marine oder die Werftverwaltung die Angeklagten, sondern die Interpellanten, welche Vorwürfe gegen die Marine vorgebracht haben. Der Herr Staatssekretär hat uns große Dinge erzählt von der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Marine, hat aber verzeihen hinzuzufügen, daß in weit höherem Maße auch die Ausgaben für die Marine gestiegen sind. Er behauptete, es sei nicht zutreffend, daß mit Bauquantanten gerechnet würde und daß daraus resultiere, daß einzelne Beamten auf den Werften sich persönliche Vorteile verschaffen könnten. Severing habe ihm zwei solche Fälle vorgeführt, ich möchte aber noch eine ganze Reihe hinzufügen. Und was

die Bauquantanten

anbetrifft, so ist z. B. der Titel 1 im Kapitel 10 „Einnahmen aus dem Verkauf von Schiffen, Munition usw.“ von 1900 an neun Jahre hindurch immer gleich groß gewesen mit 220 000 R. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht ein Arbeiten mit Bauquantanten? Ist es denn denkbar, daß seit neun Jahren stets dieselben Summen aus Verkauf von Schiffen usw. eingenommen wurden? Das können Sie einem anderen erzählen. (Sehr gut! links.) Im zehnten Jahre hat dann die Budgetkommission diesen Titel auf einmal um 720 R. erhöhen müssen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind denn in den anderen Jahren diese Verbesserungen geblieben? Wollen Sie uns erzählen, daß das eine geordnete Verwaltung ist, die 10 Jahre hintereinander immer dieselben Summen einstellt bei einer Einnahme, die bei der ungeheuren Entwicklung des Betriebes natürlich wachsen muß? Das ist der Krebsknoten bei der ganzen Sache, und ich wiederhole, daß es dringend notwendig sein wird, hier eine

eingehende Untersuchung durch eine parlamentarische Untersuchungskommission

vorgzunehmen. — Dann meinte Herr Geb. Admiralitätsrat Harms, daß die Ausführungen Severings über die Vorcommission auf der Danziger Werft wenig mit der Frage, die uns beschäftigt, zu tun hätten. In unserer Interpellation aber steht, daß durch die Verhandlungen in Kiel Mißstände auf den Werften festgestellt werden, und was Severing vorgebracht hat, ist eben einer jener Mißstände, die dazu geführt haben, daß diese Unterschlagungen überhaupt Play greifen konnten.

Der Staatssekretär hat erklärt: sozialdemokratische Agitatoren werden auf Werften nicht beschäftigt. Nun, der Arbeiter in Danzig ist zehn Jahre ununterbrochen auf der Werft beschäftigt gewesen. Seine Vorgesetzten stellen ihm das beste Zeugnis aus, von sozialdemokratischer Agitation seinerseits scheint demnach nichts bekannt zu sein. Ober ist die Verwaltung der Werft so lieblich, daß sie zehn Jahre lang davon nichts gemerkt hat? (Heiterkeit.) Jetzt hat er sich beim Kapitän Simon mitleidig gemacht, und da wird er auf einmal als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet! Ich wiederhole die Frage des Herrn Erberger, auf die der Staatssekretär die Antwort schuldig geblieben ist: Wer ist die „zuständige Stelle“, die den Mann als Sozialdemokraten bezeichnet hat? Ich behaupte: es war der Korvettenkapitän Simon! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie alle die Leute, die Beschwerden über Mißstände vorbringen, nach dem erwähnten Passus der Arbeitsordnung aus den Betrieben herausdrängen, dann wundern Sie sich nicht darüber, wenn Sie nur noch Spitzhaken behalten! (Sehr gut! bei den Soz.) Daß dieser Passus Ihnen nichts nützt, wissen Sie, denn die Mitglieder der Werftarbeiter in Kiel und Wilhelmshaven sind Sozialdemokraten, und diese Leute leben es als ihr Staatsbürgerrecht an, in sozialdemokratischen Organisationen ihrer Parteipolitik zu genießen. Also: Uns schadet der Passus nichts, aber wenn Sie noch ihm verfahren, werden Sie schon sehen, welche Sorte von Arbeitern Sie auf den Werften erhalten. Wenn solch Spitzhaken auf den Werften vorhanden sind, so ist das die Folge Ihres Systems: daß jeder Arbeiter, der die Finger auf die Wunde legt, als Sozialdemokrat denunziert und hinausgeworfen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In allen Staatsbetrieben ist dieser Passus übrigens nicht vorhanden, zum Beispiel nicht in Württemberg. Er besteht eben

nur in Preußen

und ist genau so hoch einzuschätzen, wie die ganze Verwaltung in Preußen. (Lachen rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weglich meiner Eingaben hat der Staatssekretär erklärt, er lehne ein Eingehen auf Zulieferer der Organisationen des Herrn Hg. Legien ab. Er scheint aber die Dinge außerhalb der Werften recht wenig informiert zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer ist denn die Organisation des Hg. Legien? Meint er den Metallarbeiterverband? Dem gehöre ich nicht an, sondern den Holzarbeitern. Meint er die gesamten Gewerkschaften mit der Generalkommission an der Spitze, deren Vorsitzender ich bin? Auch das sind nicht „meine Organisationen“. Aber die rund zwei Millionen Arbeiter, die wir in den Gewerkschaften organisiert haben, sind die größten Steuerzahler in Deutschland, sie bringen infolge der indirekten Steuern den größten Teil der Mittel für den Bau von Kriegsschiffen auf, und sie haben ein Recht zu verlangen, daß diese Schatzkammer in den Marinetrieben befreit wird, daß ihre Steuergrößen nicht in dieser schlauphüchrischen Weise verpulvert werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kieler Werftarbeiter sind Steuerzahler, Herr Staatssekretär, die die Mittel mit aufbringen, damit das Reichsmarineamt arbeiten kann. Und es ist sehr verkehrt von Ihnen, Herr Staatssekretär, gegenüber diesen Leuten hier zu erklären: Ihr habt überhaupt nicht mitzureden! Die Arbeiterklasse ist es, die vor allem die Mittel aufbringt — auch das Gehalt des Herrn Staatssekretärs! (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist meine Behauptung falsch. Nicht im Auftrag einer Organisation, sondern in meiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel habe ich Ihnen die Beschwerden unterbreitet, indem ich festgestellt, daß wenn dieses System auf der Kieler Werft beibehalten wird, die Qualität der Arbeiterklasse herabgemindert und dadurch die Kosten erhöht werden. Herr Staatssekretär, Sie haben die Ver-

pflichtung, wenn nicht einem einzelnen Abgeordneten, so doch dem Reichstag gegenüber Antwort zu geben, ob Sie Ihre Hand dazu bieten wollen, das System auf der Kieker Arbeit die Qualität der Kieker Arbeiter verschlechtert wird! Es wird meiner Ueberzeugung nach die Zeit kommen, wo man auf die Wünsche und den Willen der Arbeiterkraft mehr Gewicht legen wird als heute. Sie werden vielleicht nicht mehr im Auge sein, es geht Ihnen schließlich so wie den Werftarbeitern: Waffen Sie Ihrem Arbeitgeber nicht mehr, so werden Sie entlassen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Strauß (fr. Vg.): Die Mitteilung über den Verkauf des Schiffes „Marie“ war mir kurz vor der Sitzung durch einen Eilbrief von einem höheren Beamten aus der Zentrale des Herrn Staatssekretärs zugegangen. Ich mußte also annehmen, daß die Sache sich so verhält. Die Bemerkung, die der Herr Staatssekretär an diese Sache knüpfte: das sei charakteristisch für die Art meines Vorgehens, war ganz unangebracht, denn ich habe nichts Unwahres gesagt.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

Abg. Legien (Soz.): Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Staatssekretär die Antwort auf die Frage, wer die zuständige Stelle ist, welche entscheidet, ob ein Arbeiter sozialdemokratischer Agitator ist, schuldig gelassen ist.

ber französische Text maßgebend ist. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unterhändig.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Es ist nachgewiesen, daß in diesem Vertrage direkt widerfährige Bestimmungen enthalten sind, und man hat deshalb den Diplomaten Vorwürfe gemacht. Der Staatssekretär v. Schoen hat das zurückzuweisen gesucht und behauptet, es sei durchaus korrekt verfahren. Das mag wohl sein, aber das entkräftet nicht den Vorwurf, daß unsere Unterhändler über die Bedürfnisse der deutschen Industrie nicht genügend unterrichtet waren. Schon im Januar wurde der Vertrag im Auszug in englischen Blättern veröffentlicht; bei uns ließ Herr v. Schoen die Veröffentlichung nicht zu. „Offiziell“ war ja unserer Regierung von den Veröffentlichungen in England nichts bekannt, und deshalb durfte die deutsche Industrie nicht informiert werden! Der Staatssekretär Delbrück wies auf den Vorteil der Weißbegünstigung hin, die der Vertrag bringe; demgegenüber sollen die wenigen Positionen, bei denen Portugal die Zollsätze erhöhen darf, nicht ins Gewicht fallen. Es handelt sich aber um mehr als die Hälfte aller in Betracht kommenden Artikel. Bei unserer Zollpolitik fällt es uns schon schwer, günstige Handelsverträge zu schließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bezüglich der Weineinfuhr haben wir Portugal wesentliche Vorteile gewährt und schätzen die portugiesischen Marken ganz besonders. Die Weinbändler, die diese Marken führen, müssen sie in Zukunft wirklich aus portugiesischen Häfen beziehen und ein Ursprungszeugnis haben. Wir gewähren daher Portugal ein Monopol und benachteiligen zu seinen Gunsten andere Länder.

Als ist die Klage, daß unsere Diplomaten sich aus einem engbegrenzten Gesellschaftskreise rekrutieren, in dem auf Neuheiten viel zu viel Wert gelegt wird. Durch die Verhältnisse gezwungen, ist man im Ausland hier und da dazu übergegangen, Praktiker zu nehmen. Besonders an Amerika könnten wir uns in dieser Beziehung ein Muster nehmen. Von 137 ersten Stellen in der deutschen Diplomatie sind 128 mit Adligen besetzt, so daß nur 9 Träger bürgerlicher Namen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Zusammensetzung des diplomatischen Korps im Auslande kann man sich ungefähr vorstellen, wie wenig nach der ganzen Erziehung dieser Herren die Interessen der Industrie bei ihnen auf Berücksichtigung zu rechnen haben. — Wir werden bemüht sein, den Vertrag in der Kommission so zu gestalten, daß wenigstens die schlimmsten Unstimmigkeiten herauskommen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gidhoff (fr. Sp.): Gestern abend ist uns ein Antrag Graf Komit zugefallen: die Regierung solle Maßnahmen zum Schutze unserer Exportindustrie gegen Amerika treffen. Wie soll sie das tun, wenn bei uns selbst eine agrarische Wirtschaftspolitik herrscht? (Abg. Dr. Hahn (L.): Durch höheren Zollschutz!) Die Caprivische Handelspolitik gereichte unserer Industrie zum Segen, aber seit 1902 ist ein Umschwung eingetreten, und die jetzige Handelspolitik muß uns mit großer Besorgnis für unsere Exportindustrie erfüllen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Eine direkte Ablehnung des Vertrages kann ich allerdings nicht empfehlen; er bringt die Weißbegünstigung, und ohne diese könnte leicht der portugiesische Markt für uns verloren gehen.

Abg. Graf Komit (L.) nimmt den Wirtschaftlichen Ausschuss gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe in Schutz. Mit dem Herrn Staatssekretär bedauere ich, daß die Großindustrie hier so schlecht vertreten ist. Aber das wird ja wohl anders werden, wenn der Hansa und erst in Wirklichkeit tritt. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) beantwortet die Verlegung für den Antrag erheben sich (das Haus ist nur noch sehr schwach besetzt) die Freisinnigen, Sozialdemokraten und Nationalliberalen. Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg stellt nicht fest, ob die Unterstützung genügt.

Abg. Gothein (fr. Vg.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es entsteht allgemeiner Wirrwarr. In diesem Wirrwarr erhalten die Abgeordneten Hahn und Gothein das Wort zu längeren persönlichen Bemerkungen. Schließlich wird auf der Verweisung der Beschlußfähigkeit nicht bestanden und der Vertrag einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. (Erste Lesung des Etats.)
Schluß: 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Bildungsarbeit.

Der Bildungsausschuss hat soeben erscheinen lassen: **Künstlerischer Wanderschmuck.** Eine Anregung und ein Verzeichnis.

Das schon ausgestattete Heft beginnt mit einem Einleitungsartikel, der in folgende Abschnitte gegliedert ist: Kunst und Volk; Künstlerischer Wanderschmuck; Ueber die Kunst des Beschauens; Wer soll Künstler-Steinzeichnungen erwerben; Der Bezug der Bilder; Kunst und Kampf.

Das Verzeichnis führt 136 Kunstblätter aus den Verlagen Breitkopf u. Härtel, Buchhandlung Vorwärts, Georg D. Callwey, Fischer u. Franke, G. C. Teubner, R. Voigtländer an. Die Preise bewegen sich zwischen 25 Pf. und 8 M.; für Bilder mit Rahmen von 3,50 M. bis zu 22 M. Bezugspreis sind 10 Blatt mit sehr gut ausgeführten farbigen und schwarz-weißen stark verkleinerten Reproduktionen einzelner Kunstblätter.

Die Veröffentlichung des Bildungsausschusses wird den Ortsauschüssen bei der Veranstaltung von Wanderschmuckausstellungen, die nicht an die Weihnachtzeit gebunden sind, treffliche Dienste leisten.

Zur Polemik über die Parteischnle.

Genosse Bernstein hat sich in den „S. M.“ mit der Frage des Unterrichts auf der Parteischnle befaßt, worauf zuerst die „Vorwärts“-Redaktion und dann mein Mitschüler von der Parteischnle, Genosse Tarnow, erwiderte. Wenn von einer Seite, wie von der des Genossen Bernstein über den Unterricht in diesem

Parteiinstitut kritische Bemerkungen gemacht werden, so ist es meines Erachtens falsch, wenn in der Erwiderung nur auf das eine, von dem Kritiker ins Feld geführte Argument eingegangen wird, während man sich über das andere, nicht minder wichtige, ausschweigt. Es ist wohl besonders auch auf diese Manier der Erwiderung zurückzuführen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern verschiedener Ansichten innerhalb der Partei so unfruchtbar bleiben müssen.

Völlständig richtig und jedenfalls von allen Besuchern der Parteischnle anerkannt ist die Behauptung Tarnows, daß alle Lehrer das Bestreben haben, bei den Schülern selbständiges Denken zu entwickeln und daß die freie Meinungsäußerung auf der Parteischnle im weitesten Umfange gewährt ist. Ja, ich bin der Meinung, daß auch in dieser Hinsicht viele Schüler von den Lehrern, und besonders auch von der Genossin Luxemburg, haben lernen können. Wenn also Genosse Bernstein behauptet, daß den Besuchern der Parteischnle dort ge-wissermaßen Scheuklappen umgehängt werden, damit sie später nur noch in der sogenannten orthodoxen Richtung blicken können, so, das meine auch ich, ist Bernstein im Irrtum.

Aber der „Vorwärts“ hat mit seinem Zitieren aus Bernsteins Artikel gerade dort aufgehört, wo Bernstein mit seiner Kritik auf dem Wege war, und auch der Genosse Tarnow ist hier stehen geblieben. Nach der vom „Vorwärts“ zitierten Stelle schreibt Bernstein nämlich: „Dabei ist neben der gefährlichen Gefahr noch eine zweite zu beobachten, nämlich eine übermäßige Beschäftigung mit dem metaphysischen Teil der Oekonomik, der Werttheorie und was damit unmittelbar zusammenhängt, auf Kosten des konkreteren Wissensstoffes.“ Daß sich diese Ansicht des Genossen Bernstein auch bei den Parteischnlern des vorigen Semesters durch-gewirkt hat, ist durch die Aussprache am Schluß des Jahres bestätigt worden. Bei der ersten Aussprache der Schüler über den Lehrplan, die nach ungefähr 10wöchentlichem Unterricht stattfand, habe ich eben diese Befürchtung geäußert und angeregt, gegenüber dem Lehrerkollegium den Wunsch auszusprechen, daß innerhalb der 14 Wochen, die uns nachträglich noch zur Verfügung stehen, genügend Zeit zu Vorlesungen über praktische Nationalökonomie, Volk- und Wirtswesen, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktion und Produktionspolitik, handelspolitische Systeme usw. eingeräumt werde. Ich hatte die Empfindung, daß eine tiefere Kenntnis solcher wirtschaftlichen Tatsachen auch für das tiefere Studium der Theorie unerlässlich ist. Mit meiner Anregung stieg ich damals bei einer Reihe von Mitschülern auf Widerstand, während sich andere zunächst mehr abwartend verhielten. Ich kam mit meiner Anregung bei jeder Schülerbesprechung wieder und merkte auch, daß sich der Widerstand minderte, und in der Schlußkonferenz mit dem Lehrerkollegium und einigen Mitgliedern des Parteivorstandes hat der Genosse Silberschmidt, als Obmann der Schüler — er wurde in der vorhergehenden Besprechung damit beauftragt — die Anregung gebracht, daß in Zukunft der praktische Nationalökonomie sowie auch der Behandlung des praktischen Teiles des Parteiprogramms mehr bzw. genügend Raum im Lehrplan eingeräumt wird. Bieweit diesem Wunsche in dem gegenwärtigen Kursus Rechnung getragen wird, ist mir unbekannt.

Da in der Polemik gegen Bernsteins Artikel der oben erwähnte Satz von Bernstein vollständig unberücksichtigt geblieben ist, und da auch Bernstein selbst in seiner letzten Entgegnung im „Vorwärts“ nicht darauf hingewiesen hat, hielt ich mich als ehemaliger Parteischnler verpflichtet, darauf einzugehen, da ich glaube, daß es zweckmäßig ist, die Polemik über den Unterricht in unserem Parteiinstitut hierauf zu lenken.

Otto Schendorfer-Pirma.

Wir können dazu mitteilen, daß der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung des praktischen Teiles des Programms in diesem Kursus der Parteischnle erfüllt werden wird.

Personalien. Mit dem Genossen Dr. Weill scheidet am 1. Januar auch Genosse Erwin Barth aus der Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ aus. Dr. Weill geht nach Straßburg i. E.; Barth ist vom Juidauer Parteiblatt engagiert.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	6. 12.	5. 12.	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.	6. 12.	5. 12.
Remel, Mitt.	232 ⁹	232 ⁹	+16	+16	Saale, Großh.	420 ⁹	420 ⁹	+10	+10
Regel, Jüterburg	179 ⁹	179 ⁹	+10	+10	Quel., Spandau	92	92	0	0
Wesche, Thoen	70 ⁹	70 ⁹	+8	+8	Stettin	110	110	+4	+4
Ober-, Ratibor	205	205	-4	-4	Spres., Spremberg	118	118	+4	+4
• Proßen	192	192	+12	+12	• Westm.	101	101	+8	+8
• Frankfurt	170	170	+3	+3	Weser., Minden	233	233	-63	-63
Warte., Sarum	114	114	+12	+12	• Minden	344	344	+14	+14
Landberg	57	57	+6	+6	Rhein, Maymillandau	432	432	+8	+8
Rege., Borsdamm	23	23	+2	+2	• Rost	309	309	+59	+59
• Elbe., Litzmeritz	83	83	+98	+98	• Rbin	487	487	+23	+23
• Dresden	64	64	+26	+26	• R. d. S.	155	155	-9	-9
• Darda	298	298	+34	+34	Rain, Weithelm	351	351	+26	+26
• Magdeburg	232	232	+22	+22	Wolter, Trier	381	381	-24	-24

*) + bedeutet Hoch. — Fall. *) Unterpost. *) Höchst. *) Die Weichsel ist eisfrei bis auf einzelne Schollen. *) Um 5. um 6 Uhr nachmittags 482 cm.

Infolge des Saale-Hochwassers, das an der oberen Flußstrecke schon wieder gefallen ist, erwartet die Elbstromverwaltung für morgen am Elbepegel Barby den Wasserstand 370, das ist 30 cm unter Auslieferungshöhe. — Während die Innerelbe schon wieder gefallen ist, hat die Leine noch mittelgroßes Hochwasser. — Die Elm s überfließt gestern am Wegelingen Mittelhochwasser um 0,3 m, und die dort sehr niedrig liegende Auslieferungshöhe um 175 cm und war überall anstehend noch im Steigen. — Der Rain ist bei Schmelzluft von vorgestern auf gestern schon wieder gefallen. — Die Lahn ist weiter gefallen, dagegen hat die Wesel bei Weg in der Nacht von gestern auf heute wieder aus neue zu steigen begonnen, überfließt aber gestern früh noch nicht die Auslieferungshöhe und war noch 0,9 m vom Mittelhochwasser entfernt. — Für die Hauptstadt räume außer Elm ist das Eintreten eines bedeutenden Hochwassers vorläufig nicht anzunehmen.

„Aste“ vorzüglichste Sprechmaschinen-Schallplatte.

Wunderbare Tonfülle, reine Wiedergabe, lange Brauchbarkeit. Doppelseitige beschaltete „Aste“-Platten, 25 1/2 cm Durchmesser, gr. Stück Mk. 2.00 (10 Stück Mk. 18.00 franko).

„Teutonia-Record“-Schallplatte. Gute, dabei preiswerte doppelseitige beschaltete Platte, 25 1/2 cm groß. Stück Mk. 1.50, 10 Stück Mk. 12.50 franko. Reichhaltige Verzeichnisse gratis.

AUGUST STUKENBROK, EINBECK

Leistungsfähigste Bezugsquelle für Sprechapparate und Schallplatten.

Enorm billiger Verkauf elegant. Wollensgarderoben früher 50—90 M., jetzt 12—25 M.

Deutsches Bekleidungshaus. Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden. Jahrgeld wird vergütet.

Roh-Tabak E. Nauen, a. d. Schwedter Straße.

Haben Sie Stoff? Ich bringe davon Anzug od. Paletot nach Maß, abstr. bewert. Zutaten, um 20 Mark an Moritz Laband, Neue Promenade II (Südost-Börse).

Unübertroffen bleiben **Selowsky's Caruso Zigaretten** 10 Stück 30 Pf.

Husten, Heiserkeit basilligen wunderbarleicht und schnell die derkürzten **Hustentropfen** von Otto Reichel. Nur echt mit Marke „Medico“, fl. 50 Pf. u. 1 M.

Reste Damenmode, abwärts und farbige Costumes-Stoffs, neuwert. Reste, Tricot-Stoffs, Seiden, Flisch, Sammet, Satin etc.

Confection Paletots, Jochette, Stabmotel, Costumes und Costum-Mode in grosser Auswahl.

C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Hygienische Bedarfsart. Drogerie Zarenba. Weinbergweg 1, str. a. Rosenbaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Verzug i. gut dauernden Randschutz.

Berliner Uk-Trio. Felix Schauer Stralsunderstr. 1.

Jandorf's Weihnachts-Angebot

Wir verabfolgen auf Wunsch bei Einkäufen am:

Dezember 8
Dezember 9
Dezember 10
Dezember 11

Donnerstag
Freitag
Sonntag

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen



O ich bin klug und weise

denkt mancher Hausfrau, indem sie sich ein Paket Feinpulver „Goldperle“ kauft, in welchem sie ein prächtiges Geschenk findet, das ihr große Freude macht.

Fabrikant: Carl Gentner, Göttingen.

Schutzmarke. 111 Obacht wegen der vielen minderwertigen Nachahmungen 111



Pilsener Brauhaus (G. m. b. H.)

Ringfreie Brauerei
Rungestr. 18a
Amt IV, 4562

empfiehlt ihre **erstklassigen Biere** zu billigen Preisen.



Steppdecken

Frankfurter Weihnachtszugabe!



Sanatorium Bilz

Dresden-Radeholz, 3 Ärzte, Prospekte frei. Zu Winterkuren sehr geeignet!

26. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Dezember vormitags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

39 176 380 424 [500] 371 779 900 28 [5000] 64 1082
721 65 473 518 625 925 85 84 2104 40 438 3193 422
738 [500] 803 [1000] 930 68 89 4111 88 228 89 339 [1000]
418 502 825 973 5877 549 73 [500] 707 905 6129 [500]
470 [1000] 812 902 7002 93 120 411 80 8012 228 68 310
610 800 819 9124 617 788 [1000] 956 [1000]

10903 11178 84 319 407 587 83 623 750 827 902
12740 70 833 96 13117 73 323 433 529 799 808 [500]
14007 130 279 379 583 990 [1000] 15794 18004 283
207 612 76 735 [5000] 800 929 59 17129 210 25 682
18421 64 387 603 19284 85 370 678 705 [1000] 823 908
20079 [1000] 201 59 274 435 52 503 51 77 83 612
[1000] 879 944 2121 79 [500] 305 409 585 89 719 [1000]
807 [500] 22083 757 75 [500] 633 932 23000 58 133 72
[8000] 321 [500] 874 610 87 57 735 967 24443 648 969
25004 129 89 307 47 512 527 23 45 [500] 26013 302 803
33 48 580 892 908 27277 244 78 571 650 74 821 78
28097 207 64 71 303 534 784 33 [1000] 29129 [1000]
414 57 [1000] 539 99 741 [500] 843 983

30518 786 31254 [500] 613 725 904 88 32089 253
[1000] 592 674 33004 141 61 62 534 780 827 34028 143
232 [500] 383 470 523 708 612 815 83 35007 753 904
846 36018 132 22 45 303 501 801 798 920 37128 307
603 38137 66 [500] 307 412 37 281 [5000] 373 682 722
[1000] 82 664 30989 309 [500]

40056 [500] 243 478 704 41011 360 418 83 90 505
794 803 34 42317 44 66 405 [500] 655 803 43001 77
810 71 748 80 896 322 43 44001 83 350 409 82 [500]
866 [1000] 902 75 45104 520 728 71 810 889 46700 [500]
77 138 245 80 670 824 28 807 47018 11 777 48127 [1000]
84 271 [1000] 317 49 [500] 473 317 820 602 [500] 946
409 303 300 [500] 821 747

50774 509 421 23 50 66 76 808 782 960 [500] 51209
32 417 52611 [1000] 852 [1000] 94 53709 127 78
371 [1000] 725 80 [1000] 80 54289 328 75 423 508 10 84
770 55118 92 904 56014 204 343 472 680 745 865 [1000]
960 [1000] 57005 92 302 101 230 329 216 45 755 872
960 58011 429 846 [500] 700 12 83 [500] 59071 113 276
887 486 603 [500] 73 929

60003 170 709 64 328 65 820 726 90 947 61271
415 22 240 701 801 9 62021 129 380 627 704 80 828 75
[1000] 63103 84 [500] 503 791 84 200 54404 161 304
[1000] 612 77 801 948 65291 89 461 815 607 340 69344
73 [1000] 829 58 [1000] 602 517 83 [500] 907 87017
414 207 421 621 524 758 943 68518 49 200 94 304 818
61925 164 517 54 625 727 [1000] 949

70881 87 [500] 825 788 71196 875 [5000] 700 988
72506 27 50 879 73287 374 [1000] 592 812 811 [500]
883 74317 634 75090 147 [1000] 62 337 663 76253 383
89 667 83 863 [500] 937 77423 25 85 606 945 78359 429
89 560 98 874 908 [5000] 70149 389 419 83 373 [1000]
834 848

80484 778 8104 589 [5000] 459 578 853 80 81 883
82301 472 538 92023 48 [1000] 927 855 833 [500] 70
[1000] 10230 98 712 [500] 102301 82 719 [500] 55
[5000] 103240 98 471 22 [5000] 82 330 86 663 853 60
[1000] 104048 186 257 501 [1000] 30 633 896 105122 72
[500] 10700 982 [500] 106115 [1000] 292 427 [1000]
686 908 107099 45 102 294 [500] 263 494 602 878
108025 309 742 820 106063 545 [1000] 801 55 900
110017 348 474 87 [500] 602 14 778 94 884 111248
384 479 500 632 742 829 112054 400 528 779 932 81
113008 788 351 428 628 719 114181 [500] 229 523 619
43 727 34 115018 237 [500] 428 608 927 [500] 116964 106
89 203 383 441 523 723 82 895 859 117092 252 [500]
888 84 75 858 768 823 118254 409 532 [500] 614 49 894
119000 377 78 400 648 716 69

120180 602 504 121439 785 122255 321 59 [500]
90 820 63 94 122013 223 808 812 124099 479 829 78
[500] 125088 384 261 94 617 34 126109 11 634 59 554
[1000] 127163 290 602 127 880 128085 437 30 [500]
720 [1000] 53 836 88 819 [500] 22 129013 19 154
217 84 [500] 81 281 34 405 725

130343 223 81 86 233 54 564 84 758 131287 [500]
286 875 750 948 132063 297 [5000] 428 59 819 84 874
819 133017 128 [1000] 259 316 52 492 733 854 76 [1000]
134190 434 542 828 758 838 [1000] 135040 104 [500]
321 269 408 575 [500] 705 83 818 [500] 87 970 136080
88 101 382 373 582 683 729 825 87 917 137176 299 781
[1000] 81 812 71 [500] 138065 383 409 663 875 94 984
139004 15 [500] 140 397 411 [500] 505 30 880 [500]

140150 207 87 585 624 757 837 85 602 141102 [500]
409 010 84 142176 235 43 680 860 960 [500] 143027
812 822 [1000] 449 36 01 622 54 700 870 83 90 144001
87 280 804 960 145074 728 146068 182 231 344 480
807 784 147019 84 169 276 340 302 [500] 600 78
87 854 148055 211 360 [500] 439 49 602 720 [500]
149027 565 68 619

26. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Dezember nachmitags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150079 167 219 279 548 627 718 826 151044 284
[500] 484 507 [500] 82 63 [500] 99 779 152190 737 42
153169 [500] 94 221 749 [500] 73 154104 258 492 831
989 155187 278 940 [500] 156259 [1000] 208 578 759
[500] 504 74 80 970 81 157035 60 [1000] 302 814 769
[500] 85 899 904 6 158187 [500] 317 406 721 813
159113 56 300 47 51 56 958

160005 [5000] 589 600 829 84 161076 135 555 83
732 917 76 162005 144 394 741 [500] 88 820 163144
449 80 921 92 748 91 970 164189 435 578 90 840 813
[500] 165050 314 428 [500] 517 56 881 [5000] 166089
[5000] 518 [5000] 69 85 1055 [500] 77 167050 83 296
84 307 67 [1000] 645 92 744 168028 380 [1000] 59 463
956 [1000] 169100 [500] 82 241 44 208 84 486 503 677
[5000]

170145 387 587 775 171501 708 849 90 825 [1000]
88 48 [1000] 48 172003 [1000] 144 57 219 43 501 450
79 501 713 803 [5000] 75 80 173047 72 205 423 884 904
[500] 174085 196 219 572 [1000] 175007 71 113 [500]
265 68 401 671 886 176008 71 251 323 431 77 87 848
902 29 177100 303 710 178012 278 312 78 518 59 263
88 948 179019 [500] 13 90 100 18 43 330 38 548 89
627 748

180113 283 561 748 821 55 74 181139 213 81
870 423 45 535 737 [500] 182069 156 [5000] 235 508
466 [1000] 583 [500] 585 507 812 32 [500] 69 183022 85
703 44 881 97 184054 130 84 614 837 185008 213
344 [1000] 726 843 91 939 [500] 186190 69 307 783 825
[500] 187060 140 281 574 732 886 188022 78 233 899
944 189464 588 658 97 782

190550 147 802 920 191900 23 [500] 81 492 888
640 83 822 [500] 905 [5000] 192212 371 588 620 867
193408 578 869 903 194041 [5000] 123 288 320 833
921 195003 408 61 586 819 36 915 97 196274 271 833
963 97 197327 383 410 49 654 801 33 505 198000 230
[500] 203 90 580 741 [500] 540 520 109108 25 237 368
418 79 [5000] 91 268 881 [500] 69 270 [500] 81

200071 232 415 808 670 201153 222 415 994
202032 [500] 128 297 203 77 207 21 203592 625 796
[1000] 204015 88 457 205143 254 [5000] 263 508 18
[5000] 50 206183 386 450 545 721 800 [500] 277 207163
853 613 208013 [500] 258 344 83 976 209149 57 271
423 67 512 774 [5000] 78 884 821 45 [500] 28 91
211186 200 36 218 701 212073 177 219 22 355 467 [500]
974 213080 410 203 95 679 967 214179 250 273 900
[1000] 811 800 18 24 25 71 901 [500] 74 31 215848
89 441 574 699 87 718 216085 [500] 49 182 457 593
217019 807 905 4 218584 15 493 222 52 874 917
219133 241 618 45 731 [5000] 34 827

220119 502 [500] 682 42 753 839 221108 303 63
222007 [500] 58 417 539 [500] 81 [500] 85 659
223105 17 243 [500] 319 425 549 83 617 70 224109
606 438 45 88 227 893 [5000] 965 89 225050 [500] 674
65 724 49 920 226031 128 308 429 36 64 583 650 782 921
45 [500] 227083 140 510 53 811 58 228028 86 133 413
643 44 325 146 801 943 229089 228 448 500 676 759 909
230270 98 325 44 438 684 928 231078 112 271 207
67 413 680 820 60 90 232089 305 93 408 664 833
233141 644 79 963 [5000] 234160 81 268 28 477 882
730 80 800 57 840 235000 34 50 [500] 132 564 657
236 814 236411 861 703 47 814 237082 307 88 453
[1000] 586 873 [500] 991 238395 80 [500] 302 481 213
621 911 [500] 23 56 [500] 63 239045 118 451 768
[5000] 200

240111 557 611 19 222 96 241099 219 388 504 4
80 113 963 242054 73 230 422 729 [500] 829 243229
428 40 822 992 244018 151 71 220 487 98 386 801 [500]
928 245460 514 [500] 27 713 246083 202 707 27 247002
122 [1000] 297 689 870 302 91 248055 149 200 319 [500]
490 617 24 819 38 847 249007 68 214 302 44 437 639
722 880 [5000] 978 80

250215 455 82 [500] 74 717 912 70 251072 272 872
714 806 [500] 22 252004 82 112 205 [500] 47 [500] 549
710 41 58 253147 200 244 268 618 254214 261 419
300 741 854 98 255129 388 800 [500] 50 256074 [500]
124 833 715 921 257039 349 648 778 65 859 258005
218 46 515 30 259083 [1000] 159 308 315 856 [500]

260003 37 129 63 339 719 63 94 261186 76 274
261 38 704 811 [1000] 943 262047 83 327 829 704 78
263208 370 448 864 734 62 264078 185 [500] 79 223
628 71 819 265300 303 581 [500] 237 943 266007 [500]
[1000] 417 89 660 714 933 56 62 267099 133 41 63 217
267 539 727 [500] 268020 21 269041 436 88 584 829
36 815 82 901

270067 79 180 226 284 27 800 [5000] 718 984 28
271070 573 [500] 489 624 771 272034 263 489 654 819
[1000] 51 273050 285 300 359 322 909 274193 800 28
602 208 910 [5000] 82 [1000] 275042 370 [500] 388 901
276443 201 726 30 89 891 277048 823 [1000] 278007
119 356 504 678 279089 94 219 653 80 304

280001 70 [5000] 140 571 [1000] 676 [500] 716 59
885 902 281157 228 315 [500] 54 415 73 329 745 67
[500] 83 282210 255 850 [1000] 890 283259 78 722 864
284071 [500] 73 [500] 178 653 893 324 285140 [500]
229 73 581 602 778 286098 77 324 [500] 77 862 [500]
287053 129 [1000] 44 98 549 959 288127 [1000] 27 323
813 725 47 289180 208 32 84 90 993 829 369

290025 40 400 51 573 82 725 291107 83 301 31 506
292031 82 [1000] 159 01 207 25 [5000] 87 489 504
[500] 30 829 293141 201 322 476 30 295000 601 83
714 294008 179 390 485 815 909 78 295221 68 521 98
612 731 881 796 296009 246 48 [1000] 249 881 297105
330 514 67 982 94 298008 276 602 299136 284 820
443 94 524 770 815

300215 35 815 301310 194 603 8 813 300 67 302719
812 303007 407 311 791 821

26. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Dezember nachmitags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

29 107 262 290 [500] 492 560 1011 74 77 127 238
251 687 2008 6 76 208 370 541 503 902 3151 244 89 444
610 883 [5000] 83 4313 5145 471 522 877 907 6001 559
213 67 547 817 7096 688 28 803 5023 270 481 613 723
9088 458 617 840 913

10029 788 21 678 11107 277 [5000] 354 890 12344
45 450 83 78 328 95 727 918 27 45 13351 676 753 83 975
14058 87 335 549 753 950 15279 420 69 510 18011
293 219 82 92 428 715 872 17063 131 422 742 960 18045
46 108 54 [500] 503 5 40 578 90 602 734 34 71 22 954
19254 301 86 431 539 [5000] 450 27

20102 50 [500] 94 239 443 44 580 808 33 717 822
875 96 [500] 21609 173 608 633 78 [500] 751 833 22661
348 328 [500] 728 38 23006 358 788 858 556 24110 314
651 88 681 25119 [500] 59 344 233 [500] 412 588 607
77 99 [5000] 724 88 845 61 26004 128 [500] 371 [1000]
47 430 729 [500] 225 [1000] 27024 81 87 323 83 98 442
615 34 653 848 984 28853 250 306 516 30 623 774 83
[1000] 293102 215 53 480

30190 220 471 [500] 580 84 [500] 696 749 [1000] 936
87 31001 11 30 162 235 500 612 22 45 858 958 32151
219 873 [500] 85 975 33027 123 589 [500] 640 788 823
34019 107 87 439 [500] 531 35179 [500] 232 470 459
662 983 34 36066 780 [500] 612 72 37156 204 310 553 54
[5000] 623 986 38210 213 728 896 339137 361 6 294 [500]
432 582 627 730 34 803 23 70 [500] 909

40058 417 [1000] 545 736 70 87 827 984 41090 106
302 473 516 23 83 609 20 71 888 950 43 42181 84 210
411 72 656 746 818 824 43007 90 153 248 [500] 589 651
820 44115 300 33 643 712 910 45211 [1000] 22 450 403
63 917 77 46154 243 47297 57 69 501 645 91 700 713
48217 [500] 506 948 87 49341 [500]

50151 [500] 962 51319 547 54 800 967 52117 36
37 897 803 53128 473 454 778 [1000] 816 [1000] 63 92
697 54251 451 682 918 20 55018 [1000] 98 295 329 426
90 [500] 332 864 56448 773 94 808 72 901 9 12 37 602
225 42 518 65 629 79 758 973 [500] 58011 15 148 504 543
[500] 59898 178 247 489 522 704

60211 83 320 508

Soziales.

Zur kommunalen Doppelbesteuerung der Wanderarbeiter. Die lippischen Pächter weisen bekanntlich den größten Teil des Jahres außerhalb ihres Wohnortes; sie werden von den Gemeinden, in denen sie als Pächter-Wanderarbeiter beschäftigt sind, auch zur Steuerleistung herangezogen. Aber neben diesen Steuern müssen sie gleichwohl in der lippischen Heimatgemeinde Steuern bezahlen. Alle Bestrebungen zur Beseitigung dieser Doppelbesteuerung hatten bisher keinen Erfolg.

Jetzt hat nun endlich die lippische Regierung dem lippischen Landtage eine Vorlage gemacht, durch die das Uebel gemildert wird, indem die Pächter, die auswärts Gemeindesteuern bezahlt haben, ihrer Wohnortgemeinde gegenüber Anspruch auf Vergütung eines Drittels des Jahresbeitrages ihrer lippischen Gemeindesteuern haben sollen. Die Vorlage wurde am 4. Dezember in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz tritt schon für das laufende Steuerjahr in Kraft.

Eine „Muster“-Erziehungsanstalt.

Die Stadt Barmen hat seit langen Jahren schon eine Erziehungsanstalt ihrer Verwaltung unterstellt, in der Waisen, Gaishausen und solche Kinder untergebracht sind, deren Eltern für dieselben nicht hinreichend sorgen können oder wollen. Es ist also nicht ein sittlich und moralisch angefaultes Menschenmaterial, das in dieser Anstalt erzogen werden soll. Im Gegenteil; die dort tätigen Pädagogen versichern übereinstimmend, daß sie sich ein besseres Unterrichtsmaterial nicht wünschen können. Dennoch konnte vor einigen Monaten unser Eiserfelder Parteigänger aus dieser Anstalt Erziehungspraktiken melden, die sich den in der „Wohlfahrt“ und in „Mischu“ gebräuchlichen Methoden würdig anreihen. Wegen seiner kindermangel gab es Weltkinder und Kostkinder, die dadurch verschärft wurde, daß die zum Dungenen verurteilten Kinder zusehen mußten, wie ihre Kameraden spielten. Und wenn die letzteren, einer edlen Vergnügung folgend, ihren hungernden Gespielen ein Stückchen Brot gaben, das sie sich selbst vom Munde abspart hatten, dann mußten sie wegen ihrer Wildartigkeit dreimal hintereinander auf ihr Mittagbrod verzichten. Mit Weinläschen besetzte Kinder wurden nachts aus den Betten geholt und selbst im Winter mit eis-kaltem Wasser tüchtig abgespritzt.

Der Sohn des Hausvaters wurde von mehreren weiblichen Zöglingen der Anstalt beschuldigt, sich an ihnen sittlich vergangen zu haben. Es wurde auch deshalb von dem Kuratorium der Anstalt dem Vater verboten, seinen Sohn weiterhin in der Anstalt, die der Familie zur Wohnung dient, zu beherbergen. Sonst jedoch aber nicht. Die Angaben der „Freien Presse“ wurden im Gegenteil von der Stadtverwaltung als „mühsam übertrieben“ erklärt und sein Finger rührte sich, um die Missethäter abzustellen. Man schämte sich konsequent auch aus, als die „Freie Presse“ zu drei verschiedenen Malen, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihren verantwortlichen Redakteur herausforderte. Auch als während des Stadtverordnetenwahlkampfes von unseren Parteigenossen in Flugblättern und Versammlungen die Zustände in der Anstalt für verlassene Kinder scharf gerügt wurden, nahmen die verantwortlichen Instanzen alle diese Vorwürfe stillschweigend hin und beliehen die Schuldigen weiter im Amte.

Inzwischen haben sich Dinge ereignet, die darauf hindeuten, daß die Korruption in dieser — von einem Pädagogen geleiteten — lächerlichen „Muster“-Erziehungsanstalt schlimmer sind, als oben angedeutet wurde. Wurde doch vor wenigen Wochen ein langjähriger Angestellter der Anstalt wegen Sittlichkeitsverbrechens an Anstaltszöglingen von der Eiserfelder Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Jetzt hatte sich vor dem dortigen Schöffengericht ein anderer „Erziehungs“-gehilfe dieser Anstalt wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte ein auf 120 M. lautendes Sparkassenbuch eines Anstaltszöglings gestohlen und erhielt dafür drei Monate Gefängnis. Bezeichnend ist, daß dieser „Erzieher“ schon mehrfach wegen Diebstahls und Weitelei verurteilt war; aber er war ein „frommer Mann“, der sich in christlichen Hospizen gut herumzubehalten wußte.

Kleines Feuilleton.

Die Einmaligkeit der Kinderkrankheiten. Der Glaube daran, daß der Mensch gewisse ansteckende Krankheiten nur einmal in seinem Leben bekommen kann, ist so weit verbreitet und eingewurzelt, daß man vielfach die Aeußerung hören kann, es sei gut, wenn ein Kind eine solche Krankheit einmal bekommen und überstanden habe, weil es dann wenigstens vor einer Wiederholung gesichert sei. Diese Anschauung gilt namentlich von den gewöhnlichen Kinderkrankheiten, wie Masern, Scharlach, Keuchhusten und Diphtherie, die immer gefährlicher zu werden pflegen, je höher das Lebensalter der Erkrankten ist. Die außerordentlichen Fortschritte der Hygiene und Gesundheitspflege haben nun zunächst die Annahme gestützt, daß etwa jedes Kind Masern oder Keuchhusten bekommen müsse, obgleich in der Tat leider immer noch nur wenige ganz davon verschont bleiben. Dann aber hat die Frage der sogenannten Immunität, des Geseitens durch eine einmalige Erkrankung gegen spätere, genauer untersucht werden müssen, weil die allgemeine Beobachtung, die sich zu jenem Volksglauben verknüpft hat, nicht ohne weiteres als zuverlässig betrachtet werden konnte. Dieser überaus wichtigen Frage hat sich Dr. Widowitsch aus Graz zugewandt und das Ergebnis seiner Forschungen in der Wiener klinischen Wochenschrift veröffentlicht. Danach werden folgende Regeln aufgestellt: Diphtherie, die Ansteckung mit Streptokokken oder Staphylokokken (dasu gehörig der Scharlachbakterium), Keuchhusten und Infuenza geben keine dauernde Sicherung gegen eine wiederholte Erkrankung. Scharlach verschafft meist, aber nicht immer, eine dauernde Immunität, ebenso Keuchhusten. Bei diesem scheint aber der Schutz nur bis zu einem gewissen Alter, etwa bis zum dreißigsten Lebensjahre, zu währen. Masern und Keuchhusten verleihen dauernde Immunität. Der letzte Satz widerspricht den bisherigen Erfahrungen, da Fälle von wiederholter und sogar häufiger Erkrankung an Masern bei Kindern als Ausnahme beobachtet worden.

Musik.

Münchener Oper. Innerhalb eines romantischen Finalabends brachte die Hofoper sehr verdienstvoll Ermanno Wolf-Ferraris Intermezzo „Sufannens Geheimnis“ (nach dem französischen von Godefranz) zur Aufführung. Der Erfolg des entzückenden Werkes war künstlerisch so stark, daß ginge es mit rechten Dingen zu, der gesamte deutsch-italienische wieder an allen deutschen Bühnen erscheinen müßte, die seine beiden schönen Opern „Keugierige Frauen“ und „Der Arabier“ ebenso schnell fallen ließen, wie sie danach griffen. Wolf-Ferraris ist der Reformator der komischen Oper, er bringt und wieder die Melodie Mozarts mit Mozart-Sängern durch ein Mozart-Orchester. Kein Wunder, daß dieser unzeitgemäße Musiker im Deutschland der Nach-Wagnerischen Epochenperiode und im Italien des Verismus einen schweren Stand

Ob wohl nach diesen neuen Standauffällen die Varmer Stadtverwaltung für Remedur sorgen wird? — Die neugewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten werden sie mit aller Entschiedenheit fordern!

Gerichts-Zeitung.

Eine glänzende Freisprechung

wurde gestern dem wegen angeblichen Verstoßes gegen § 153 Gewerbeordnung zumrecht angeklagten Fensterputzer Paul Gierh vor dem hiesigen Amtsgericht Berlin-Mitte zu teil. Der Angeklagte wurde am 30. November d. J. in Liebenwerda verhaftet und nach Berlin übergeführt, um sich hier wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, wegen gefährlicher Körperverletzung, versuchter Nötigung und wegen Verletzung zu verantworten. Es wurde ihm vorgeworfen, während des letzten Fensterputzerstreiks am 1. Oktober 1908 einen Verbleibswilligen Zwanges und Ehrverletzung ihn zu bestimmen versucht zu haben, an Verhandlungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Gierh hatte von vornherein bestritten, an dem betreffenden Tage überhaupt auf der StraÙe gewesen zu sein und behauptet, infolge Krankheit das Haus nicht verlassen zu haben. Trotzdem blieb er in Haft. Zu dem gestrigen Termin wurde er aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Belastungszeuge Krampis, der geschlagen und beleidigt sein sollte, erklärte, daß der auf der Anklagebank Stehende ihn nicht beleidigt oder geschlagen habe. Im Kontor der Firma Arnheim sei ihm der Name Gierh genannt worden. Da habe er geglaubt, daß er von Gierh geschlagen worden sei. Infolgedessen erklarte sich die Erhebung des vom Angeklagten angetretenen Alibibeweises. Auf die Vernehmung der Ehefrau des Angeklagten, die aus Dresden gekommen war, um für ihren Mann Zeugnis abzulegen, sowie des Gewerkschaftsbeamten Lambrecht wurde alsseitig verzichtet.

Der Anwalt beantragte Freisprechung.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld verlangte den Angeklagten nicht nur freizusprechen, sondern auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, ferner den Angeklagten für die unschuldig erklarte Untersuchungshaft eine Entschädigung zu gewahren und der Ehefrau, die aus Dresden nach Berlin gekommen war, Reisegeld und Zeugen-geldern anzuweisen. Die Erfüllung dieses Verlangens sei berechtigt, weil sich die völlige Unschuld des Angeklagten herausgestellt habe und er wenigstens insoweit entschädigt werden müsse, als dies nach dem Gesetz möglich sei.

Das Gericht folgte dem Antrage des Verteidigers, legte jedoch die Kosten des Verfahrens, der Verteidigung sowie der Entschädigung für erklarte Untersuchungshaft in erster Linie dem Zeugen Krampis, für den Nichtbeitragsfall der Staatskasse auf, da Krampis grob fahrlässig die Anzeige erstattet habe. Wie der Vorsitzende Richter Khisdorf bei der Urteilsbegründung ausführte, hatte Krampis bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärt, er könne beschwören, daß Gierh ihn mißhandelt habe.

Handelte nicht auch die Behörde grob fahrlässig, die die Verhaftung des Unschuldigen anordnete und sie dann bestätigte, ohne die Beweismittel des Angeklagten, der das ihm Angebotene bestritt und Alibibeweis antrat, zu erheben und ohne den Belastungszeugen mit dem Beschuldigten zu konfrontieren? Würden einige Duzend Male ebenso unschuldige Polizeipräsidenten und Staatsanwälte verhaftet, in Haft behalten und angeklagt — bald würde der Ruf nach gesehlichem Schutz gegen ungerechte Verhaftungen allgemein.

Darf ein Polizeihund „in berechtigter Ausübung eines Amtes“ beißen?

Das Reichsgericht hat am Montag diese Frage, so ungeheuerlich es scheint, im Gegensatz zu einem Urteil des Magdeburger Landgerichts bejaht. Von diesem Gericht war der Polizeigewaltamt Schuderer in Kalbe a. S. am 4. September wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. In Kalbe dürfen die Polizeibeamten Polizeihunde benutzen, die sie selbst abzurichten und zu füttern haben. Besondere Vorschriften über die Verwendung der Tiere bestehen nicht. Einem Abends nach 10 Uhr fuhr der frühere Polizeigewaltamt T. auf dem Wege ohne Laterne. Der Angeklagte rief ihm zweimal vergeblich Halt zu und veranlaßte dann seinen Polizeihund, den Kader zu stellen. Das Tier packte T. zunächst am Lebergürtel und biß ihn zweimal ins Bein, wodurch er zum Sturz kam. Nach der Ansicht des Landgerichts hat der Angeklagte vielleicht nicht die Absicht gehabt, dem T. Verletzungen zuzubringen, aber soviel sei, so ließ es weiter, ohne Bedenken festzustellen, daß er fahrlässig gehandelt habe. Dahingehelt könne bleiben, ob es angebracht und zulässig sei, wegen einer geringfügigen Uebertretung einen Polizeihund auf einen Menschen loszulassen; auf jeden Fall aber habe der Angeklagte unvorsichtig gehandelt, indem er dem Hunde die Möglichkeit gewährte, den Kader zu beißen und umzuwerfen. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Dem Angeklagten, so führte er aus, war es gestattet, einen Hund im Dienste zu verwenden. Besondere Vorschriften hierüber bestanden nicht. Der Angeklagte hatte die Pflicht, strafbare Handlungen festzustellen und etwaiges Unglück zu verhüten. Fluchtverdacht lag vor. Auf Erfüllung seiner Dienstpflichten mußte der Angeklagte verzichten, wenn man dem Urteile folgen will; er mußte dann dem Kader davonfahren lassen. Mit Recht sagt die Revision, daß einem Beamten, der sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befindet, die Mittel zur Verfügung stehen müssen, seine Pflichten zu erfüllen. Wie hätte es der Angeklagte anders machen sollen? Der Hund konnte den Kader nicht anders anhalten, indem er ihn packte, was zur Folge haben mußte, daß der Kader stürzte. Das Urteil läßt nicht erkennen, ob die Strafkammer sich darüber klar war, daß der Angeklagte sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befand. — Das Reichsgericht folgte diesen Vorlegungen, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Sind die Ausführungen des Reichsanwalts zutreffend, so mißachtet das Gesetz die Unverletzlichkeit des Menschen aufs tiefste und ist abgrundtief respektvoll vor einem Hund. Ist der vom Reichsanwalt vorgetragene, vom Reichsgericht gebilligte Rechtsfuß dem Gesetz entsprechend, so wäre ja gar der Polizeibeamte auch straflos gewesen, wenn er den Kader angeschossen oder wenn sein Hundwisch den Kader zerrissen hätte. Das Reichsgericht übertrumpft das Kammergericht. Dies hat bekanntlich in Strafprozessen die Majestät des Schupmanns als obersten Staatsrechtsfuß für Brechen anerkannt. Das in Leipzig thronende Gericht plädiert für die Majestät des Hundes. Möchte doch solch Polizeihund den Herren „in Ausübung eines polizeilichen Amtes“ zwischen die Beine fahren, vielleicht befehlen sie sich dann zu einer besseren Ansicht, oder sollten sie gerade dann auf den Hund kommen?

Aufgehobenes Todesurteil.

Vom Schwurgericht Erfurt ist am 10. Oktober der Maßbäcker August Lud wegen Mordes und schweren Diebstahls zum Tode und zu Zuchthausstrafe verurteilt worden. Er soll in der Gehrmer Str. am 6. September den Postausseher Walter ermordet haben. Die Revision des Angeklagten kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Sie wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Infolge eines Versehens ist bei der Prozeßstellung das Wort „vorsätzlich“ weggelassen und die Geschworenen haben demnach den Angeklagten weder des Mordes noch des Todschlages für schuldig befunden. Eine Verurteilung wegen Mordes ist vom Gericht, das die fehlerhafte Prozeßstellung übersehen hat, trotzdem erfolgt. — Das Reichsgericht hob das Todesurteil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht zurück.

Ein geistlicher Dieb.

Das Schöffengericht Anna i. W. verurteilte den Leutnant a. D. Graf Otto v. Söllingerbach wegen Diebstahls in vier Fällen zu 300 M. Geldstrafe. Er hatte eine Reihe von Personen, denen er durch seinen Titel und seine Stellung als Reserveoffizier imponierte, um Darlehen unter Schwundelzeichen über eine zu erwartende Erbschaft mit Erfolg geprellt. In Wahrheit lag die Erbschaft im Monde.

Notizen.

— Vorträge. Oberleutnant Gröb wird seinen Vortrag über seine Durchquerung Afrikas im Automobil am Mittwoch im Wissenschaftlichen Theater der Maria zum letzten Male wiederholen. Am Montag kommender Woche wird Dr. A. Berger einen einmaligen Vortrag „In Africas Wildnissen als Forscher und Jäger“, illustriert durch farbige Lichtbilder, halten.

— Kunstchronik. In der Akademie der Künste am Pariser Platz findet vom 12. d. Ms. bis 6. Januar eine Sonderausstellung von Melchior Lechters großem Glasgemälde-Tripitikon für das neuerbaute Landesmuseum in Münster i. W. statt. Der Originalkarton, die Farbentwürfe und Studien zu dem Werke gelangen ebenfalls zur Ausstellung.

— Von Gädels „Beiträge“ erschienen soeben im Verlag von Alfred Kröner in Leipzig das 241. bis 250. Band.

— Herr Vode an der Arbeit. Herr Vode hat sehr viel Arbeit mit der Flora; bald muß er Kritik schreiben, bald Interviews geben, bald Informationen austreten. Und doch ist die ganze Prognose unsonst. Kein Fachmann von Namen, kein Künstler, auf die er sich doch neuerdings besonders gern beruft, tritt für ihn ein. Niemand will mit ihm die Ehre teilen, für diesen Leonardo sich zu blamieren. Aber tätig ist der Generaldirektor. Jetzt hat er gar — Nachrungen des alten Lucas angefertigt. Geld was helfen mag; dies Argumens, daß die Florabüste unmöglich von dem Manne stammen kann, der diese Nachrungen gemacht hat, ist so gut wie die übrigen „Beweise“ des Herrn Vode.

— Ein Autor, der gegen seine Aufführung protestiert. Thomas Mann und der Verlag S. Fischer protestieren gegen die von der Akademischen Bühne angeforderte Vorstellung von „Giorenza“ und wollen die Aufführung verboten lassen. Sie erklären: Nachdem die Vertreter der Akademischen Bühne länger als ein Jahr über die Angelegenheit, die seinerzeit lediglich den Gegenstand vorbereitender Verhandlungen gebildet hatte, geschwiegen hatten, traten sie vor etwa zehn Tagen ganz überraschend mit der Ankündigung der Aufführung hervor, zu einer Zeit, als der Autor sich nach anderer Seite längst gebunden fühlte.

Die Akademische Bühne scheint daher vom Vech heimgeleitet zu sein. Uebrigens ist sie gänzlich überflüssig.

— Revolutions-Kuriositäten. Eine Sammlung von Gegenständen aus der Zeit der Französischen Revolution ist in der vergangenen Woche in Paris versteigert worden. In ihr gehörte auch die von und schon erwähnte Guillotine. Sie wurde um 921 Fr. verkauft. Den höchsten Preis, 21 000 Fr., erzielte eine Pendeluhr aus dem Besitz der Marie Antoinette. Eine nach der Natur geformte Waale Mirabeaus wurde mit 1000 Fr. bezahlt, ebenso ein Ring mit einer Kapsel, die angeblich einige Haare Ludwigs XVI. enthält. Ein geschmiedetes Pantenil, das Rousseau benutzt hat, wurde für 410 Fr. erworben, ein Schlüssel der Bastille für 35, eine Quader aus dieser Festung für 27 Fr., eine Deputiertenkappe für 100 Fr., Patriotenpfeifen für 72, eine physische Waage für 140 Fr. usw.

hat. Das Operchen „Zusammens Geheimnis“ (sie raucht nämlich hinter dem Rücken des Gatten) ist ein Meisterstück im Hinblick auf Harmonie im Inhalt und Form; es übertrifft den Conversationsstil des feinkomischen musikalischen Lustspiels vollkommen und enthält durch vier lyrische Cantilenen, die zu dem Schluß gehören, das seit langer Zeit auf dem Theater gehört wurde. Die Aufführung hätte besser sein können.

Humor und Satire.

Zur Steuer der Wissenschaft.

Die neue Steuer, die man plant für Bibliotheksbesitzer, sie wird im preußischen Vaterland der Wissenschaft Weichfüßer.

Die Wissenschaft ist frei, daher bedarf sie der Ungänzung, daß sie kein Vöfswicht verleiht mit einer andern Meinung.

So gall's im grohen, und so sei's hinfort auch im geringen: Was Können! Was Talent! Was Fleiß! Hinf! Mac! muß du erschwingen!

Im preußischen Staate sind verwehrt dem Hauken alle Raufen, und auch die Wissenschaft gehört nur dem, der sie kann kaufen.

Frank.

— Der Anwalt mit den zwei Seelen. Vor einem Bezugsgericht in Nieder-Oesterreich ist es vorgekommen, daß ein Anwalt in zwei hintereinander folgenden Prozessen erst für und dann gegen die gleiche Dame eintrat, deren prinzipielle Glaubwürdigkeit er im ersten Prozeß energisch verfocht, im zweiten ebenso energisch und groß bestritt. Der Richter hielt das für eine „unzulässige“ Doppelvertretung. Mit Unrecht! Hier ist der Weg gemeien zu einer wohlthätigen Vereinfachung unseres Gerichts wesens. In Zukunft wird vielleicht auch beide Parteien eines und desselben Prozeßes der gleiche Anwalt vertreten, was die Kosten bedeutend verringert. Und wenn sich die Sache weiter entwickelt, so kann einmal in Kriminalfällen ein Rechtsgelehrter als Staatsanwalt, Verteidiger, Gerichtspräsident, Sachverständiger, Zeuge, Obmann der Geschworenen — und im Notfalle vielleicht auch noch als Angeklagter fungieren!

— Bonner Vorurteile. Bonner Vorurteile: „Na, wir werden uns für die Suspendierung unseres Korps schon rächen, wenn wir in einiger Zeit Minister sein werden!“ (Jugend.)

Erscheint 2 mal
wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Die hier verzeichneten
Firmen empfehlen bei
Einkäufen Ihre Geschäfte.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 53, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrjährigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus
Gehr. Weber, Neue Königstr. 34.
Spandau, Pots-
damerstr. 231.

Lubascher, S.
Schöneberg, Colinde-
str. 9 am Ringbahn.
Weber, Herm., Danzigerstr. 741.
Widrich & Co., S., Eisenstr. 1778.
Kleine Anzahlg., bezahlb., Abzahlg.,
Möbel, Uhren, Gardinen usw.
Königsplatz
Weiler, Carl, Straße 13.
Zutmann & Co., W. 67 Colnstr. 10
Ecke Götterstr.
best. s. 1897, Mühl- u. stoffliche Wurz.

Alkoholfreie Getränke

Sinaleo (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick
NO, Landsberger Allee 0/7.
Ferial VII. 1905 und 1904.

Bäckereien, Konditoreien

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke.
Läden in allen Stadtteilen.
Herberg, Paul, Amsterdamerstr. 29.
Utrechtstr. 17, Burgdorferstr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei
in allen Stadtteilen und Götlichen
Vororten; über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban
Landbrotbäckerei, Nieder-
barnimstr. 3, Landstr. Allee 146.

Ulbrich
Charlottenburg,
30 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 69-61.
Diana-Bad, Köpenickerstr. 99.
Bad Invalidenstr. 16.
Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 174.
Münchener Bad, Münchenerstr. 51.
Neander-Bad, Neanderstr. 12.
Bad Petrusburgerstr. 64.
Prinzen-Bad, Prinzenstr. 49.
Victoria-Bad, Kaiser-Friedrichstr. 219.

Bandagen, Gummwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Meyer, P. H., Berlinerstr. 49-50.
Pfeiffmann, D., Neue Königstr. 30.
Tachsch, M., Fankow, Brotdorferstr. 20b.
Termin, 34.
Wende, A., Optik.

Wende, A.,
Zimmer, Rich., gr. Frkfr. Str. 112.

Beerdigungsanst. Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 147.
Jordan, E., Birkenstr. 19, Moab. 3196.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 37.
Rommack, C. H., Hermannstr. 22.
Stegmann, Josef, H., Nogatstr. 29.
Wegner, F. H., Elbestr. 31.

Beleucht.-Gegenstände

Böttner, A., Danzigerstr. 98.
Neueendor, O. P., H. d. Spar-Ver. Nord.
Schrammer, H., Rixdorf.
Stoß, M. H., Kaiser-Friedrichstr. 219.

Berufsbildung

Bohn, H., Inv.-Str. 143, Chausseest. 129.
Gardrobach, Nordtoren, Brunnenstr. 25.
Göge, A., Friedrichstraße, Berl.-St. 36.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Keller, Otto, Gerichtstraße 86.
Pahr, Wilh., Brunnenstr. 116.

Schlesinger, Hermann
N.W. Turmstraße 18 Die richtigen N.
K. Reinhold-Str. 48 Socha.
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem
Kottbuserdamm 84, Keller.

Schuch, M.
Rixdorf, Berlinerstr. 12.
Spandau, Havelstr. 11, Spandau
Brennölische Arbeiter- und
Berufsbildung, S. Lindemann.
Schöneberg, Hauptstr. 11.

Wacker, A.
Kottbuserdamm 88.
Eisenbrauereien, Blachdip.

Bergbrauerei
Feinstes Doppelhief
Tel. III. 1412.

Patzenhofer Brauerei
Die Patzenhofer Flaschenbiere
sind in allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei.
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin S., Dalldorf-Str. 5, T. 1980
Bier-Verlag, Gitschinerstr. 99.

BORUSSIA
Maibier.

Brauerei „Germania“
Aetion-Gesellschaft,
In ca. 100 eig. Ausschanklokale.
4/10 L. Bairisch 10 Pfg.,
1/2 L. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pfg.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Enders
Groterjans
Maibier.

Hempel, E., Mollerstr. 138/4.
Kablenberg, A., Mollerstr. 156/6.
Luisenbrauerei Weissensee.
Male- u. Weißbier-Brauerei Stern,
N. Friso-Allee 77, Tel.-A. Moabit, 2921.
Richter & Co., J. C. A., Weisbierbrauerei,
Berlin O 64, Tel. III, 1517.

Schlössbrauerei Schöneberg.
Schlössbräu - Kronenbräu
in Gebinden und Flaschen.

Spandauer-Brauerei
Westend.
Stauch, Christian, Weiß- u. Maibier-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885.
Strehlow & Co., Weißb., Gerichst. 45

Vereins-Brauerei
Rixdorf
Berliner Kindl.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle
Friedrichstr. 128, Tel. III, 2642.

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII. 2624.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.
Dänker, Otto, 11 Filialen.
Butterhandlung Fritz Muth.
Schulz, Arthur, H., Hermannstr. 22 u. 65.
Zu den drei Kronen, zahlr. Filialen.

Cacao, Chokolade
Beer, Gust., Mollerstr. 156.
Cylix, G., Filialen i. allen
Stadtteilen.
Seiffert, Erich, Filialen in Berlin
und Vororten.

Cigarrenhandlungen
Adelt, A. G., Mollerstr. 12.
Böckmann, J., Rixdorf,
Bergstr. 136/137.
Conrad, W. H., Hermannstr. 96.
Frel-Rauch, Ringbahnstr. 20 I, T. 124.
Gessle, Radolf, Fruchtstr. 56.
Henning, A. S., Camphausenstr. 13.
Kochorek, G., Kreuzberger-Str. 16-20.
Müller, Paul, Beusselstr. 23.
Priegant, Wilh., Hellenstr. 73.
Schämer, A., Invalidenstr. 3.
Schirmer, W., SW, Nostitzstr. 12.
T. A. G., Vilmersdorferstr. 25.
Teuber, Franz, Urbanstr. 25.
Weber, E. H., Hermannstr. 110.
Welters, Theod., Hohenstr. 23.

Damenkonfektion
Hugo Ahronfeld,
Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 22.
Essig, Heider, H., Hohenstr. 23.
Cohn, Geschw., Bergmannstr. 7.
Wilmersdorferstr. 27.
Ecke Ferialstr. 14.
Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Hirschowitz, Hermannstr. 24.
Kaiser-Friedrichstr. 119.

Link, Paul,
Rixdorf, Beuterstr. 65, a. d. Kaiser
Friedrichstr. Damen-Mantel-Fabr.

Paul Loewenthal
Rosenthaler Straße 16/17.
Schulz, Paul, H., Berlinerstr. 41.
Rixdorf, Bergstr. 42.
Wagner, P., Damenmäntel, Polzw.

Drogen u. Farben
Centr.-Drog., Spandau, Neumärkerstr. 3.
Gottschalk, Otto, Krautstr. 53a.
Gronefeld, U. H., Hermannstr. 144.
Hellas-Drogerie, Frankf. Allee 136.
Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 62.
Kenne, Carl, Brunnenstr. 39.
Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 49.
Hoges, Koppenerstr. 95, a. Schies. Bnf.
Richter, R., Reimickendorferstr. 119.
Schütz, Hugo, Mollerstr. 162a.
Photogr. Bed.-Art., Hyg., Gummilw.
Schwedenerstr. 1.
Schwedenstr. 120.
Edmund Buchloh, Seldinerstr. 29.
Liesegang-Smit, Kränkelstr. 7, H. 2638.

Eisen- u. Stahlw., Waffen
Ain, O. H., Kaiser-Friedrichstr. 6.
Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.
Rixdorf, Bergstr. 32.
Knichase, A., Skatitzstr. 46 H.
Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1.
Linde, P., Rixdorf, Friedenstr. 23/26.
Paschke, Max, H., Berlinerstr. 82.
Röhmann, F., Müllerstr. 40b, E. Seest.
Schlüder, G. H., Hermannstr. 20/20.
Sellach, Th. H., Hermannstr. 48.
Moabit, Turmstr. 38.
Wurmsee, Max, Nacht, Invalidenstr. 2.

Fahrräd., Nähmaschinen
Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.
Boeing, E., Kottbusstr. 18.
Daeßlich, P. H., Kottbuserdamm 77.
Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 19.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Brunnenstr. 25, Kottbusstr. 9.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.
Hansberg, Willy, Alte Jacobstr. 25.
Katalog umsonst.
Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.
Helmrich, E., Müllerstr. 13.
Höppe, Lothringenstr. 40.
Stegitz, Schenstr. 116.
Köpenickerstr. 47a.
Lindenstr. 2.
Loepold & Schulz, Danzigerstr. 29.
Rixdorf,
Liersch, F., Kaiser-Friedr.-Str. 47.
Pohle, Reinb., Schönbg., Hauptstr. 105.
Röpke, G. H., Hohenollerplatz 15.
Fahrrad-Reisler von Rund um Berlin

Solidaria-Mitglieder-Händlerpreise.
Wilmersdorferstr. 2, I, Kels Laden.
Schönhorn, Willy, Charing., Schlotz-5.
Färberelen, Wäschereien

Carl Pollnow,
Frankfurter Allee 63.
20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei
Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th.
Osw. Naefe
Ärbererei
chem. Wäscherei

Fbr. Britz, Rüdowstr. 34
Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161
Bzd. Kals. Fdr.-Str. 104/248
Friedelstr. 24.
Steinmetzstr. 43.
Löhnerstr. 23.
Hn. Lausitzerplatz 8.
Warschauerstr. 8.
Schivelbeinerstr. 59.
Bismarckstr. 36.
Kastanienallee 27.
Bernhardtstr. 19.
Bernauerstr. 26.
Goltstr. 12.
Akarlenstr. 8.
Hauptstr. 108.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte
in Nord-Berlin.

Fischhandlungen
Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 57,
Kottbusstr. 29.

Fleischereien u. Würstw.
Blesold, K. H., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken
kaufen Sie am besten u. billigsten bei
Anton Fehlau,
Gonthardstr., Stadtbahnhofen Ecke
Königsgr. Andreasstr. 47, Lands-
bergerstr. 98, Königsbergerstr. 8,
Landstr. Allee 39, Rixd., Bergstr. 16.

Hassenstein, A. O., Badstr. 12.
Emdenerstr. 2,
Turmstr. 67.

Wühle, Gust., Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.
Becker, W., Wilmersdorferstr. 157, I.
Geisack, Frd., Alt-Moabit 107, Edison.
Helmrich, E., Mollerstr. 13.
Lothringenstr. 40.
Stegitz, Schenstr. 116.
Rixdorf,
Hoyer, A., Bergstr. 162 I.

Jahre, M., Brunnenstraße 117,
Weberstr. 64, Teilzahl. gestattet.

Phonographen-Katz
größtes Spezialhaus.
Pletsch, Hugo, Mollerstr. 165,
Spezialgesch.
Röper, Carl, Petersb.-Str. 2 u. 4, Frkfr. Allee

Rund um Berlin
Wilmersdorferstr. 2.

Wandelt, Teilzahlung gestattet
Haus- u. Küchengeräte
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Kamnick, Louise, Gsa, Fennelstr. 10.
Küchen-Schreier, Dalldorfstr. 19.
Lohmert, Emil, Brunnenstr. 178.
Palme, H., Frankf. Chaussee 61 d.
Rohrkämper P. Nachf., Frk. Allee 13.
Sandow, Rod., Wilmersdorfer Str. 120.
Lampen.
Rixdorf,
Schreier, Ad., Bergstr. 145.
Wurmsee, Max, Nacht, Invalidenstr. 2.

Herren-Artikel
Bauer-Brünnen, Brunnenstr. 66.
Brocks, J., Mollerstr. 129. 3/4, Bab.
Brückner, Rich., Frankf. Allee 34.
Frkfr. Allee 19, Petersb.
König, Otto, Str. 69, Weisbacher Str. 23.
Krause, Wilh., H., Hermannstr. 171.
Littauer, F., Frankf. Allee Nr. 184.
Rosenhalerstr. 9.
Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 120.
Ruben, Oscar, Brunnenstr. 63.
Turmstr. 59.
Schlesinger, Rixdickendorferstr. 41.
Wienenerstr. 14 B.
Admiralstr. 50.
Zallo, Louis, Oranienstr. 191.
Zirker, Max, Stettinerstr. 2.

Horren- u. Knabendard.
Amerikanische Verkaufshallen,
Frankf. Allee 188, Rosenthalerstr. 63.
Bergmann, E., Turmstr. 43.
Hier, Julius, Brunnenstr. 146.

Blitz!
nur
Goltstr. 26.
Bohn, R., Inv.-Str. 134, Chausseest. 129.
st. streng reell und billig.
Gardrobach, Nordtoren, Brunnenstr. 25.
Haber, S., Invalidenstr. 112.
Horr.-Beleuchtung, Brunnenstr. 73, H. 69.
Hirsch, J., Hochmeisterstr. 22.
Leske & Stoppelk., Schönbg. Allee 706.
Hauptstr. 1, I.
kein Laden, daher
bill. Preise, Teilzahlung gestattet.
Mahlke, J., Ficklerstr. 1.
Ost, W., Frankf. Allee 117, a. Maß.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.

Ringel
Sie kaufen reell auch nach
Maß, H. Chausseest. 21.

Rosner, Max, Schneidemeister,
Rixd., Bergstr. 90/21.
Lager fertig und nach Maß.
Saiberg, H., Badstr. 55, fert. u. a. Maß.
Solomon, Jul., Brunnenstr. 24.

Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
Siesinger, H., Hof- u. Klempnerstr. 43.

Sie kaufen reell auch nach Maß.
Turmstr. 28 u. Reimickendorferstr. 48.
Schlöss, Allee 184.
Werner, Erich, Am Schönbg. Tor.

Hüte, Mützen u. Pelzw.
Bauer-Brünnen, Brunnenstr. 60.
Beilke, Rud., Chausseest. 66.
Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 129.
Cohn, Simon, Goltstr. 22.
Frentzel, Albert, Rixdorf, Fern-Str. 229.
Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Haase, Rich., Kastanien-Allee 26.
Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 194.
Friedrichshain 25
(Königsstr.)
Müllerstr. 174.
Franz, Allee 219.
Littauer, Fritz, Frankf. Allee 184.
Schönhorn, Willy, Charing., Schlotz-5.
Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 109.
Prkt.
Mandel's Hutfabrik, Prkt.
Classen, 3.
Nord-Ost, Gr. Frankf.-Str. 120.
Papst, E., O. 17, Gr. Frankf. Str. 128.
Partal, A., Frankf. Allee 149.
Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.
Badstr. 64.
Rieck, Em., Gerichtstr. 62.
Ring, A., Rosenthaler Straße 19.
Turmstr. 55
Reimickendorferstr. 48.
Schoer, Herm., Wilmersd. Str. 46.
Kottbusstr.
Wester, E., Damm 18/19.

Kaufhäuser
Falkenstein, Paul, Hochstädter-
Straße 1.
Emil Hoegner
Schöneberg
Grünwaldstr., Ecke Alleenstr.
Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Siegfried Hirschfeld, Habesburgerstr. 7
Ecke Hohenstaufenstr.
Täglich Eingang von Partien zu
enorm billigen Preisen.

Kaufhaus
Gustav Pinkus
Müllerstr. 165a,
streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus
Gebr. Preuß
Berl. NW, Beussel-Ecke Huttenstr.
Beste Bezugsquelle für sämtl. Manu-
fakturg. Spez. Damenkonfektion.
Streng reelle Bedien. Liefer. stund. Sperr.

Nelson, Bernh., Amsterdamerstr. 16.
Lichtenberg.
Wilde, J., Frankf. Chaussee 148.

Kohlen, Koks, Briquettes
Prinzen Allee 71.
Gerichtstr. 79.
Gormannstr. 6.
Gartenstr. 92.
Kohlenbrenn.,
Wedding.
Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding.

Kolonialwaren
Barz, Wilh., NO, Weberstr. 3.
Alexander Bischoff.
Gruse, O. H., Bergstr. 101.
Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 6
Rixdorf,
Bergstr. 25/26,
Kais.-Friedr.-St. 242.

Hentschel, Otto, Romintenerstr. 23.
Horn, Otto, Hl., Kais.-Friedr.-Str. 220.
Kelm, Max, Köpenickerstr. 21.
Korke, Willy, Hakenower Str. 34.
Klabes, Ernst, Boch., Gärtnerstr. 24.
Turmstr. 74.
Oldenb. Str. 15.
Utrechtstr. 23.
Maxstr. 15a.
Kolonierstr. 54.
Schwedenstr. 1a.
Mariens, Franz, V. Wismarplatz 1.
5 Geschäfte
in Nord-Berlin.
Falkensteinstr. 7.
Skatitzstr. 73.
Pastorino, Gehr., Weißensee.
Pflots, Louis, Brunnenstr. 147.
Rango, Otto, H., Hermannstr. 53.
Scheffel, Christian, Warschauerstr. 68.
Scheffler, Carl, Badstr. 18.
Schirmacher, R., Andreasstr. 61.
Schlesinger, Emil, Huttenstr. 7.
Schmidt, H., Manteuffelstr. 109.
Sprotte, Ewald, Köpenickerstr. 7.
Wilke G. H., Badest. 29, Eck. Jonasstr.

Krankenanbedarfsartikel
Fischer, Wilh., v. Schwend, St. 116.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Manufakturwaren
Turmstr. 59.
Modohaus.
Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Grünberg Nachf. M., Modewarenhaus.
Hoffmann, M. Ernst, Beusselstr. 27.
Götterstr. 11.
Weg 45.

Böhlhandlungen
Adler, M., Kolonialw., Frkt. Allee 67.
Bethke, Georg, Modohaus,
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 44.
Tropfow, Grätz-Straße 54.
Bordach G. H., Kais.-Friedr.-St. 29.
Doornmann, A., Warschauerstr. 76.
5 Geschäfte
in Nord-Berlin.
Friedländer, V., Frankf. Allee 72.
Gaege, Otto, Charlotten-
burg,
Frankf. Allee 184.
Neue Schönbg. Str. 44.
Heerma, H. H., Hermannstr. 172.
Rixdorf,
Bergstr. 25/26,
Kais.-Friedr.-St. 214.
Künzel, S. A., Manteuffelstr. 94.
Andreasstr. 4.
Kottb. Damm 66.
Marinierenstr. 14.
Markth. Marheinekestr.
Markth. Dorotheenstr.
Schickman, Georg, Frankf. Allee 183.
Schirmacher, R., Andreasstr. 61.
Stoekhammer, F. E., Sparrstr. 17.
Rixd., Bergstr. 17.
Hohenollerplatz 5.
Wienecke, O.,
Wolf, Max, Brunnenstr. 13.

Möbelmagazine
Balla, Georg, Götterstr. 2.
Bauer, R., Landsberger Str. 51a.
Baumgarten, W., gr. Frkfr. Str. 29.
Berliner Möbelmagazin, Allee 119 a.
Möbelhalle „Herden“, Invalidenstr. 118.
Heuch, Spandau, Schönwalderstr. 11.
Boile's Möbelmagazin, N. Gartenstr. 95.
Boile's Fabrikp. - koul. Zahlungsbed.
Bohmann, Carl, H., Eddinstr. 61.
Buchholz, Paul, Stromstr. 43.
St. Frankfurter Str. 58.
Cohn, E., Kaiser-Friedr.-Str. 47.
Zossenerstr. 22
a. Marheinekeplatz.
Geppert, Paul, Alexander-
straße 42.
Gorbahn, Landsbergerstraße 82,
kein Laden, ev. Teils.
Höhlhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Ellaeser-
straße 29.
Hönnicke, Otto, Turmstr. 133.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Turmstr. 45,
Möbelmagazin.
König, A. H., Berlinerstr. 192.
Küchenmöbel, Hl., Berlinerstr. 90.
Lachetzki, L. H., Hermannstr. 15.
Lazarus, H., Petersburgerstr. 62.
Lothringenstr. 85,
Möbelmagazin.
Lennert, Hans, Möbelmagazin.
Lüddicke, R. H., Bergstr. 4.

Milch
Siegmund,
Wilmersdorferstr. 16,
auch Teilzahlg.

Möbel-Gelegenheitskäufe!
Wirtschafte aller Preislagen
Willy Hasemanns Möbel-Haus
Grünwaldstr. 27

Möbel-Kaufhaus, Norden, H. H. W.
Möbel-Krause Möbel
Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.
Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-
Allee 37.
Möbel, Rudolph, Ackerstr. 130.
Nagott, H., Richardplatz 8, Alt. Neu.

J. Ostrowski jr.
Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor
Möbel Spiegel Polsterwaren
gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gehr., Langestr. 2,
Stralauerstr. 22.
Prähling, Ludw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Buttmanstr. 30, Gelegen-
heitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
Rettig, Fr. M., Fannstr. 44.

Schmidt, Otto, Möbelfabrik,
Gartenstr. 52.
Stebke, W., Gneisenstraße 18,
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Neue-Königstr. 29.
Goleg.-Klufe 2.
Bar- u. Teilzahlg.

Stoys, Bernh., N 20, Prinzen-Allee 39.
Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.
Weiland, Ernst, Swinemünder
Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.
Gr. Frkt. Str. 64,
auch Teilzahlung.
Zieren, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47

Molkereien
„Schweizerhof“,
Meierei und Milchkuranstalt, Befort
Vollmilch u. Kindermilch a. jed. Tages-
zeit frei Haus zu d. bill. Preisen.
Zirkis 160 Verkaufswagen.

Musikinstrumente
Grunow, A., Frankfurter Allee 150.
Kint, Rich., Brunnenstr. 45.
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 59.
Schönke, Otto, H., Richardstr. 115.
Frk. Allee 79 b.
Schulz, Putschmann & Co., Brunnenstr. 26.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 28.
Göhre, R. H., Berlinerstr. 59 I.
Hl., Berlinerstr. 84,
Hermannstr. 59/60.

Optiker
Dase, Paul, N. Mollerstr. 174.
Hochhaus, O. H., Berlinerstr. 32.
Schubert, Carl, H., Bergstr. 148.
Werner, Herm., Pappel-Allee 3-4.

Papier- u. Schreibwaren
Seldier, Louis, Hl., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren
Bless, Paul, Hermannstr. 161
am Bahnhof.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1.
Spezialität: Putz.
Hannach, Geschw., Bergstr. 23.
Klar, H., Reichelg. Str. 139, Spz. Putz.
Kaufhaus f. Damenputz.

Adolf Cohn jr.
Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

Modohaus
Wilhelm Metzner
Große Frankfurterstraße 92
Spezialhaus für Damenhüte.
Schock, F., Spandau, Potsdamstr. 20.
Weis, Emma, Rixdorf, Bergstr. 132.

Dem Genossen
Karl Hilsch nebst Frau
qualifizieren zur Silberhochzeit
Die Genossen des Wahl-
bezirks 349, Teil 1.

Am Donnerstag, den 2. De-
zember, verstarb nach langem
schweren Leiden unser lang-
jähriger, guter Freund, der
Drechslermeister
Hugo Meinhardt
Friedenstraße 97.
Die Beerdigung fand am
6. d. Mts. auf dem Zentral-
Friedhof in Potsd. statt.
Wir werden ihm stets ein
ehrendes Andenken bewahren.
Im Auftrag der Verwandten
Otto Schulze.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die Kranzsenden bei der Beerdigung
meines innig geliebten Mannes
Hermann Jacob
sage ich allen Freunden und Kollegen,
der Firma Bergmann sowie dem
Kollernverein „Bild-West“ meinen
innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
nebst Eltern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 5. Dezember verstarb unser
Mitglied, des Zigarrenfabrikant
Karl Balke
Waiduferstr. 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 9. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof der Böhmischen Gemeinde,
Berliner Straße, 233/5
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Adolf Breitmann
am 4. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 8. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes
in Wilhelmshagen aus statt.
93/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Vorband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Dreher
Otto Hoffmann
gestorben ist.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Karl Tesche
am 4. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Altdorfer Kirch-
hofes am Mariendorfer Weg aus
statt. 126/19

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Adolf Schilling.
am 4. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Dezember,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Fried-
hofes in Friedenau, Stubenrauch-
straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
senden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters,
Bruders und Schwagers
Heinrich Simon
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der M. G. B. Abt. G. 2,
dem Deutschen Metallarbeiter-Verband
sowie dem Wahlverein des VI. Arronds
unseren besten Dank.
Witwe Auguste Simon nebst Sohn.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Arbeiter
Karl Tesche
(S. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des neuen Altdorfer Friedhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Jugendchriften
sind in reichster Auswahl nach dem
Verzeichnis
des Bildungs-Ausschusses
zu haben in der
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
(Gaden).
Getragene eleg. Damengarderobe
speziell billig, Reichenbergerstr. 104, pl.

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Geschäft: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schürze etc.
von einfachsten bis zum hoch-
eleganteren Genre zu außerord-
nentlich niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10
bis 12 Stunden.

Ich kaufe ein

Westmann'schen Konfektionshause
I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Eckhaus,
2. Haus von der Jerusalemstraße,
II. Geschäft: Berlin NO., Große Frankfurterstr. 115,
kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstr.

meine Mäntel und Kostüme!
Jetzt teil-
weise bis **65% Preisermässigung**

Plüschjackets früher bis M. 25.- bis 40.-
jetzt teilw. nur „ 10.-, nur 15.-
früher bis M. 30.- bis 50.- bis 110.-
jetzt teilw. nur „ 25.-, nur 30.-, nur 45.-

Plüschmäntel früher bis M. 30.- bis 120.-
jetzt teilw. nur „ 28.-, nur 42.-
früher bis M. 30.- bis 250.-
jetzt teilw. nur „ 59.-, nur 85.-

Persianerjackets jetzt M. 300, 500 bis 1000
früher Preis bedeut. höher

Pelzjackets v. 4.- Kostüme in Tuch- u. Fantasie-
stoffen v. M. 14.- an

Röcke, als Geschenk passend **M. 4.50.**
früher bis 15 M., jetzt

Jedem Käufer gratis: 2 1/2 Mtr. Stoff
sogar schon bei Einkauf von 12 M. an

Modelle teilweise für ein Drittel des früheren Preises.



Jeder, der uns besucht,
Kaufzwang ausgeschlossen,
erhält heute Mittwoch und
morgen Donnerstag einen
schönen Wandkalender pro 1910
ganz umsonst.
Kindern allein ist der
Zutritt nicht gestattet

**Eine
Ueberraschung
nach der anderen**

bietet dem verehrten Publikum das jüngst
in ganz grossem Stille neu eröffnete

Kaufhaus auf Kredit
„Für alle Welt“
Schöneberg :: Hauptstr. 19
direkt am Kaiser-Wilhelmplatz :: dem alten Rathhaus gegenüber

Die unbedingt beste Einkaufsquelle
am KREDIT ist dieses Geschäft.

Jeder, ob ledig, ob verheiratet, ob Dame oder Herr, erhält
KREDIT unter allerbequemster Abzahlungsart.
Zivile Preise, kulanteste Bedienung, grösste Auswahl
in allen führenden Artikeln, wie:

Damen-, Herren- u. Kindergarderoben
Pelzstolzen und Muffen, Teppiche, Gardinen
Stoppdecken, Manufakturwaren u. dgl. mehr

Möbel in allen Holzarten
Luxus-Möbel, wie Rauchtische, Paneel-
bretter, Etagären, Haus-Apotheken usw.
Dazu hat jeder Käufer ein Anrecht an die

**GRATIS-
Weihnachtsbescherung**

in Gestalt nützlicher Gebrauchs- oder Schmuck-
gegenstände für den Haushalt und für die
liebe Jugend die reizenden Spielwaren. Man
muss eben alles sehen, um es zu glauben

Werden Sie sofort Kunde unseres Kredit-Hauses
und sammeln Sie dann in möglichst grosser An-
zahl die Annoncen des Kredit-Hauses „Für alle
Welt“, ganz gleich aus welcher Zeitung, und
ob es immer dieselbe ist. Sie werden über die
später erzielende Aufklärung mehr als erstaunt
sein und sich ärgern, wenn Sie etwa diesen
wohlgemeinten Rat nicht befolgt
haben. Mehr sagen wir vorläufig **nicht.**



Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 9. Dezember 1909:
Mitglieder-Versammlungen
der Branchen und Bezirke.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Südwesten um 5 1/2 Uhr in Thiems Festsälen, Blücherstr. 61.
(1. Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Wape vom
Hauptvorstand über: „Sind die Gewerkschaften den Arbeitgeber-
organisationen gewachsen?“)

Süden um 6 1/2 Uhr im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.

Südosten I um 6 1/2 Uhr in den Nannys-Festsälen, Nannystr. 6.

Südosten II um 6 1/2 Uhr im Reichenberger Hof, Reichen-
berger Straße 117.

Osten I um 6 1/2 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Osten II u. III um 6 1/2 Uhr in den Prachtsälen des Ostens,
Frankfurter Allee 151/153.

Oestliche Vororte um 6 1/2 Uhr bei Arnold („Schwarzer
Adler“), Frankfurter Chaussee 5/6.

Nordosten um 6 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17.

Norden (Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt)
um 6 1/2 Uhr bei Obiglio, Schwedter Straße 23.

Wedding und Moabit um 8 Uhr bei Kusarowski,
Ravensstr. 6.

Bautischler.

Bez. 1 um 6 1/2 Uhr bei Raabe, Fichtestr. 29.

Bez. 2 um 6 1/2 Uhr bei Zlotz, Darschauer Str. 61.

Bez. 3 um 6 1/2 Uhr bei Glesche, Kopenhagener Str. 74.

Bez. 4 um 6 1/2 Uhr bei Raabe, Kolberger Straße 23.

Maschinenarbeiter
um 8 1/2 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Polierer und Magazinarbeiter
Südosten und Südwesten um 6 1/2 Uhr im Märkischen Hof,
Admiralstr. 18a.

Osten um 6 1/2 Uhr im Industriepalast, Gr. Frankfurter Str. 137.

Norden um 6 1/2 Uhr bei Kramer, Gussitenstr. 40.

Klavierarbeiter
um 8 1/2 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Stellmacher
um 6 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.

Einsetzer
um 7 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
(Die Kollegen werden gebeten ihre Karte mitzubringen.)

Stockarbeiter
um 5 1/2 Uhr bei Bercht, Ritterstr. 75.

Modelltischler
um 8 Uhr bei Wilke, Brunnenstr. 188.

Kisten- und Koffermacher
um 8 1/2 Uhr bei Borgmann, Andreasstr. 21.

Bodenleger
um 5 Uhr im Volkshaus in Charlottenburg, Köpenicker Str. 2.

Rahmenmacher
um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Vergolder
um 8 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Die Kollegen von Reumann u. Gernig und August Werkmeister
sind hierzu besonders eingeladen.

Kammacher
um 8 1/2 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter
um 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15,
Eingang B portiere (Arbeitslokal).

Bürstenmacher
bei Freuß (Hilfsverein-Ausschuss), Holzmarktstr. 65.

**Drechsler, Treppengeländer- und
Luxusmöbelbranche**
um 8 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstraße 17.

Montag, den 13. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
General-Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsverhältnisse Berlin. Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1909. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1907.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15 (Eingang 4):

Mitgliederversammlung

der Klemperer.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung. 2. Besondere Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. In Anbetracht der besonders wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Gesundbrunnen.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Besale des Herrn Franke, Bahnhofsstr. 10. Tages-Ordnung:

Sind die Agrarier die einzigen Lebensmittelverkäufer? Referent: Genosse Eduard Bernstein.

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Am Donnerstag, den 9. Dezember, beim Kollegen Ritter, Densfeldestr. 22.
- 2. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Kramer, Duxstraße 40.
- 3. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Schmidt, Wittenberger Str. 16.
- 4. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Sieh, Warschauer Str. 61.
- 5. Am Donnerstag, den 9. Dezember, beim Kollegen Wiemers, Säulenstr. 58.
- 6. Am Freitag, den 10. Dezember, beim Kollegen Rüdiger, Dragonerstr. 12.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Markt, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Prack-Verleih-Institut

Friedrichstr. 115/1, a. Oranienplatz. Tel. 150. Cafe 1,00, Wäsche 50 Pf.

Bärenfelle

Sind nicht schöner als meine Selbstgehandelt felle. Aus echt mit Schwanz „Göttinger“. Örtlich feine Gänsefüße 7 1/2. St. Richtige Vorlagen 650 bis 1200 cm lang. Gern gereinigt, geräuchert, gegen Wunden geschützt, blendend weiß, glänzend, dunkelgrau. Verschickung frei. Fußläder, Schlittenbeden u. v. a.

Fr. Heuer, Rethem (Westf.) 47. Gegründet 1880. Beste Seide u. Gerberei. Potsdamstr. Nr. 2022, 1. Amt Hannover.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1909, finden per Urabstimmung die

Delegierten-Wahlen zum Preussentag

in folgenden Lokalen statt:

- P. Hoffmann, Oppelner Str. 47
- P. Vitzin, Memeler Str. 67
- P. Zaaser, Lankener Str. 25
- N. Arndt, Palisadenstr. 52

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum September dieses Jahres seine Beiträge entrichtet hat.

Die Wahlzeit beginnt 10 Uhr vormittags und endet 1 Uhr nachmittags. Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde Berlin

Eingetr. Verein. Gegen die Wahl des Kassensboten Herrn Käder zum Friedhofs- und Kassensort hat der Vorstand auf Grund der §§ 12 und 15 Einspruch erhoben und beauftragt zu

Freitag, den 10. Dezember 1909, abends 8 1/2 Uhr pünktlich eine

Beschließende Gemeinde-Versammlung

zu Freyer, Koppenstr. 29. Tages-Ordnung:

1. Endgültige Beschlussfassung über die Wahl des Friedhofs- und Kassensortes.
2. Verschiedenes.

Mitgliedskarte ist vorzubringen. Der Vorstand.

Nordhäuser Raufabak

VON

Grimm & Triepel, Nordhausen.

Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.

Achtung! Achtung!

Fries für dicke Portieren

in allen gangbaren Farben.

Breite 130 cm 160 cm

Preis 2,00—3,50 3,00—4,25 p. Mtr.

Muster-Kollektion franko!

Fortigo Fries-Fenstermäntel

in all. Farb. 2,25, 3,75, 4,85, 6,75 M.

Teppich-Haus Emil Lefèvre, Berlin Oranienstr. 158.

Weihnachts-Extralist

Sonder-Angebote ist erschienen.

Brillanten

als Spezialität außergewöhnlich billig.

Max Brinner, Jerusalemstr. 42.

Der Ruf der Firma (gegründet 1863) bürgt für strengste Reellität.

Ringe 14k. m. 1 Br. v. 9 M. an

Ohringe 14 - 2 - 10

Brasche 14 - 1 - 20

Herrn-Nadeln 14 - 1 - 13

usw. bis zum feinsten Genre.

Gegründet 1864



Pelzwaren.

Engros-Export.

S. Schlesinger, Neue Königstr. 21 (Ordnungsbaus) Kein Laden! II. Etage.

Einzelverkauf

wie alljährlich zu billigsten Preisen

Pelz-Stolas Muffen Eislaufbaretts.

Sonntags geöffnet.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche **Versand-Abteilung: Leipziger Strasse** Versand nach ausserhalb erfolgt prompt **Soweit Vorrat**

Besonders preiswerte Lebensmittel

Fleisch- u. Wurstwaren		Stangenspargel mittelstark		Fisch- u. Räucherwaren	
la Cervelat- u. Salami Pfd. 1 ¹⁵	1 ¹⁵	Prima-Bruchspargel 1 ⁰⁵	58 Pf.	Sardinen in Öl 30, 43, 53, 63, 70 Pf.	
Schinkenwurst hochfein Pfd. 1 ²⁰	1 ²⁰	Kaiserschoten 1 ⁰⁵	58 Pf.	Bismarck-u. Bratheringe Dose 42 Pf.	
Feine Leberwurst Pfd. 1 ⁰⁰	1 ⁰⁰	Leipziger Allerlei 45 Pf.	28 Pf.	Delikatessheringe in divers. Saucen D. 50, 80 Pf.	
Landleberwurst hochfein Pfd. 90 Pf.	90 Pf.	Erdbeeren 88 Pf.	—	Prima Neunaugen Dose 95 Pf.	
Prima Teewurst Pfd. 1 ¹⁵	1 ¹⁵	Gemischte Früchte 85 Pf.	—	Heringe in Gelee Dose 33 Pf.	
la Jagdwurst Pfd. 90 Pf.	90 Pf.	Reineclauden 75 Pf.	43 Pf.	Appetit-Sild Dose 33, 43, 53 Pf.	
la Delikat.-Fleischwurst Pfd. 90 Pf.	90 Pf.	Mirabellen extra 65 Pf.	—	Nordsee-Krabben .. Dose 43, 70 Pf.	
Prima Rotwurst Pfd. 65 Pf.	65 Pf.			Kronen-Hummer Dose 1 ²⁵ 2 ¹⁵	
Mettwurst Braunschweiger Art .. Pfd. 95 Pf.	95 Pf.			Geräuch. Lachs in Stücken .. Pfd. 85 Pf.	
Westfälische Mettwurst .. Pfd. 95 Pf.	95 Pf.			Geräuch. Delikatess-Aal Pfd. 1 ³⁰	
Geräuch. Gänsebrust Pfd. 1 ⁴⁵	1 ⁴⁵			Kleier Bücklinge Kiste 20 Stück 58 Pf.	
Strassb. Gänseleber-Pasteten, Torr. 1 ¹⁵ 1 ⁴⁵ 2 ⁰⁰ 2 ³⁰	1 ¹⁵ 1 ⁴⁵ 2 ⁰⁰ 2 ³⁰			Geräuch. Sprossen 2 Pfd.-Kiste .. 65 Pf.	
la Bratgänse Pfd. 60, 66 Pf.	60, 66 Pf.	Brathühner Stck. 85 Pf. 1 ¹⁰ 1 ⁴⁰	1 ¹⁰ 1 ⁴⁰	Fasanen Stck. 1 ⁹⁰ 2 ⁵⁰	
Feinste Oderbrücker Fettgänse Pfd. 68 Pf.	68 Pf.	Suppenhühn. Stck. 1 ⁵⁰ 1 ⁸⁰ 2 ¹⁰	1 ⁵⁰ 1 ⁸⁰ 2 ¹⁰	Wildenten .. Stck. 1 ⁵⁰ 2 ⁰⁰	
la Mastputen Pfd. 83 Pf.	83 Pf.	Jung. Enten Stck. 2 ²⁵ 2 ⁷⁵ 3 ²⁵	2 ²⁵ 2 ⁷⁵ 3 ²⁵	Pa. Pökelzungen .. Pfd. 1 ¹⁰	
		Hirschwild Pfd. 25 45 75 85	25 45 75 85		
		Rehwild St. 1 ⁴⁰ 2 ⁴⁵ 6 ⁵⁰ 6 ⁹⁰	1 ⁴⁰ 2 ⁴⁵ 6 ⁵⁰ 6 ⁹⁰		
		Hasen gestreift .. Stck. 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵	2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵		

Verantwortlicher Redakteur Richard Berth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: E. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch, 8. Dezember: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für die Genossen der II. Gruppe findet heute abends 8 1/2 Uhr bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24 ein gemeinsamer Zahlabend statt.

Fredericksdorf-Petershagen. Heute abends 8 1/2 Uhr Zahlabend im Lokal von Max Giese, Petershagen. Es wird gebeten, den Wechsel des Lokals und des Tages zu beachten.

Grünau. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Lokal „Zur grünen Ede“ Mitgliederversammlung. Da wichtige örtliche Angelegenheiten zur Verhandlung stehen, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Zum Frauenmord.

Die Nachforschungen über den mysteriösen Leichensind in der Obersee hatten gestern ein überraschendes Ergebnis: auf dem Tempelhofer Felde, in der Nähe der Dreiecksstraße, fanden Handwerker um 7 1/2 Uhr morgens in einem schwarzen Paket zwei Frauenarme, die allem Anschein nach derselben Leiche angehören, wie der an der Michaelstraße gefundene Rumpf.

Die beiden Schöneberger Lithographen, Karl Becker und Gustav Fröhlich, die von Tempelhof nach Berlin kamen, sahen um 7 1/2 Uhr auf dem Felde, noch auf Tempelhofer Gebiet, an der Dreiecksstraße in der Nähe der Schultheißbrauerei, etwa zwanzig Schritte vom Norddamm entfernt, hinter einer Pappel ein schwarzes Paket liegen.

Die beiden Schöneberger Lithographen, Karl Becker und Gustav Fröhlich, die von Tempelhof nach Berlin kamen, sahen um 7 1/2 Uhr auf dem Felde, noch auf Tempelhofer Gebiet, an der Dreiecksstraße in der Nähe der Schultheißbrauerei, etwa zwanzig Schritte vom Norddamm entfernt, hinter einer Pappel ein schwarzes Paket liegen.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschließend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Gelmotostoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Die äußere Hülle des Pakets bildet ein schwarzes Frauenwinterjackett, das „halbbauschließend“ gearbeitet ist und aus schwarzem Gelmotostoff besteht. Es hat nur eine Reihe Knöpfe, drei Stück, die mit schwarzem Stoff bezogen sind.

Alle Kriminalpatrouillen wurden sofort aufgeboten, um mit Hilfe der Beamten von Schöneberg, Nixdorf und Tempelhof das Tempelhofer Feld nach anderen Leichenteilen und Kleidungsstücken gründlich abzusuchen.

Nach dem Schauhause, wohin die Frauenarme gebracht wurden, der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, sofort den Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer und den Chemiker Dr. Müller, den ersten Assistenten von Professor Dr. Jelewich.

Ueber die Kleidungsstücke sagte ein sachverständiger Konfektionär: Das Jackett ist von einer Art, wie sie vor zwei bis drei Jahren gefertigt wurden. Es ist ein von den geschweiften Salkojacketts, wie sie auch in diesem Jahre noch hergestellt worden sind.

Ueber die Kleidungsstücke sagte ein sachverständiger Konfektionär: Das Jackett ist von einer Art, wie sie vor zwei bis drei Jahren gefertigt wurden. Es ist ein von den geschweiften Salkojacketts, wie sie auch in diesem Jahre noch hergestellt worden sind.

Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß die Arme nur ganz schwach geflocht worden sind, um ihnen den Geruch des Menschenfleisches zu nehmen. Das gefundene Jackett, der Fingerring und die Frauenhose sind von der Kriminalpolizei photographiert worden und werden im Rathhofe des Polizeipräsidenten zur Besichtigung des Publikums öffentlich ausgestellt.

Die Bevölkerungszahl Berlins hatte schon im Jahre 1907 sich merklich langsamer als in den vorhergehenden Jahren vermehrt, von 2.001.299 Personen um nur noch 20.002 auf 2.111.361, und im Jahre 1908 war dann sogar ein Rückgang eingetreten, eine Verminderung um 4.419 auf 2.106.942 Personen.

Das Verhältnis zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Gegend gestern in einer Sitzung der Verkehrsdeputation erörtert. Es werden von verschiedenen Seiten Versuche unternommen, eine Verständigung zwischen der Großen Berliner und der Stadtgemeinde herbeizuführen.

Aus der Verwaltung der Nieselsfelder. Die von der Stadt Berlin im Herbst d. J. in Eigenverwaltung übernommene Verstellung und Verferung von Milch an die städtische Säuglingsfürsorge erfordert besondere Vorkehrungsmaßnahmen.

Vom Volke des vierten Stockes abgehört ist am Montag, nachmittag der zehnjährige Sohn Walter der Grundbesitzerin, Chobowitsche, 22. Säumerverleht wurde der Knabe nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Die Teilnehmer an dem Kursus über Finanzwissenschaft werden daran erinnert, daß die nächste Zusammenkunft an diesem Freitag, den 10. d. Mts., stattfindet.

Im Wintergarten wirkt als Hauptzugkraft für diesen Monat Otto Reutter. Seine humoristischen und satirisch-aktuellen Couplets mit den Refrains, die so gut einschlagen, sind allen, die im Varietè auch das soziale und politische Leben gespielt sehen wollen, eine willkommene Gabe.

Feuerwehrrachrichten. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit kam in der Karlstr. 5a ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Bei Anbruch des 13. Tages brannte der Dachstuhl des rechten Seitensüßels in erheblicher Ausdehnung.

Feuerwehrrachrichten. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit kam in der Karlstr. 5a ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Bei Anbruch des 13. Tages brannte der Dachstuhl des rechten Seitensüßels in erheblicher Ausdehnung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Einführung des Stadtv. Kamrau (lib. Fr.), der an Stelle des Stadtv. Runge gewählt ist.

Zum Ankauf von zwei weiteren Entwürfen für die Ausschmückung des Barbarossa-Platzes wurden 500 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit teilte der Magistrat mit, daß die in der vorigen Sitzung beschlossene Unterbringung der Entwürfe in geeigneteren Räume sich nicht habe bewerkstelligen lassen.

Sodann kommen eine ganze Reihe von Petitionen zur Verhandlung.

Eine Petition wendet sich gegen die Errichtung einer Kirche auf dem Gusslav-Müller-Platz. Die Petenten wünschen die Erhaltung des Platzes ohne ein solches Bauwerk.

Die Vereinigung für Kommunal- und Schulpolitik petitioniert um Abständnahme von der Neueinrichtung von Vorkursklassen. Weiter wird in der Petition verlangt, möglichst bald eine organische Verbindung zwischen den Volksschulen und den höheren Schulen Schönebergs herbeizuführen.

Mehrere Geschäftsleute petitionieren um Gewährung von Entschädigungen für durch den Bau der Untergrundbahn entstandene Nachteile. Ueber diese Petitionen wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) berichtet dann über die Petition mehrerer Bewohner der Vederstraße. Diese verlangen die Abspaltung der Straße und Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Eine Petition um Beschaffung einer Eisbahn für die Schöneberger Jugend und Herstellung geräuschloser Pflasters vor den Schulen in der Rudowstraße wurde nur in ihrem ersten Teil dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

In einer anderen Petition wurde die Beseitigung verschiedener Mängel am Sackendamm verlangt, über die Stadtv. Däumig (Soz.) berichtete. Diefelbe wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Die Magistratsvorlage betreffend die Errichtung eines städtischen Obdachhauses wurde zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Sodann teilte der Magistrat auf Anfrage mit, daß in kürzester Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen werde, nach welcher die Einrichtung einer Schreibstube der hiesigen Vereinigung für Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsberufungen übertragen werden soll.

Der Bau eines Badehauses auf dem Krankenhausgrundstück wurde nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt. Desgleichen der mit der Stadt Bilmersdorf abzuschießende Grenzregulierungsvertrag.

Für die Herstellung einer Sohlenverklebung der Untergrundbahn an der Kreuzung mit der Hauptstraße wurde 26.600 M. bewilligt. Die der Magistrat mitteilte, wird diese Verstärkung vom Berliner Polizeipräsidenten verlangt, um die Unterwanderung der Schöneberger Untergrundbahn an der Hauptstraße zu erleichtern.

Rigdorf.

Mit einer besonders wichtigen Tagesordnung wird sich die am Donnerstag, den 8. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 68, im neuen Sitzungssaal stattfindende Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Es stehen u. a. zur Beratung: Neuordnung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Magistratsmitglieder, der Prämien und Beihilfen. Neuordnung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von den wegen der postalischen Einrichtungen in Rudow bisher eingeleiteten Schritten und der vorläufigen Ablehnung einer besonderen Poststation daselbst.

Tempelhof.

Bermittelt. Seit 14 Tagen ist die aus erster Ehe stammende 13jährige Tochter des Photographen Schneider spurlos verschwunden. Gerüchte und auch eigene Aussagen des Mädchens deuten auf Selbstmord hin.

Friedenau.

Die Einwohnerzahl Friedenau ist, wie in der letzten Gemeindevortretterversammlung mitgeteilt wurde, von 26.046 im Oktober 1908 auf 30.348 im Oktober dieses Jahres gestiegen. Die Bevölkerungszahl hat mithin um 4.297 zugenommen, davon 2.455 im letzten Vierteljahr.

Groß-Lichterfelde.

Der hiesige Gemeindevorsteher, dem zugleich in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher die Ortspolizei untersteht, pflegt bei allen Gelegenheiten den „vornehmen Villenort“ nicht nur bezüglich seiner Anlagen, Einrichtungen usw., sondern auch seiner Beamten und nicht zuletzt seiner Polizeibeamten mit der entsprechenden Vornehmheit und würdigen Haltung gegenüber der Einwohnerchaft als leuchtendes Beispiel rühmend hervorzuheben. Wenn Herr Schulz die gerade nicht seltenen Berichte in der Presse über Polizeiverstöße gegen wehrlose Menschen gelesen hat, mag er wohl bei sich gedacht haben: „Wir Witten sind doch bessere Menschen!“ Um so mehr wird er erstaunt sein, wenn uns heute über grobe Ausschreitungen von Lichterfelder Polizisten gegen einen Ortsbürger berichtet wird. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag begab sich der Genosse Otto Wintz, der dem Vorstand des hiesigen Wahlvereins angehört und als ein ruhiger, besonnener Mann bekannt ist, vom Café Hohenjollern in der Chausseestraße nach Hause. Er verweilte ein paar Minuten an der Ecke der Chausse- und Auguststraße, um mit einem Beamten, der denselben Weg einschlug, zusammenzugehen. Wie unser Genosse mitteilt, kam plötzlich der Polizeiwachtmeister Gaudé auf ihn zu und forderte ihn in barschem Tone auf, sich nach Hause zu fahren. Wintz erwiderte ihm, daß er niemand störe, im übrigen sei es seine Sache, ob er nach Hause gehen wolle oder nicht. Er ging hierauf nach der anderen Seite der Straße, um den Heimweg anzutreten. Da sei abermals der erwähnte Polizist auf ihn zugeeilt und habe ihn mit den Worten: „Guch verfluchte Wunde will ich es ansprechen, das Haus zu belagern“, aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Inzwischen habe sich noch ein Schutzmännchen eingefunden, der in Gemeinschaft mit seinem Kollegen den Siffrten am Genid packte und zur Wache beförderte. Genosse Wintz erklärte, daß er ohne weiteres mitkomme, sich aber jede unhöfliche Behandlung verbitte. Auf der Wache, so betont Wintz, nannte er seinen Namen und forderte die Beamten auf, zu sagen, was sie eigentlich von ihm wollten und aus welchen Gründen sie ihn zur Wache gebracht hätten. Statt einer Antwort, die ihre Handlungsweise hätte rechtfertigen können, habe er eine Art Schimpfereien über sich ergehen lassen müssen. Mit Schimpfreden hätten ihn auch die Beamten noch überschüttet, als er die Wache verlassen habe. Am nächsten Tage sei er, Wintz, zur Polizeiwache gegangen, um von dem dort anwesenden Gendarmereiwachtmeister die genauen Personalien der beiden „Schutzmännchen“ feststellen zu lassen. Dieser kennt den Genossen W. von den Versammlungen her und meinte, nachdem er den ganzen Sachverhalt erfahren, daß es sich nur um eine bedauerliche Personenverwechslung handeln könne. Wintz hat sofort bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen die beiden Beamten gestellt. Ein Nachwächter, der zufällig seinen Hundsgang durch die erwähnten Straßen machte, hatte den ganzen Hergang der Sache verfolgt und sich freiwillig als Zeuge dem Genossen Wintz zur Verfügung gestellt. Wir sind gespannt, wie hoch Freiheit und Ehre der Staatsbürger gegen Übergriffe von Polizisten seitens der Staatsanwaltschaft eingeschätzt werden.

Lichtenberg.

Die Grundbesitzer und die Befreiung der Bürgersteige von Schnee und Eis. Frau Henke war in zweiter Instanz vom Landgericht III zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil der Bürgersteig ihres in der Frankfurter Chaussee belegenen Grundstückes am 1. Februar nicht vom Schnee befreit worden war. Die Verurteilung stützt sich auf eine Polizeiverordnung vom 20. Juni 1909, die wiederum Bezug nimmt auf das Ortsstatut vom 12. Oktober 1907, dessen § 1 bestimmt: „Jeder Eigentümer ist verpflichtet, den Bürgersteig bei eintretender Glätte mit abstumpfen Material hindernisfrei zu bestreuen und nach jedem Schneefall vom Schnee zu befreien.“ — Frau H. legte Revision beim Kammergericht ein und machte u. a. geltend, daß die sich auf das Ortsstatut stützende Polizeiverordnung ungültig sei, weil durch Ortsstatut allein, ohne daß eine Oberverwaltungsbehörde eine Strafreinigungspflicht eingeführt werden könne. Diesen Standpunkt vertritt das Oberverwaltungsgericht. Das Kammergericht verwarf aber die Revision, indem es ausführte, es bleibe trotz der entgegenstehenden Auffassung des Oberverwaltungsgerichts bei seinem Standpunkt, daß ein Ortsstatut genüge, eine Strafreinigungspflicht der Anlieger (Grundbesitzer) zu begründen. Das Lichtenberger Ortsstatut und die entsprechende Polizeiverordnung seien gültig.

Treptow-Daumshuldenweg.

Aus der Gemeindevertretung. Im Vordergrund der Beratungen stand die Gehaltsaufbesserung der Beamten und der Lehrer sowie die Lohnerhöhung der Gemeindearbeiter. Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter hatten die sozialdemokratischen Vertreter eine Reihe Anträge gestellt. Soweit sie nicht die Lohnerhöhung betrafen, wurden sie einer besonderen Kommission überwiesen. Als Anfangslohn wurde beantragt, 50 Pf. pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit zu zahlen; Lohnerhöhungen sollten um 25 Proz. und bei Nachtarbeiten um 50 Proz. erhöht werden. Dieser Antrag ist von der Gehaltskommission abgelehnt worden. Die Kommission schlug vor, die zehnstündige Arbeitszeit beizubehalten und den Anfangslohn von 40 auf 45 Pf. zu erhöhen ohne Ergänzergütung von Ueber- und Nachtstunden. Diesem Antrage stimmte die Vertretung zu. Es erhalt demnach vom 1. April 1910 ab die Begearbeiter während der ersten zwei Jahre ihrer Beschäftigung 45 Pf., nach mehr als zweijähriger ununterbrochener Beschäftigung 47½ Pf. und nach mehr als fünfjähriger Beschäftigung 50 Pf. Für die Kanalisationsarbeiter wurde der Lohn auf 47½ Pf., 50 Pf. und 52½ Pf. festgesetzt.

Die Gemeindefullehrer, welche bisher 750 M. Mietentfädigung erhielten, sind jetzt durch die Einrichtung Treptows in die zweite Dienstklasse, wonach nur eine Mietentfädigung von 450 M. gezahlt werden darf, um 130 M. pro Jahr geschädigt. Um einen Ausgleich und zugleich eine Gehaltsaufbesserung herbeizuführen, wurden mit Rückwirkung vom 1. April 1909 ab folgende Ortszulagen festgesetzt, die bis zu dem Zeitpunkt in Gültigkeit bleiben, in welchem Treptow in eine höhere Dienstklasse tritt: Nach vierjähriger Dienstzeit 400 M., nach siebenjähriger 450 M., nach zehnjähriger 500 M., nach 13- bis 15jähriger 550 M., nach 15jähriger 600 M., nach 22jähriger 650 M., nach 25jähriger 700 M., nach 28- bis 31jähriger Dienstzeit 750 M. Die Rektoren erhalten außerdem eine Amtszulage von 1200 M. Für die Lehrerinnen beträgt die Ortszulage 250 bis 350 M.

Die Gehaltsaufbesserung der Beamten beträgt 10 bis 12 Proz. Es erhalten demnach die Sekretäre 3000 M. Anfangs- und 5000 M. Höchstgehalt in 20 Jahren, die Bureau- und Kassenschriftisten 2500 M. Anfangs- und 4000 M. Höchstgehalt in 20 Jahren, die Steuererheber und Vollziehungsbearbeiter, Gemeinde- und Amtsbienner erhalten 1900 M. Anfangs- und 2710 M. Höchstgehalt in 18 Jahren. Die als Steuererheber und Vollziehungsbeamten tätigen Beamten erhalten außerdem eine Gehaltszulage von 100 M., welche pensionsfähig ist, wenn sie der Betreffende mindestens ein Jahr lang bezogen hat. Für den Bureauvorsteher und Kassenschriftisten wurde das Anfangsgehalt auf 3700 M. und das Endgehalt auf 5700 M. festgesetzt. Die Schuldiener erhalten 1300 M. Anfangs- und 1800 M. Höchstgehalt, die Dräger der Pumpstation 1200 M. Anfangs- und 1500 M. Höchstgehalt. Außerdem wird für den Schuldiener und die Dräger freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung gewährt. Auch bei den Beamten tritt die Erhöhung der Gehälter vom 1. April 1909 ab in Kraft.

Für den neugebildeten Armenkommissionsbezirk im Berliner Ortsteil wurde als Vorsteher der Hausbesitzer Reihhaufe und als Stellvertreter Lehrer Bernia gewählt. Zu den Kosten der Wählerausstellung und eines Wählerverzeichnis des Lehrervereins wurden 60 M. bewilligt.

Der Feinereiz von unferen Genossen gestellte und bezogene Antrag, die Speisung armer Schulinder in die Wege zu leiten, fand von neuem zur Beratung. Nach dem Bericht des Bürgermeisters erhalten 9 Kinder niemals und 1 Kind unregelmäßig warmes Frühstück. Mittagbröt erhalten 11 Kinder niemals und 1 Kind unregelmäßig. Wie der Vorsteher weiter berichtet, steht die Schuldeputation auf dem Standpunkt, daß die Speisung nicht zu empfehlen sei; sie befürworte jedoch, aus bereitstehenden Mitteln etwas zu geben, wenn vorübergehende Not herrsche. Bei dauernder Not solle der Vaterländische Frauenverein eingreifen. Im übrigen sei aber nach seiner Meinung jeder Mensch verpflichtet, für seine Nachkommen zu sorgen. Genosse Karo wies auf den Schulartzbericht, wonach bei vielen Kindern Unterernährung festgestellt sei, es müsse demnach auch der Arzt zu Rate gezogen werden. Genosse Gramenz bemängelt die von den Rektoren aufgestellte Statistik. Dieselbe gebe kein wahrheitsgetreues Bild, weil sie in der günstigsten Periode, im Sommer, aufgestellt worden sei; auch sei es sehr leicht zu sagen, die Eltern haben für ihre Nachkommen zu tun in der Lage seien, sei eine andere Frage. Es müsse daher die Gemeinde helfend eingreifen. Hierauf wurde dem Gemeindevorstand Vollmacht erteilt, im Sinne des Vorschlages der Schuldeputation die Speisung armer Kinder in die Hand zu nehmen und neue Erhebungen anzustellen.

Ueber die schlechte Beschaffenheit des Weges zur Schule in der Bouchestraße, verursacht durch die Bauausführung auf dem Nachbargrundstück der Schule, interpellierte Genosse Gramenz. Der Beigeordnete Ridel sowie der Bürgermeister erklärten hierauf, ihr Möglichstes zur Beseitigung dieses Mißstandes zu tun. — Die bei nassem Wetter unpassierbare Promenade in der Effenstraße an dem der Stadt Berlin gehörenden Rennbahngrundstück soll mit Schotter besätet werden, weil Berlin, welches die Unterhaltungspflicht hat, zur Beseitigung dieses Mißstandes nichts unternimmt. Im Frühjahr nächsten Jahres soll die Straße kanalisiert werden. — Der Straße 8, welche die Grätzstraße zwischen Lohmühlen- und Bouchestraße durchschneidet, wurde der Name Krüllstraße gegeben. — Für die Einrichtung des Werkunterrichts in der Gemeindefullehrer II (Daumshuldenweg) wurden 100 M. bewilligt.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Eingeleitet wurde die Verhandlung mit der Neuwahl eines unbeforderten Stadtrats an Stelle des Herrn Dentschel. Die Wahlperiode des zu Wählenden läuft bis Ende 1910. Die Abstimmung ergab, daß Stadtr. Streichbau (Fr. V.), welcher erst kürzlich zum stellvertretenden Vorsteher der Versammlung gewählt worden war, mit 20 Stimmen gegen 11 Stimmen, die auf Stadtr. Kühl fielen, gewählt wurde. Es folgte nunmehr die Beratung der Magistratsvorlage bezüglich Einführung einer Wertzuwachssteuer. Nach dem Antrage des Magistrats soll der Wertzuwachs besteuert werden mit 4 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als 5—10 Proz. usw. bis 20 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als 100 Proz. Die Wertzuwachssteuer wird nicht in Ansatz gebracht, wenn der Wertzuwachs bei unbauten Grundstücken 5 Proz., bei bebauten 10 Proz. nicht übersteigt. Die Steuerföhe kommen bei bebauten Grundstücken jedoch nur dann voll zur Erhebung, wenn seit dem früheren Umföhe oder seit Errichtung der Gebäude — falls diese später erfolgt ist — nicht mehr als 5 Jahre verlossen sind. Beträgt der Zeitraum mehr als 5 Jahre, höchstens aber 10 Jahre, so werden ½ der vorgenannten Söhe, bei mehr als 20 Jahren nur noch ¼ der Steuerföhe erhoben. Nachdem der Vorsteher vorgelesen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und dann die Vorlage einer zu wählenden Kommission zu überweisen — der Stadtausschuß hatte sich bereits im Prinzip für die Einführung einer Wertzuwachssteuer erklärt —, eröffnete Stadtr. Jacobi (lib.) den Reigen der Redner. Eigentlich sei er kein Befürworter dieser Steuer, aber die Reichzuwachssteuer wolle in der Ferne, und darum werde er, auch wenn mit schmerzlichen Herzen, dafür stimmen. Daß etwas herausgeholt werde, bezweifle er. Grund und Boden seien fast verlaufen — nur die Altstadt könne noch was ausbringen.

Stadtr. Herbst (Soz.) betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage begrüße. Mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Staffelung könne sie jedoch nicht einverstanden sein. Bei Wertsteigerungen von mehr als 100 Proz. müßten die Steuerföhe erhöht werden. Stadtr. Dr. Schulze (Fr. V.) meinte, die Wertzuwachssteuer sei die Inbeschlagnahme eines Teils vom Vermögen, die sich nur vom sozialistischen Standpunkte aus rechtfertigen lasse. Genau so könnte diese Handhabung auf jedes andere Vermögen ausgedehnt werden, wie auf das steigende Gehalt eines Beamten oder den hochgehenden Gewinn eines Kaufmanns. Er sei Gegner der Vorlage. Die Genossen Herbst und Riele wandten sich noch einmal in längeren Darlegungen gegen diese Anschauungen. Stadtr. Gilow (Fr. V.) betonte, es sei sehr überall die Zeit, wo der Grundbesitz Nutzen müsse; für die Vorlage sei er aus dem Grunde, da er hoffe, daß die Grundwertsteuer ermäßigt werde, denn diese sei am drückendsten.

Das Fazit der Debatte war die Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Diese besteht aus den Stadtr. Gilow, Raab, A. Martin (Fr. V.), Kühl, Cunib, Mattes (lib.), Herbst, Lauter, Wolf (Soz.). Eine weitere Vorlage des Magistrats verlangt die Ausdehnung der obligatorischen Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen Handlungsgelhilfen und Lehrlinge vom 1. April 1910 ab. Stadtr. Schneider (lib.) ersuchte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Unterricht nicht während, sondern nach der Arbeitszeit erteilt werde. Auch wüßte er, daß die erforderlichen Bücher von der Schule selbst geliefert würden. Diesen Anschauungen trat jedoch außer unserem Genossen Herbst, welcher bei dieser Gelegenheit auch die Ausdehnung des Fortbildungszwanges auf die gewerblich tätige weibliche Jugend forderte, sein eigener Fraktionskollege Stadtr. Mohrbed entgegen. Herr Mohrbed, Obermeister der Barbierinnung, erklärte, daß er es nicht für gut befände, wenn junge Leute nach der Arbeitszeit noch die Fortbildungsschule besuchen sollen; für den Unterricht seien dieselben dann unfähig. Die Vorlage gelangte dann im Prinzip zur Annahme.

Der Bildungsausschuß veranstaltet am kommenden Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8½ Uhr, im Stadttheater einen Vortrag mit Lichtbildern des Herrn R. H. Waage über: „Unsere heutige Kenntnis vom Ursprung des Menschengeschlechts“. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Vom Sonntag den 12. bis Sonntag den 18. Dezember findet im Stadttheater im vorderen Zimmer eine Jugendschriftenausstellung statt. Dieselbe ist geöffnet wochentags von 7—9 Uhr, Sonntags von 3—6 Uhr. Wir erlauben die Genossen, in ihrem Wirkungskreis für einen regen Besuch dieser Ausstellung zu agitieren. Ein Eintrittspreis wird nicht erhoben.

Die Liste der Schöffen und Geschworenen für 1910 ist in den letzten Tagen veröffentlicht worden. Wie in den Vorjahren befindet sich unter den Auserwählten auch diesmal nicht ein einziger Arbeiter. Da wundert man sich noch immer in den Kreisen des Bürgertums, wenn in der Arbeiterschaft von Klassenjustiz gesprochen wird. Im Übrigen hat das Gemeindefuller bereits bei der Auslosung der Schöffen für 1909 auf dieses Verfahren hingewiesen und verlangt, auch Arbeiter an der Rechtsprechung teilnehmen zu lassen. Jetzt ist bereits die Liste für 1910 fertig gestellt, eine Antwort auf die Eingabe vom September vorigen Jahres aber noch nicht erfolgt.

Schmargendorf.

In der Gemeindevertreterversammlung wurde über die bereits im Sommer eingebrachte Petition des Wahlvereins betreffend die Vermehrung der Zahl der Gemeindevorteiler verhandelt. Vom Gemeindevorsteher wurde der Versammlung der Antrag unterbreitet, die Zahl der Vertreter von neun auf zwölf zu erhöhen, welcher Wunsch auch in unserer Petition angesprochen war. Die Versammlung stimmte dem nach kurzer Debatte zu. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses wurde auf den 1. April 1910 festgesetzt. Bei den Neuwahlen in März werden also in jeder Klasse zwei Vertreter zu wählen sein. Gegen die Bezirksenteilung, die unsere Petition ebenfalls verlangte, wandte sich der Herr Gemeindevorsteher ganz entschieden, und zwar mit der Begründung, daß die Bezirkswahl nur für die Sozialdemokratie von Vorteil sei und er es mit seiner Eigenschaft als „Staatsbeamter“ nicht berechnen könne, die

Wahl eines Sozialdemokraten zu fördern. Mit diesem Antwort auf die Sozialdemokratie will der Herr Gemeindevorsteher offenbar sein Recht, das durch die Lantienmangeligkeit etwas gelitten hat, wiederherstellen und sich die Gunst der hiesigen Bürgerchaft zurück erwerben. Die Arbeiterchaft des Ortes wird alles daransetzen, die Wahl von Sozialdemokraten auch ohne die „Förderung“ des Herrn Gemeindevorsteher durchzusetzen. — Auch ein Antrag zum Ortsstatut betreffend die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung wurde angenommen, wonach analog dem § 112 der Landgemeindeordnung die Gemeindevorteiler wegen unentschuldigtem Ausbleiben aus den Versammlungen und ordnungswidrigen Betragen in eine Geldstrafe von 1—3 M. genommen werden können, oder deren Ausschließung aus der Versammlung bis auf die Dauer eines Jahres verhängt wird.

Gegen die gegenwärtigen Gemeindevorteiler so gegen die Ordnung verstoßen, daß ein derartiger Beschluß gefaßt werden müßte, oder soll er ein Abschredungsmittel gegen zukünftige unliebame Opponenten sein?

Weißensee.

Die Provisionsaffäre des Schöffen Rathmann war in der letzten Gemeindevorteilerfassung wiederum Gegenstand der Verhandlung. Bis zum Montag hatte Herr Rathmann trotz Versprechung sich nicht entschieden, die zumrecht erhaltene Provision herauszugeben, so daß nunmehr die Mehrheit der Gemeindevorteiler einen von unseren Genossen gestellten Antrag annahm, Herrn Rathmann nochmals 14 Tage Zeit zu lassen, sich dem Beschlusse, das Geld zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden, zu fügen oder aber seine Gemeindevorteiler niederzulegen. Lebhaftes Interesse rief noch die Erklärung des Herrn Dr. Wape hervor, daß er auf die erneuten Angriffe gegen seine Person nicht eingehe. Der frühere Eigentümer Mertens behauptete in einer öffentlichen Aufschrift an die Gemeindevorteiler, daß Herr Dr. Wape sich bei einer früheren Gelegenheit des Meineides schuldig gemacht habe und daher ins Zuchthaus gehöre. Auch werden in der Aufschrift noch weitere Handlungen Dr. Wapes zur Sprache gebracht. Trotz all dieser Beschuldigungen will der belohnte Schöffe keinen Strafantrag gegen Mertens stellen, weil in früheren Jahren bereits die Staatsanwaltschaft solche von Mertens gestellte Anträge abgelehnt hat. Einige Gemeindevorteiler hielten diese Angriffe für so unerhört, daß sie Dr. Wape aufforderten, Strafantrag zu stellen, während andere wieder die Sache als Privatangelegenheit aufsaßen. Nach längerer Aussprache ging man zur Tagesordnung über. Der Ort ist somit um eine Senfation reicher.

Nieder-Schönhausen.

Die Errichtung des Neformgymnasiums zum 1. April 1910 ist, wie in der letzten Gemeindevorteilerfassung mitgeteilt wurde, vom Provinzialschulkollegium abgelehnt worden. In dem Bescheid sind jedoch die Bedingungen mitgeteilt, unter denen es später möglich ist, die staatliche Anerkennung zu erlangen. Ferner hat die Provinzialbehörde in Aussicht gestellt, daß sie zum 1. April 1911 beim Kultusministerium die Errichtung eines Gymnasiums befrworten werde. Zunächst wird die Finanzlage des Ortes geprüft. Der Grund zur Ablehnung war vor allen Dingen die geringe Teilnahme von Schülern; ferner ist die Behörde der Meinung, daß einige Eltern zur Annahme ihrer Kinder gedrängt worden seien, die nicht einmal in der Lage sind, ihre Kinder dauernd in das Gymnasium zu schicken. Der Hinweis, daß die Gemeinde Nieder-Schönhausen durch die Errichtung des Gymnasiums sehr gewinnen würde, wurde als nicht stichhaltig anerkannt. In der hierauf folgenden Debatte wurde allgemein getuschelt, daß gegen diesen Bescheid Beschwerde erhoben werden soll. Hieron wurde jedoch Abstand genommen, als Bürgermeister Abraham erklärte, eine Beschwerde sei aussichtslos. Die Vertretung beschloß, das Gymnasium zum 1. April 1911 zu errichten unter gleichzeitiger Annahme der vom Provinzialschulkollegium geforderten Bedingungen; hierzu gehört die Erbauung eines Gymnasialgebäudes bis zum 1. April 1915. Somit wäre das für die hiesigen Steuerzahler höchst kostspielige Experiment auf ein Jahr hinausgeschoben. Der Rechnungsabschluss der Gemeindefullehrer für das Jahr 1908 ergab 409 217,18 M. Einnahmen und 475 160,17 M. Ausgaben, somit einen Restbetrag von 5977,08 M., der aus dem Ausgleichsfonds gedeckt wird. Für eine im Frühjahr 1910 stattfindende Städteausstellung wurden zum Zweck der Beteiligung mit wichtigen Plänen der Gemeinde 300 M. bewilligt. Die in einer früheren Sitzung festgesetzte Entschädigung von 1200 M. für den Hauswart im neuen Rathaus wurde als nicht ausreichend angesehen und daher auf 1500 M. erhöht. Derauf folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Tegeel-Vorsigwalde.

Die Arbeiterchaft heider Orte wird auf die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften aufmerksam gemacht. Bücher für alle Altersstufen sind in großer Auswahl vorhanden. Geöffnet ist die Ausstellung an Wochentagen von 7—9 Uhr abends, Sonntags von 2—7 Uhr nachmittags. Die Ausstellung dauert noch bis einschließlich Sonntag, den 12. Dezember.

Vermischtes.

Großfeuer auf den Gaswerten im Hamburger Freihafen.

Aus Hamburg wird vom gestrigen Tage gemeldet: Auf den Gaswerten im Freihafen brach heute nachmittags Großfeuer aus, angeblich infolge Entzündung von Gasen unter dem Dache des alten Gasometers. Eine weitere Meldung über den Brand besagt: Gegen 3 Uhr nachmittags explodierte aus bisher unbekannter Ursache der noch im Bau befindliche Gasometer, in dem sich circa 10 000 Kubikmeter Gas befanden. Eine hochaufliegende Stachstamme griff auf den alten Gasometer über, der circa 40 000 Kubikmeter Gas enthielt, und setzte das Dach desselben in Brand. Infolge der verkorkten Lage war es der Feuerwehr nicht möglich, nahe genug an den Brandherd zu gelangen, so daß schließlich um 4 Uhr 40 Minuten das Dach in sich zusammenstürzte und dadurch den Gasbehälter ebenfalls zur Explosion brachte. Hunderte von Metern stieg eine gewaltige Feuerföhe in die Luft, glühende Teile des Gebäudes und brennende Kotsföde mit sich föhrend, die weit in die umliegenden Stadteile und in den Hafen hinaus geschleudert wurden. Durch den ungeheueren Druck und die Hitze wurden die Umfassungsmauern gesprengt. Auf der Brandstätte wurden bisher acht bis zur Unkenntlichkeit entstellte Leichen geborgen. Ferner sind etwa vierzig Verletzte in das Hofenkrankenhaus eingeliefert worden, von denen bisher vier ihren Verletzungen erlegen sind. Unter den Toten sollen sich noch mehrere Personen befinden.

Eisenbahnunfall im Münchener Hauptbahnhof.

Aus München wird vom gestrigen Tage berichtet: Gestern abend stieß wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, im Hauptbahnhof eine Leermaschine auf den eben einföhrenden Passagierzug. Der Zusammenstoß war so heftig, daß an der Maschine der linksseitige Zylinder zerbröckelte und das Gefönge beschädigt wurde. Der auf der Leermaschine befindliche Heizapparat wurde verletzt, vier andere Personen sind leicht verletzt. Ueber einen weiteren Eisenbahnunfall wird aus Paris, 7. Dez., gemeldet: Ein Personenzug der Westbahn kreuzte gestern abend in der Nähe von Rantes einen in entgegengesetzter Richtung föhrenden Güterzug, der mit Eisenbahnen beladen war. Eine quer liegende Schiene durchstieß die Wand des letzten Personenzugwagens und traf die Reisenden so unglücklich, daß einer sofort tot blieb und andere schwer verletzt wurden.

Oyster des Sturmes. Aus Wilhelmshafen wird unterm 7. Dezember berichtet: Der Fischereikreuzer „Jüten“ und das Torpedoboot „S 61“ sind heute morgen in See gegangen, um Nachforschungen nach dem Verbleib der 21 bei dem großen Sturm vermischten Finkenwälder Fischereilutter anzustellen.

Schwaffer führt die Kugel mit sich und ist einer Meldung aus Jülich zufolge, an mehreren Stellen aus ihren Ufern getreten und hat große Heberschwemmungen verursacht. Die Chaussee zwischen Heinsberg und Wasserberg steht 200 Meter weit fast einen Meter tief unter Wasser. Der Personenverkehr wird mittels einer Fähre aufrecht erhalten.

Ueber eine Vergiftungsaffäre wird aus Clermont Ferrand gemeldet: Hier starben die Frau, ein Sohn und ein Neffe des Spiritusfabrikanten Genesine, die einen von der Frau Genesine gebakenen Kuchen gegessen hatten. Zwei andere Personen, die gleichfalls von dem Kuchen gegessen hatten, sind lebensgefährlich erkrankt. Die Untersuchung ergab, daß der Kuchen Arsenik enthielt.

Ein sonderbarer Diebstahl. Pariser Meldung zufolge ist dort gestern in einem Bankhause ein Engländer verhaftet worden, als er versuchte, einem Kassenboten mit einem eigens zu dem Zwecke konstruierten Spazierstock ein Paket Banknoten zu entwenden. In der Wohnung des Verhafteten, der sich Goldsway nennt, sind noch zwei gleiche Spazierstöcke und 20 000 Franc beschlagnahmt worden. Man glaubt, daß Goldsway an der Spitze einer internationalen Bande steht, die auch in Deutschland und Belgien ihr Unwesen treibt.

Durch eine Explosion in einer Pulverfabrik in Umbagogintown wurden, wie aus Durban berichtet wird, zwei Europäer und drei Eingeborene getötet, ein Europäer und fünf Eingeborene schwer verletzt.

Große Unterschlagungen werden aus New York gemeldet: Bei der Phoenix-Insurance-Company of Brooklyn wurden Veruntreuungen im Betrage von 1 Million Dollar entdeckt.

Wirtschaftlicher Marktbericht der kaiserlichen Reichsbank-Direktion über den Großhandel in den Reichsbankstädten. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr über Bedarf, Geschäft langsam, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Für den Inhalt der Quotanten übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 8. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Fidelio.
Königl. Schauspielhaus. Colberg.
Deutsches. Don Carlos.
Kadett. 3 1/2 Uhr: Im Juppel zum Wand.
Kammerspiele. Major Barbara. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Operntheater.
Geflügel.
Neues Schauspielhaus. Stoops to go.
Kadett. 3 Uhr: König Alpapel.
Befehl. Lantier der Karr.
Königliche Oper. Das Weisheitsfest.
Kadett. 3 Uhr: Die Unbekannte.
Kadett. 3 Uhr: Die Heilige.
Kadett. 3 Uhr: Die Heilige.
Kadett. 3 Uhr: Die Heilige.

Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 78.
Vorstellung für Schüler aller Berliner Lehranstalten. Kadett. 3 1/2 Uhr:
Undine.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Schwank in 3 Akten von Desnoyers und Bédou.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
Nachmittag 3 Uhr: Schülervorstellung zu ganz kleinen Preisen:
Jungfrau von Orleans.
Abends 8 Uhr:
Gib mich frei.

ROSE-THEATER
Große Frau-Mutter Str. 132.
Kadett. 3 Uhr keine Preise.
Schülervorstellung:
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Bei ansehendem Abonnement:
Die relegierten Studenten.
Vollspiel in 4 Akten von Benedikt.
Donnerstag: Maria Stuart.

Berliner Theater.
Heute: Hohe Politik.
Morgen: Hohe Politik.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die geschiedene Frau.
Kadett. u. Sonnt. 4 1/2 Uhr: Strawelpeter.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Gastspiel-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Kleine Preise.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Herbst. - Der Unbekannte.
Donnerstag: Der Dieb.
Freitag, 9. Dezember: Ein königlicher Spah.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Neues Operetten-Theater.
Schillbuerdamm 23, a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
MIS Dudelsack.
Sonntags 3 Uhr ermäßigte Preise:
Die goldene Märchenwelt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 8. Dez., nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Nibelungen I. und II. Teil.
Abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Donnerstag: Der Bibliothekar.
Freitag: Der Schatz.

Im Laubenschlag.
Schwank in 3 Akten von Desnoyers und Bédou.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
Nachmittag 3 Uhr: Schülervorstellung zu ganz kleinen Preisen:
Jungfrau von Orleans.
Abends 8 Uhr:
Gib mich frei.

ROSE-THEATER
Große Frau-Mutter Str. 132.
Kadett. 3 Uhr keine Preise.
Schülervorstellung:
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Bei ansehendem Abonnement:
Die relegierten Studenten.
Vollspiel in 4 Akten von Benedikt.
Donnerstag: Maria Stuart.

ROSE-THEATER
Große Frau-Mutter Str. 132.
Kadett. 3 Uhr keine Preise.
Schülervorstellung:
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Bei ansehendem Abonnement:
Die relegierten Studenten.
Vollspiel in 4 Akten von Benedikt.
Donnerstag: Maria Stuart.

Prinz Pinne.
Vorlesung in 3 Bildern
Henry Sender.
Hauptrolle:
9.30 Der Schimpanse
Tourist, Radfahrer, Rollschuhläufer.
10 Uhr: Das Wunderkind
Bertha, d. kleinste u. beste Klopffuß-Vertraute der Welt.

Prinz Pinne.
Vorlesung in 3 Bildern
Henry Sender.
Hauptrolle:
9.30 Der Schimpanse
Tourist, Radfahrer, Rollschuhläufer.
10 Uhr: Das Wunderkind
Bertha, d. kleinste u. beste Klopffuß-Vertraute der Welt.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Sprechstunde findet Lindenstraße 3, Hotel Ostbrüder Eingang, vier Treppen, 1. St. 10 bis 12 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Z. G. 200. Das ist möglich. - Spandau 09. 1. Wenn gegen das in Gegenwart des Angeklagten verlesene Urteil des Schöffengerichts innerhalb einer Woche Berufung nicht eingelegt ist, so wird es rechtskräftig. 2. Das Gericht kann Zahlungen gemäss §. 30. - Veria, Oberbergerstraße. Ist aber die Kündigung nicht vereinbart, so besteht für das Gesinde schuldrechtliche Kündigung zum Quartalsende.

§. 37. Ja - §. 100. Sie brauchen die Medaille nicht zurückzugeben, da die verlehren verloren gegangen war. - Reinold 53. 1. Nein. 2. Stellen Sie bei der Militärbehörde (Bezirkskommando) den Antrag auf Wiederbewilligung der Pension. 3. Wenn in der Zwischenzeit keine richterliche Handlung gegen den Täter gerichtet war, liegt Verjährung vor. - W. 24. 115. 1. bis 3. Nein. - C. R. 9. Nein. - §. 45. Ihre Anfrage ist in der Nr. 200 nie folgt beantwortet worden: In dem Vorhinein könnte der Versuch einer Urkundenfälschung erbracht werden. - Dolmetscher. Das Gutachten eines Chemikers, Apothekers oder Tropisten, dem Sie das Salz vorlegen müssen, ist maßgebend. - Geulan. Sie können die Sperre bei der Lotteriedirektion selbst beantragen. - P. H. G. 15. Nein. - W. R. 1. Die Herrschaft ist verpfändet, auf die Dauer von sechs Wochen für und Verpfändung für das Dienstmädchen im Falle der Krankheit zu zahlen. In dem von Ihnen dargelegten Falle dürfte Krankheit nicht als vorliegend zu erachten sein. Dann hat das Dienstmädchen selbst die Kosten zu tragen. - C. O. 6. 1. Ein Verteidiger würde nicht gestellt werden. Der Anwaltvorbereiter hat mit der Sache gar nichts zu tun. 2. und 3. Ja. - G. 29. Das Gesetz schreibt nicht irgend welche bestimmten Legitimationspapiere vor. In der Regel genügt die einfache Angabe ohne Legitimationspapiere. Ist der Richter dies nicht zu, dann legen Sie Beschwerde ein. - K. H. 99. Sie können vor der Zeit vor dem Notar oder vor dem Gericht einen Vertrag mit Ihrer Frau schließen, in dem Sie das Vermögen Ihrer Frau anerkennen und auf ihr ehedemaliges Rückgehalt und Verwaltungsverrecht verzichten.

- G. R. 18. Sie können auf Rückgabe des Buches beim Amtsgericht klagen. - P. 9. Ihnen liegt ein solches Recht nicht zu; aber unerkündlich ist, sobald ein Vormund eingesetzt sein soll. Sie haben ja als Mutter die Rechte, die sonst der Vater hätte, und demgemäß auch das Recht der Verwaltung des Vermögens Ihrer Kinder. Sind Minderjährige etwa mit einem Befehl, den Ihnen das Gericht gestellt hat, entstanden, so wenden

Witterungsüberblick vom 7. Dezember 1909: morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C
Emmende	749.5	2 bedeckt		2	Hannover	747.5	2 bedeckt		0
Hamburg	748.5	3 halb bed.		3	Petersburg	750.5	2 bedeckt		1
Berlin	750.0	2 bedeckt		3	Stettin	746.5	3 bedeckt		6
Frankfurt	750.5	5 wolfig		3	Bremen	745.5	1 bedekt		4
München	754.5	4 bedekt		2	Paris	747.5	3 bedekt		4
Wien	751.5	1 bedekt		4					

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Dezember 1909. Dienstag mild, teilweise aufklarend, vorherrschend wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meineidsbauer.
Vollspiel in 3 Akten von Ludwig Angenieder.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Meineidsbauer.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Trauerspiele im Tierleben.
Abends 8 Uhr:
Oberl. Graetz: Meine Durchquerung Afrikas im Automobil.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Anorganische Experimentalchemie.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Erstes Auftreten der besaubernden
Gussi Holl Ota Gygi
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Heute
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Die Traumalerna.
Neu: Im Reich des Königs Aqua.
Geheimnisse der Wasserfälle.
Plastische Riesendioramen.
Tamburitzin-Brigantos.
Panophon-Variragos.
Alles ohne Extra-Entree!

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. R. 4, 5053.
Der größte Herrnfeld-Erfolg!
„So muß man's machen“
Vorlesung mit Gesang in zwei Akten, Musik von L. Hol, mit den Virtuosen Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. - Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie in 1 Akt von Ludwig Quid.
Anfang 8 Uhr.
Vormerkung 11-2 Uhr Theaterkasse.

W. Noacks Theater
Stammw. 16, am Kolonnenbrunnen.
4. Gastspiel Käthe Wille-Bach:
Der jüngste Leutnant.
Große Besse mit Gesang und Tanz.
Verdacht: Käthe Wille-Bach u. Gast.
Donnerstag vorlesung Käthe Wille-Bach: Unschuldig!
Sonntags: Die größte Sünde.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Guridans Esel.
Stettiner Sänger
Zum 5. Mal, neu:
Der Wachtwächter von Jersdahl.
Studienbild v. F. Meyzel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum 5. Mal, neu:
Der Wachtwächter von Jersdahl.
Studienbild v. F. Meyzel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meineidsbauer.
Vollspiel in 3 Akten von Ludwig Angenieder.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Meineidsbauer.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Trauerspiele im Tierleben.
Abends 8 Uhr:
Oberl. Graetz: Meine Durchquerung Afrikas im Automobil.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Anorganische Experimentalchemie.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Erstes Auftreten der besaubernden
Gussi Holl Ota Gygi
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Heute
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Die Traumalerna.
Neu: Im Reich des Königs Aqua.
Geheimnisse der Wasserfälle.
Plastische Riesendioramen.
Tamburitzin-Brigantos.
Panophon-Variragos.
Alles ohne Extra-Entree!

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. R. 4, 5053.
Der größte Herrnfeld-Erfolg!
„So muß man's machen“
Vorlesung mit Gesang in zwei Akten, Musik von L. Hol, mit den Virtuosen Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. - Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie in 1 Akt von Ludwig Quid.
Anfang 8 Uhr.
Vormerkung 11-2 Uhr Theaterkasse.

W. Noacks Theater
Stammw. 16, am Kolonnenbrunnen.
4. Gastspiel Käthe Wille-Bach:
Der jüngste Leutnant.
Große Besse mit Gesang und Tanz.
Verdacht: Käthe Wille-Bach u. Gast.
Donnerstag vorlesung Käthe Wille-Bach: Unschuldig!
Sonntags: Die größte Sünde.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Guridans Esel.
Stettiner Sänger
Zum 5. Mal, neu:
Der Wachtwächter von Jersdahl.
Studienbild v. F. Meyzel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum 5. Mal, neu:
Der Wachtwächter von Jersdahl.
Studienbild v. F. Meyzel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Buddenhagen
am Marktplatz
Anf. 8 Uhr.
Die Birmanische Fürsten-Familie
Silonesou Jaglo
in ihren geheimnisvollen Künsten sowie das glänzende Spezialitäten-Programm.

Zirkus Schumann

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Henry Valdorf
der moderne Simson.
Der Amerikaner Astr. Niblo mit seinen
konvertierend. Vapageien
The Durwal Brothers.
Ringkampf
(Parodie) der Cloten Jim-Jam und Cottrell.
Um 9 Uhr Ende 11 Uhr
Die große Fecrie
Die drei Rivalen
oder: Das mysteriöse Schloß in der Normandie phantastische Fecrie in 5 Akten.
Am 3. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Colombo
Straße: Alt-Boxhagen 38/40, 5 Min. v. Frankfurter Allee u. Bahnd. Straalen, Nimmendorfer.
Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr:
Große Gala-Cliff-Vorstellung.
Südafrikanische Kunstreiter, Gesellschaft u. a.: The Eros, die größten Luftakrobaten der Welt.
Darnett-Truppe
m. ihren einzig dastehenden Leistungen auf dem Scheitersattel.
Zentral-Dampfheizung.
Wasserverbrennung. 181/5
Freie 30 Pf. bis 3 M.

Schickt Eure Kinder ins U.T. Theater
(Alexanderplatz)
Heute
Mittwoch, 8. Dezbr., nachm. 3 Uhr:
Erste große Weihnachts-Kinder-Vorstellung
mit eigens hierfür zusammengestellten
Riesen-Pracht-Programm.
Besonders hervorzuheben:
„Aschenbrödel“.
Am Weihnachtsabend (Fengelnisse).
Jugendräume.
Die Häubliche nach dem Märchen der Gebrüder Grimm.
Ein Besuch in Bombay und vieles andere.
Eintrittspreise von 30 Pf. aufwärts; Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Anfang präzise 3 Uhr.
Kasseneröffnung 1/3 Uhr.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Wola.
Das vollständig neue brillante
Dezember-Programm.
Die neue Herrin.
Takt? Takt?
Vorzugsarten überall zu haben.
Den p. t. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtstheater zur Abhaltung einer Wohltätigkeitsveranstaltung in der Kaiserlichen Hofoper nicht stattfinden kann. Interessenten wollen sich umgehend melden. - Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung groß. Versammlungen und Konzerte.

Buddenhagen
am Marktplatz
Anf. 8 Uhr.
Die Birmanische Fürsten-Familie
Silonesou Jaglo
in ihren geheimnisvollen Künsten sowie das glänzende Spezialitäten-Programm.

Sanssouci,
Kollbusch, Straße 4.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Theaterabend.
Beginn 8 1/2 Uhr.
Zum erstenmal:
Die Fieber des Mustanten.
Vollspiel v. Rud. Knecht.
Morgen Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger
und Tanztruppen.
Beg. Sonnt. 8. wochentl. 8 1/2.

Karl Haverland
Anfang Theater präz. 8 1/2.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
neue erstklassige
13 Spezialitäten. 13
Schlager auf Schlager!

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr präzis:
Gr. Gala-Vorstellung.
Die größte Sensation!
Der Amerikaner Kerslake m. s. weltber. dressiert. Schweinen. Zum erstenmal auf d. Kontinent!
Ferner: Herr Burkhardt-Football-Schulreiter. - Herr Ernst Schumann, Meister-Dressuren. 4 Gebr. Karolik, ungarische Reitsport. Rittm. Prosperi.
9 1/2 Uhr: **Farmerleben.**
Sonntag, 12. Dezember, 3 1/2 U. i. d. **Farmerleben** ohne Kürzung!!

Casino-Theater
Lotzringstr. 57. Heute 8 Uhr
Der Obergäuner.
Komödie in 3 Akten von Nisch. Soder. Neues Programm.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kintert.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sicher ist sicher.
Neuer bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor.
Am 8. Dez. Die großartigen
Dezember-Spezialitäten.
Am 11. Dez. Regimentsoperette.
Theaterbeladen freier Eintritt.

Neue Welt.
Casenstraße.
Mittwoch, den 8. Dezember 1909:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollspiel mit Gesang in 5 Akten von Auguste.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, 9. Dezember 1909:
Maria Stuart.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich v. Schiller.

Weihnachts-Messe
Dresdener Str. 34/35, alte u. große Luisehof.
Täglich: **KONZERT.**
Eröffnung: Donnerstag 5 Uhr.
Sonntag 3 Uhr.
Entrée Sonntag 20, wochentags 10 Pf.

Königstadt-Kasino.
Dolgenstraße 72.
Öffentliches Programm mit **Frans Sobanski.**
Reiz! Um 9 Uhr: Reiz!
Am Nordseestrand.
Reizliches Vollspiel in einem Akt.
Nach der Besetzung Mittwoch, Sonntag, Sonntag: Tanztruppen.
Am 16. Dez. Beg. d. Weihnachtsvorst.

